Kommunistische Hochschulzeitung

HERAUSGEGEBEN VON DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN STUDENTENORGANISATION/WIEN

Erscheint 8 mal jährlich. Einzelpreis 5,-, Jahresabonnement incl. Porto (8 Nummern), Inland: 34,-, Ausland: 40,-. Bestellungen durch Zuschrift an MLS Wien, 1080 Wien, Mölkergasse 3 oder telefonisch: (0222) 42 18 625 Einzahlung auf Konto 031-69170 bei Erste Österreichische Sparkasse, Erlagschein folgt mit der ersten übersandten Nummer.

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Marxistische Leninistische Stundentenorganisation (MLS). Für den Inhalt verantwortlich: Dietmar Waibel; alle 1080 Wien, Mölkergasse 3. Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12.

PREIS 5,- April 1977

Die Erfahrungen der letzten Semester zeigen:

Nur im Kampf gegen den Reformismus kann die Studentenbewegung vorwärtskommen

In welche Richtung entwickelt sich die Studentenschaft heute, geht sie nach links oder entwickelt sie sich nach rechts, ist die Situation durch eine Entpolitisierung und durch zunehmendes Desinteresse gekennzeichnet oder werden immer mehr Studenten ins politische Leben hineingerissen und gezwungen, einen Standpunkt zu beziehen? Entwickelt sich die Bewegung hauptsächlich entlang von Studienfragen und Fragen der Wissenschaft, oder greift die Bewegung mehr und mehr auch auf Fragen, die in der gesamten Gesellschaft eine große Rolle spielen, über?

Um diese Fragen zu beantworten, muß man den Blick auf die Masse der Studenten richten, die Bewegungen und Auseinandersetzungen auf den Instituten analysieren und im Zusammenhang mit der Entwicklung der gesamtem Gesellschaft sehen.

Viele fortschrittliche Studenten machen sich Sorgen angesichts der immer frecher werdenden faschistischen Provokateuren und angesichts des Ständerwaldes von ÖSU. JES und RFS, der noch nie so üppig und dicht war, wie dieses Jahr und sie ziehen daraus den Schluß, daß eine eindeutige Rechtsentwicklung stattfindet, manche Studentengruppen sehen bereits den Faschismus am Horizont heraufziehen.

Wie verhält es sich damit?

Die Bourgeoisie geht nach rechts, Linksentwicklung der Studentenbewegung

Vor dem Hintergrund der Verschärfunge aller Widersprüche des imperialistischen Weltsystems und der Verschärfung der Krise der österreichischen imperialistisch-kapitalistischen Gesellschaft, wird die österreichische Bourgeoisie zusehends reaktionärer, rückt sie immer weiter nach rechts in der Hoffnung, auf diese Weise einen Aufschwung der Massenbewegung entweder verhindern zu können oder in den kommenden Klassenkämpfen besser dastehen zu können.

Wie in der gesamten Gesellschaft geht für die Bourgeoisie auch die Herrschaft über die Hochschulen nicht mehr so glatt vonstatten, wie noch vor 2o Jahren.

Dafür gibt es im wesentlichen zwei Gründe: Einerseits muß die Bourgeoisie, im dem Maß wie sich der Widerspruch der Volksmassen zum Staat verschärft, die auf der Hochschule stattfindende Funktionärsausbildung für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung straffer in die Hände nehmen und zielgerichteter vorantreiben.

Andererseits beträgt der Anteil der Bourgeoisstudenten nur noch etwa 12%, während bereits 2o-3o% der Studenten aus bescheidenen Verhältnissen stammen und auch der Rest keine Hoffnung haben kann, dem Schicksal der Lohnabhängigkeit zu entrinnen. Es ist nicht allzulange her, da ging es bei der Hochschulausbildung im wesentlichen darum, die unmittelbaren Bourgoisnachkommen auf die Ausübung ihrer Geschäfte vorzubereiten. Weder war dazu ein besonderer Druck notwendig, noch mußte die Ausbildung besonders straff und kostensparend organisiert werden.

Die Bourgeoisie fand allerdings auf die Dauer mit ihrem eigenen Nachwuchs kein Auskommen: Nicht nur, daß die Klasse der Produktionsmittelbesitzer durch den im Imperialismus vor sich gehenden Konzentrationsprozeß des Kapitals - kleinere Kapitalisten sind nicht mehr konkurrenzfähig und gehen unter - im Schrumpfen begriffen ist, die Ausbeutung der Arbeiterklasse, sowie der durch das Anwachsen aller gesellschaftlichen Widersprüche gewaltig sich aufblähende Staatsapparat, erfordern eine wachsende Zahl von Organisatoren der kapitalistischen Ausbeutung und Rechtfertigung der Bourgeoisieherrschaft.

Die Masse der Studenten gehört heute also we der was ihre soziale Herkunft, noch was ihre Zukunft betrifft der Bourgeoisklasse an.

Nicht ihren eigenen Interessen werden diese Studenten in ihrem Beruf nachzukommen haben, nicht Selbständigkeit und Unabhängigkeit erwartet sie, denn sie werden im Sold der Kapitalistenklasse stehen und den Wechselfällen der kapitalistischen Produktion ausgesetzt bleiben.

Auch wenn sie verglichen mit der Arbeiterklasse gewisse Bevorzugungen geniessen werden, geraten sie doch objektiv als Lohnab- →

aus dem Inhalt:

Entschieden dem Entspannungsschwindel entgegentreten!

Mit dem Näherrücken des Belgrader Außenministertreffens der 35 Teilnehmerländer an der Konferenz von Helsinki über die sogenannte europäische Sicherheit wird von den Imperialisten und ihren Lakaien wieder massiv ein Propagandagetrommel über die sogenannte Entspannung veranstaltet. Ziel dieser Propaganda ist, den Eindruck zu erwecken, als ob die Völker - vor allem Europas - aus dieser von den beiden Supermächten organisierten Konferenz profitieren würden und als ob der "Friedensgeist" nach Helsinki Europa Sicherheit und Entspannung gebracht hätte und bringe.

Der Vorsitzende der KPÖ, Muhri, begab sich zu eben diesem Zwecke am 28.3. auf die Universität.

Vor erstaunten Zuhörern sprach er davon, daß durch die fieberhafte Aufrüstung der SU eine gesicherte Friedenszeit angebrochen sei. Er feierte die "Heldentaten" der sowjetischen Truppen und ihrer Söldner auf der ganzen Welt, die diese im Namen des Sozialismus begehen.

Hinter den Phrasen und feierlichen Worten dieses Betrügers verbirgt sich aber eine drohende Wirklichkeit.

20 Monate nach Unterzeichnung der Dokumente von Helsinki wurden die amerikanischen Truppen um 60 000 Mann, die sowjetischen um 100 000 verstärkt. Allein in der BRD wurden 14 000 amerikanische Soldaten zusätzlich stationiert, und in der DDR gar 30 000 sowjetische Soldaten. Insgesamt haben die Truppen der beiden aggressiven imperialistischen Blöcke NATO und Warschauer Pakt in Europa die Zahl von 1 700 000 Mann erreicht. In der ganzen Zeit seit dem 2. Weltkrieg wurden niemals so viele Manöver zu Land, zu Wasser und in der Luft abgehalten

Fortsetzung auf S. 8

Die Linie "gegen die Bildungsdemontage" entlarvt KSV und VSStÖ als Agenten der Bourgeoisie

Aufgrund der breiten spontanen Empörung über den Lehrerstop und die Verschärfung der Lehramtsprüfung konnte noch im SS 76 eine große, einheitliche Demonstration durchgeführt werden, die in der Öffentlichkeit beträchtliches Aufsehen erregte. In diesem Jahr haben die Revisionisten und Reformisten von KSV und VSStö alles daran gesetzt, die Bewegung gegen den Lehrerstop zu spalten und zugrundezurichten. Das hat die Verwirrungsmanöver der Bourgeoisie unterstützt und ihr viel vom Schwung genommen. Hauptangriffspunkt des KSV war von Anfang an die Plattform des Komitees der Studenten der Pädagogischen Akademie. Diese sei "beschränkt", sie sei nicht zum politischen Kern der Sache vorgestoßen", die "arbeitenden Menschen könnten diese Plattform nicht unterstützen" Mit solchen Phrasen wollten sie bestimmte Zusatzforderungen in die Plattform schmuggeln. Später einigten sie sich mit dem VSStÖ auf eine Plattform "gegen die Bildungsdemontage", die die verschiedensten Forderungen zur Bildung enthält.

Bei den Verhandlungen um eine gemeinsame Demonstration gegen den Lehrerstop erklärten VSStö und KSV, daß sie unter keinen Umständen berei sind, gegen den Lehrerstop zu demonstrieren. Eine solche Demonstration habe erst dann eine "fortschrittliche Orientierung", wenn sie sich gegen die Bildungsdemontage" überhaupt richtet, wenn Forderungen zu den Lehrauftragskürzungen, zu den Stipendien, für Nachmittagsunterricht und Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen in die Plattform aufgenommen werden. Mit allen Mitteln arbeiteten sie darauf hin, einen einheitlichen Kampfschritt der sich auf den Lehrerstop konzentriert, zu verhindern, mit allen Mitteln versuchten sie, die Frage des Lehrerstops in den Hintergrund zu drängen zugunsten einer Orientierung, daß man auf die Straße gehen soll, um zu sagen, was einem alles nicht paßt im Bildungswesen und wie man es besser machen könnte.

In seiner ganzen Propaganda während der Zeit der Vorbereitung der Demonstration hat der KSV keinen Zweifel darüber gelassen, daß er verhindern möchte, daß ein Kampf gegen den Lehrerstop geführt wird. In seinen Flugblättern kommen die Forderungen nicht vor, in seiner Zeitung hat er kurz vor der Demonstration einen "Aufruf gegen den Bildungsnotstand" veröffentlicht, der seine Absichten offenlegt. Er ist unterzeichnet von verschiedenen KPÖ-Unterorganisationen und enthält außer einem allgemeinen Gejammer keine einzige der Forderungen, sondern ruft dazu auf, eine "öffentliche Meinung" für eine "Bildungspolitik, die den Interessen der arbeitenden Menschen gerecht wird" zu schaffen. Was bedeutet das anderes, als daß sich hinter seiner sogenannten "fortschrittlichen Orientierung" die Absicht verbirgt, der Bewegung die Spitze zu nehmen und die Studenten daran zu hindern, unter klaren Forderungen gegen eine reaktionäre Maßnahme des bürgerlichen Staats aufzutreten.

Der VSStö verteidigt in seiner "Rotpress" 2/77 gleich ganz offen die Regierung, indem er schreibt, es "sollte doch - wenn man den Anspruch auf eine sozialistische Politik der Umverteilung und der Chancengleichheit nicht aufgeben möchte - darauf geachtet werden, daß diese Maßnahme (nämlich die Einsparungen bei den Lehrern und dem Schulbau) auf 1977 beschränkt bleibt." (s.3)

Hauptzweck des Auftretens von KSV und VSStö in der Bewegung gegen den Lehrerstop war es, mit ihrer Linie "gegen die Bildungsdemontage" bestimmte bürgerliche Ansichten zu verankern. Dagegen mußte ein scharfer Kampf geführt werden.

Die Frage der Sparpolitik

Eine wichtige Rolle spielte in der Auseinandersetzung die Frage der Sparpolitik der Regierung. In dieser Frage steht die GRM in friedlicher Eintracht mit KSV und VSStö: Der Staat verteilt um, leider in der falschen Richtung. Anstatt den Kapitalisten wegzunehmen und dem Volk zu geben, nimmt er dem Volk und finanziert die Profite der Kapitalisten, anstatt bei den sogenannten "unnötigen" Bereichen wie z.B. dem Militär zu sparen und die sogenannten "sozialen" Bereiche wie z.B. die Hochschulen zu finanzieren, macht er es gerade umgekehrt. Das erregt schon immer den besonderen Unwillen der Opportunisten, es hat aber für sie auch seine positiven Seiten. Auf der einen Seite schadet es ihnen, wenn der Staat immer das Gegenteil von dem macht, was sie den Massen versprechen - auf der anderen Seite gibt ihnen das schon fast hundert Jahre Nahrung für ihre Politik und werden sie wohl noch einige Zeit davon leben. Mit dieser Linie wird darüber hinweggetäuscht, daß der bürgerliche Staat nichts anderes ist, als Machtinstrument der bürgerlichen Klasse, wird dem schein nachg geben, daß der Staat über den Klassen steht und der Eindruck erweckt, daß die Arbeiterklasse ihn in ihrem Sinn und für die Durchsetzung ihrer Interessen nutzen könnte. Zweitens wird der Eindruck erweckt, daß die Frage der Bildung gelöst wird dadurch, daß man sagt, woher das Geld genommen werden soll als ob es darum geht, daß die Bourgeoisie nicht ausreichend materielle Mittel für die Bildung der Massen zur Verfügung stellen will. Damit wird davon abgelenkt, daß es die Herrschaft der Bourgeoisie berührt, je mehr die Massen die Verhältnisse erkennen, je mehr sie in die Lage versetzt werden, selbst die Produktion zu überschauen und zu leiten. E.Hoernle schreibt dazu: "Das bürgerliche Schulwesen leidet an seinem fundamentalen Widerspruch...Als Produzent, der seine Produktion nach Möglichkeit zu steigern sucht, hat das Bürgertum ein Interesse an der Intelligenz und Arbeitsfreudigkeit des Proletariers. Als Ausbeuter jedoch muß es jede höhere Verstands und Willensbildung der Arbeiterschaft verpönen als den Todfeind seiner politischen und wirtschaftlichen Herrschaft. So vereinigt das Bürgertum zugleich mit dem Rufe nach Schulreform und Demokratisierung der Bildung auch alle jene Tendenzen, die eine wirkliche Volksbildung sabotieren, die das Proletariat durch Verschlechterung seiner ökonomischen Lage faktisch von der Nildung ausschließen. Vor die Frage gestellt: Verzicht auf Ausbeutung oder Sinken der Produktivität? wird der Kapitalist ohne Zögern das letztere wählen. Mögen die arbeitenden Massenverkommen, wenn nur sein Profit, seine Herrschaft erhalten bleibt. Nicht ein Höchstmaß sondern ein Mindestmaß an Bildung gewährt deshalb das Bürgertum heute dem Proletariat" (Schulkampf I, 85f). Hier zeigt Hoernle, wie sich der Grundwiderspruch von dem die kapitalistische Gesellschaft zerrissen ist, im Bildungswesen ausdrückt: die Entwicklung der Produktivkräfte erfordert eine Hebung des Bildungsniveaus, eine immer allseitigere Bildung - die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die private Aneignung der Früchte der Arbeit durch die Kapitalisten erfordern das Gegenteil, erfordern die Niederhaltung der Massen und ihre Verdummung. Das ist ein objektives Gesetz, das im kapitalistischen Bildungswesen seinen Ausdruck findet.

Ganz andere Ansichten vertreten KSV und VSStö:

»Ausbau der Bildungs institutionen«

1. Bildung ist an sich etwas Gutes, man muß für mehr Bildung sein. So heißt es auf den Plakaten des VSStö "Bildung ist ein soziales Gut, deshalb kein Sparen am falschen Platz" und im "Aufruf gegen den Bildungsnotstand": "Das Interesse der arbeitenden Bevölkerung gebietet: Bildungsinstitutionen dürfen nicht eingeschränkt werden! Man muß sie ausbauen!" Damit wird ganz offen bürgerliche Ideologie verbreitet, wird der Klassencharakter der Bildung vertuscht. Damit wird vertuscht, daß die Bildung unter der Herrschaft der Bourgeoisie eine Waffe in den Händen der herrschenden KLasse, ein Instrument im Klassenkampf ist. Bildung im Kapitalismus bedeutet, daß die Bourgeoisie versucht, die junge Generation entsprechend ihrer Weltanschauung und ihrer politischen Linie zu erziehen, daß sie versucht, Nachfolger heranzub lden, die die Herrschaft ihrer eigenen Klasse fortsetzen. Bdeutet, daß die Schulen zu Zwangsanstalten gemacht werden, wo die Jugend dem Drill, den offenen und versteckten Formen der →

Unterdrückung ausgesetzt werden, wo die Lehrer entsprechend zugerichtet und einem ganzen Wust von unterdrückerischen Bestimmungen wie dem besonderen Dienstrecht unterworfen werden.

Haben daran die arbeitenden Menschen ein Interesse? Haben sie zweifellos nicht. Eine ganz andere Frage ist die Tatsache, daß die Bourgeoisie sich auf dem heutigen Entwicklungsstand der Produktion nicht mehr damit begnügen kann, der Jugend nur mehr ihre ideologischen Vorurteile beizubringen, daß sie gezwungen ist, den arbeitenden Massen ein gewisses Maß an Kenntnissen zu vermitteln, damit sie überhaupt als Arbeitskräfte verwendbar sind. Daran hat die Arbeiterklasse schon ein Interesse, sie hat auch ein Interesse daran, daß ihren Kindern mehr Kenntnisse zur Verfügung gestellt werden. Wird sie das aber erreichen durch den Ausbau des Hochschulwesens, dadurch daß die Lehrauftragskürzungen bekämpft werden? Oder durch den Ausbau der Höheren Schulen? Zweifellos nicht. Erstens sind die Kinder der Arbeiterklasse in der Regel nicht an der Hochschule oder den höheren Schulen, zweitens stellen diese nicht mehr den Nachwuchs der Arbeiterklasse, wenn einige wenige eine solche höhere Ausbildung durchlaufen.

Daraus ergibt sich

1) eine Ausweitung der Ausbildung der Arbeiterklasse ist überhaupt nur möglich durch eine Ausweitung der Ausbildung an den Pflichtschulen und eine Ausweitung der Schulpflicht.

2) Der Kampf um eine Verbesserung der Ausbildung muß verbunden werden mit dem entschiedenen Kampf gegen die Unterdrückung an den Schulen und die Indoktrinierung mit bürgerlicher Ideologie.

3) Die Orientierung "gegen die Bildungsdemontage" und für "mehr Bildung", die KSV und VSStö der Bewegung gegen den Lehrerstop aufzwingen wollen, der Versuch insbesondere Forderungen, die sich auf die Hochschule beziehen, mitzutragen, ist genau derselbe bürgerliche Betrug, den Lenin folgendermaßen geißelte: "Die alte Schule erklärte, sie wolle einen allseitig gebildeten Menschen erziehen, sie lehre die Wissenschaften schlechthin. Wir wissen, daß dies eine einzige Lüge war, denn die ganze Gesellschaft war auf die Teilung der Menschen in Klassen, in Ausbeuter und Unterdrückte aufgebaut und hielt sich dank dieser Teilung. Natürlich vermittelte die ganze alte Schule, die durch und durch vom Klassengeist durchtränkt war, nur den Kindern der Bourgeoisie Kenntnisse. Jedes ihrer Worte war im Interesse der Bourgeoisie gefälscht. In diesen Schulen wurde die junge Generation der Arbeiter und Bauern nicht so sehr erzogen als vielmehr im Interesse eben dieser Bourgeoisie abgerichtet." (LW 31, 274f.)

»Brechung des Bildungsmonopols«

Das zweite wichtige Element der Linie von VSStö und KSV ist die Forderung nach der "Brechung des Bildungsmonopols", nach der "Gleichheit der Chancen" beim Aufstieg in die Institutionen der öheren Bildung. Die Zusammenlegung von Hauptschule und Untermittelschule wird zur Hauptfrage gemacht, weil die Hauptschule "für die Kinder der Arbeiter, Bauern und kleinen Angestellten" nicht "gut genug" ist und die Gesamtschule ihnen "bessere Bildungschancen... gibt".

Es ist richtig, die Bourgeoisie hält die Bildung in Händen sie verfügt über das Bildungsmonopol, sie gewährt den arbeitenden Massen nur ein solches Maß an Bildung, wie zur Aufrechterhaltung der Produktion unbedingt nötig ist. Sie ist dazu in der Lage, weil sie über die Produktionsmittel verfügt, weil sie deshalb über den gesellschaftlichen Reichtum verfügt, den sie aus der Arbeiterklasse herauspreßt, weil sie auf Grund dessen über die politische Macht verfügt und das gesellschaftliche Leben entsprechend ihren Bedürfnissen gestaltet ist. "Der Kapitalismus bedarf keiner besonderen Gesetze und Verordnungen, um die arbeitenden Massen von der Bildung auszuschließen, das besorgen die ökonomischen Gesetze ganz von selber", sagte E. Hoernle, Verantwortlicher für die Schulpolitik der KPD in der Weimarer Republik. Wenn man das Bildungsmonopol der Bourgeoisie abschaffen will, dann muß man den Kapitalismus abschaffen, muß man die Bourgeoisie stürzen, diese Erkenntnis versuchen die Revisionisten seit jeher vergessen zu machen.

Die Losung nach der Brechung des Bildungsmonopols wurde von der revolutionären Arbeiterbewegung zu keiner Zeit und nirgends erhoben. Es ist vielmehr eine Losung, die die Sozialdemokratie aufgestellt hat, nachdem sie längst die Revolution verraten hatte. Es ist eine reine reformistische Losung, die daran vorbeigeht, daß es unter der Herrschaft der Bourgeoisie eine Ausnahme sein muß, wenn Kinder aus dem Volk eine höhere Ausbildung durchlaufen, die den "Aufstieg" der Arbeiter im Kapitalismus und damit die Klassenversöhnung propagiert.

Demgegenüber hat die revolutionäre Arbeiterbewegung immer darum gekämpft, daß die Ausbildung der zukünftigen Arbeiter gehoben wird. Dabei ist es ganz falsch, den Blick nur auf die Höhere Bildung zu richten, so zu tun, als ob den Arbeitern gerade die Bildungselemente fehlen, die man braucht, um im Gymnasium zu bestehen. Der "Bund Demokratischer Lehrer und Erzieher", Unterorganisation der KPÖ, schreibt: "Die Kommunisten sind gegen das Nebeneinander von Hauptschule und Unterstufe der AHS, weil ihrer Überzeugung nach eine richtige Entscheidung über die Schullaufbahn eines Kindes im 10. Lebensjahr nicht möglich ist und weil der gegenwärtige Zustand die Kinder der Arbeiter und Bauern benachteiligt." (8/9/10/1975) Das ist nichts anderes als die alte bürgerliche Losung 'Freie Bahn dem Tüchtigen', die Schule soll reformiert werden, damit endlich eine gerechte Auslese der Begabten stattfindet, damit endlich eine richtige Entscheidung getroffen werden kann, wer Arbeiter wird und wer "etwas Besseres". Das ist ein Hohn auf die Wirklichkeit. Heute ist es so, daß die große Mehrzahl der Jugendlichen nach der Pflichtschule eine Lehrausbildung machen, daß ein kleinerer Teil eine weitere Ausbildung in einer mittleren oder höheren Schule durchlaufen und daß schließlich etwas mehr als 20 % der Jugendlichen über die Pflichtschule hinaus keine weitere Ausbildung mehr bekommen. Es besteht keinerlei Anspruch auf eine Lehrstelle, es ist reine Privatsache der Kapitalisten, wie viele Lehrplätze sie zur Verfügung stellen; darüber hinaus ist der Berufsschulbesuch an den Besitz eines Lehrvertrages gebunden.

Von diesen Tatsachen ausgehend ist es richtig, die Forderung nach der allgemeinen polytechnischen Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr zu erheben. Dabei macht man nicht die Höhere Bildung zum Ausgangspunkt, sondern die Elemente, die in der Berufsbildung bereits enthalten sind. Der Weg zu einer Verbesserung der Bildung der Arbeiterklasse führt nicht über die AHS, er führt über die Ausdehnung der Berufsschulpflicht (auch auf jugendliche Arbeiter und Arbeitslose), über die Ausdehnung des Berufsschulunterrichts auf mehrere Tage, über die Verbesserung ihrer Einrichtungen usw.

»Bildungspolitik im Interesse der arbeitenden Menschen«

Eine wesentliche Frage des Kampfes zwischen revolutionärer und opportunistischer Linie in der Schulfrage ist seit jeher die Stellung zu der Tatsache, daß die Bourgeoisie das Bildungswesen über ihren Staat organisiert. Über den Staat unterwirft sie das Volksbildungswesen ihrer umfassenden Kontrolle und macht sich die Lehrer als Staatsbeamte mittels des besonderen Dienstrechtes gefügig. Schon Marx bekämpfte im vorigen Jahrhundert die Opportunisten, weil sie den Staat als Volkserzieher anerkannten. "Ganz verwerflich ist eine Volkserziehung durch den Staat... vielmehr sind Regierung und Kirche gleichmäßig von jedem Einfluß auf die Schule auszuschließen" und es "... bedarf umgekehrt der Staat einer sehr rauhen Erziehung durch das Volk", heißt es in der Kritik des Gothaer Programms.

Es ist kein Wunder, daß die heutigen Opportunisten, die der Meinung sind, daß die Arbeiterklasse über eine Mehrheit im bürgerlichen Parlament an die Macht kommen wird, diese Frage vollständig "vergessen" und ihre Hauptaufgabe darin sehen, eine "öffentliche Meinung" dafür zu schaffen, daß die bürgerliche Regierung eine "Bildungspolitik im Interesse der arbeitenden Menschen" machen soll. Wenn man sich vor Augen hält, wie umfassend und ausgefeilt die sogenannte gesetzliche Fundierung des Schulwesens ist, welche ein Apparat dem Staat zur Aufsicht über die Schulen zur Verfügung steht, wie die Lehrer und Schulen von der Bevölkerung getrennt werden, usw. springt es in die Augen, welche Bedeutung die herrschende Klasse ihrer Kontrolle über die Ausbildung der jungen Generation beimißt, mit welcher Ängstlichkeit sie darüber wacht, daß die junge Generation im Sinne der Unterwerfung unter ihre Klassenherrschaft erzogen wird. Es ist eine entscheidende Frage, ob die Arbeiterklasse sich mit diesem Zustand zufriedengibt, ob sie ihre Kinder der Bourgeoisie überläßt oder ob sie um ihren Einfluß auf die Erziehung ihrer Kinder kämpft, ob sie sich einmischt in alle Fragen des Unterrichts, ob sie sich fragt, welche Lehrer ihre Kinder unterrichten sollen usw. Deshalb ist es notwendig, daß jeder Schritt im Kampf um eine Ausdehnung der Schulpflicht oder eine Verbesserung der Ausbildung verbunden wird mit der Bekämpfung des Einflusses der Kapitalisten und ihres Staates auf das Volksbildungswesen.

Man sieht, in der Frage des Bildungswesens stehen sich

→

zwei Linien gegenüber. Diese zwei Linien sind unversöhnlich, es ist kein Wunder, daß keine gemeinsame Aktion zustandegekommen ist. Die Frage lautet: Ist man bereit, einen Schritt zu setzen gegen den Lehrerstop als eine reaktionäre Maßnahme zur Formierung des Volksbildungswesens oder legt man sich vor der Bourgeoisie und ihrer Regierung auf den Bauch und bettelt sie an, sie möge doch eine fortschrittliche Bildungspolitik machen? Die Forderungen gegen den Lehrerstopp bringen klar zum Ausdruck, daß man nicht bereit ist, diese Maßnahmen zu akzeptieren, daß man den staatlichen Organen das Recht abspricht, Maßnahmen zu setzen, die auf eine Verschlechterung der Lage an den Schulen hinauslaufen und die Lehrerstudenten und die Lehrer einem verstärkten Druck aussetzen. Diejenigen, die versuchen, diese Plattform als "beschränkt" und "ohne fortschrittliche Orientierung" und "nicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung" zu denunzieren, verfolgten damit keine andere Absicht, als die Bewegung zu spalten und ihre reformistischen Ideen an den Mann zu bringen. Die GRM wurde ihrer Rolle als Agentur der modernen Revisionisten gerecht, indem sie unbedingt versuchte, die beiden Linien zu versöhnen und ihre Teilnahme an der Demonstration von Zugeständnissen an KSV und VSStÖ abhängig machte.

Die Frage der Bildung ist eine Frage, die die Opportunisten seit den Anfängen der sozialistischen Bewegung als Einfallstor für den Opportunismus zu nutzen suchen. Eine Frage, die sich anbietet für Versuche der Aussöhnung der Arbeiter und fortschrittlichen Menschen mit dem Kapitalismus durch die Verbreitung von allerlei reformistischen Illusionen. Das bringt der VSStÖ geradezu in klassischer Manier auf den Begriff, wenn er schreibt: "Denn gerade dem Bildungsbereich kommt bei der Verfolgung des Ziels einer Umverteilung zugunsten der unteren Schichten erhöhte Bedeutung zu." (Rotpress 2/77, S.3) Deshalb ist es umso nötiger, eine scharfe Trennungslinie zwischen der revolutionären Orientierung des Kampfs gegen die bürgerliche Klassenerziehung und gegen den Einfluß der Bourgeoisie und ihres Staates über die Schulen auf der einen Seite und der Orientierung auf bürgerliche Bildungsreformen auf der anderen Seite zu ziehen. Eine geeignete Richtschnur dafür sind die programmatischen Forderungen des KB Österreichs: "Unentgeltliche und obligatorische, allgemeine und polytechnische (theoretisch wie praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde) einheitliche Schulbildung für alle Kinder und Jugendliche beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahr, Versorgung der Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten; enge Verbindung zwischen Unterricht und gesellschaftlich-produktiver Arbeit. Übergabe des gesamten Volksbildungswesens in die Hände demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung. Wahl durch das Volk, Rechenschaftspflicht gegenüber dem Volk und jederzeitige Abwählbarkeit durch das Volk für alle Lehrer."

Diese Forderungen richten sich direkt gegen die grundlegenden Übel der bürgerlichen Schule: die bürokratische Herrschaft des bürgerlichen Staates über die Schulen, die Spaltung des Schulwesens und die Trennung von theoretischer und praktischer Ausbildung. Es könnte direkt gegen die heutigen KPÖ-Revisionisten gerichtet sein was die revolutionäre KPD in den 20iger Jahren schreibt: "Jede kommunistische Schulpolitik, die nicht von dieser grundlegenden Erkenntnis des Wesens der kapitalistischen Elementarschule ausgeht, muß entweder in revolutionaristisches Geschwätz oder in reformistische Kleinbürgerlichkeiten ausarten. Diese Erkenntnis zeigt uns aber, wo der proletarische Schulkampf einsetzen muß, nicht bei allerlei kleinen Verbesserungsvorschlägen für Schulplan, Lehrmittel, Unterrichtsmethoden, sondern mit dem Angriff auf die zentralen Stellungen des Gegners, auf den bürgerlichen Klasseninhalt des Unterrichts, auf den Despotismus der Schulbürokratie, auf die Trennung der Volksschulen von den Höheren Schulen, auf den Klerikalismus in der Schule, auf die Absperrung der Schule vom Leben der Arbeiterklasse, womit natürlich verbunden sein müssen die materiellen Forderungen, die sich aus der Klassenlage der proletarischen Kinder ergeben." (E. Hoernle, Grundfragen proletarischer Erziehung, S.63)

Zweifellos sind mit der Demonstration gegen den Lehrerstop die Auseinandersetzungen um die Schulfrage nicht zu Ende, im Gegenteil, die Widersprüche werden sich zunehmend verschärfen. Es gilt, aus den bisherigen Erfahrungen zu lernen und den Kampf gegen die reaktionäre Schulpolitik der imperialistischen Bourgeoisie weiterzuführen und zu vertiefen. Dieser Kampf muß geführt werden mit der Orientierung, die Clara Zetkin in ihrer berühmten Rede im deutschen Reichstag - gewendet an die bürgerlichen Abgeordneten - gibt: "Wir werden den Kampf für unser Schulideal führen als das, was er sein muß, als einen Teil des proletarischen Klassenkampfes... Wir appellieren für die Unterstützung in diesem Kampfe nicht an Sie, des dürfen Sie überzeugt sein. Wir rufen für die Durchfechtung dieses Kampfes die Massen da draußen. Die Massen der Schaffenden sollen sich mit der Erkenntnis von dem Werte der Erziehung ihrer Kinder zu vollwertigen menschlichen Persönlichkeiten erfüllen... Wir wissen mit Marx , daß auch die Theorie Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift. Wir werden dafür sorgen, daß die Erkenntnis, die Einsicht die Massen draußen ergreift und ausschlaggebende Macht wird. Eine Macht, die sich in steigendem Maße für die Eroberung der politischen Macht im Staate einsetzt. Denn eine durchgreifende, grundlegende Schulreform steht nicht vor der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, sie wird eine ihrer wichtigsten und wertvollsten Früchte sein." (Schulkampf I, p. 132 f.)

L.L.

Stipendien:

Verstärkter finanzieller Druck auf Studenten ohne reiche Eltern

In den letzten Jahren hat sich die materielle Situation von Studenten ohne reiche Eltern massiv verschlechtert. In der Zeit seit der vorletzten Novelle 71, in der die Inflation laut offiziellem Verbraucherpreisindex ca. 52 % ausmachte, wurden die Höchststipendien nur zwischen 19 % und 26 % und die Eltern-Einkommensgrenze, bei der man gerade noch ein Stipendium erhält, zwischen 5 % und 8 % erhöht.

Die jetzt geplante Novelle, von der seit über einem Jahr die Rede ist, von der die Studenten aber bis heute keinen roschen gesehen haben, wird die Verstärkung des materiellen Drucks fortsetzen. Die prozentuale Erhöhung der Höchststipendien und der Bemessungsgrundlagen gegenüber der Novelle 74 entspricht etwa dem offiziellen Verbraucherpreisindex seit 74. Warum bedeutet das eine Fortführung der staatlichen Politik des verstärkten materiellen Drucks?

- Die Eltern der unbemittelten Studenten, Arbeiter, kleine Angestellte, niedere Beamte, Kleinbauern usw. können auf Grund des Reallohnabbaus bzw. zunehmender Verschlechterung der Lage der Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden immer schlechter studierende Kinder unterstützen.
- Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, verschärft durch die Krise, erschwert es den Studenten ohne reiche Eltern sich etwas zu ihrem Lebensunterhalt dazuzuverdienen. Die Bezahlung ist wesentlich schlechter als noch vor einigen Jahren, man kann froh sein, wenn man überhaupt noch einen Job findet.
- Die Möglichkeiten, sich etwas dazuzuverdienen, werden weiters eingeschränkt durch die Studienverschärfungen, die Vervielfachung der Prüfungen, die Fristen und Klauseln und nicht zuletzt durch den immer schärferen Leistungsnachweis für die Stipendien selbst.
- Der offizielle Index ist ein Betrug und spiegelt nicht die wirkliche Teuerung wieder. Besonders augenfällig wurde das, als vor etwa einem Monat das Regierungsblatt "AZ" jubeln konnte "Teuerung von 7 % auf 5 % gefallen", obwohl in Wirklichkeit nur die Berechnungsweise des Index geändert worden war. Nach der alten Berechnungsweise beträgt die Preissteigerung nach wie vor 7 %, für die wirklichen Güter des täglichen Bedarfs liegt sie aber noch viel höher.
- Die Novelle 74 bedeutete bereits eine starke Verschlechterung gegenüber der Novelle 71. Insbesondere die Bemessungsgrundlagen wurden damals nur minimal, das heißt weit unter der Inflationsrate erhöht, so daß viele Studenten aus dem Stipendiensystem ausgeschlossen wurden. Diese Entwicklung wird mit der neuen Novelle sanktioniert.

Der Staat ist mit einer vorgesehenen Erhöhung seiner Stipendienausgaben um 80 Millionen Schilling innerhalb des von vorneherein von ihm geplanten finanziellen Rahmen geblieben. An all diesen Tatsachen ändert auch der Zuschlag von bis zu öS 4.000,-- nichts, der - gestaffelt - innerhalb der Höchststipendienbezieher, deren Eltern nicht in Wien wohnen oder verstorben sind, verteilt werden soll. Dieser Zu-

Fortsetzung auf S. 6

Stipendien...

schlag, der noch in den vom Staat gesteckten Rahmen paßte, dient dazu, in der Öffentlichkeit ein hohes Höchststipendium vorzeigen zu können, und die Studenten zu spalten, indem man für einen kleinen Teil die Stipendien stärker anhebt. Die Frage der Lockerung des Leistungsnachweises soll - laut ÖSU - erst "bei der nächsten Novellierung berücksichtigt" werden.

Die verschlechterte materielle Situation trägt dazu bei, daß für die Studenten ohne reiche Eltern die Unsicherheit und der politische Druck wächst. Viele Kollegen befinden sich permanent am Rande des Studienabbruchs, viele Kollegen sind gezwungen, Schulden zu machen. Eine besondere Rolle kommt dabei der Verschärfung des Leistungsnachweises zu, die von den Reformisten, Revisionisten und der ÖSU entweder überhaupt totgeschwiegen oder stark herabgespielt wird. Viele Studenten sehen sich immer wieder der Gefahr gegenüber, durch das Durchfallen bei einer wichtigen Prüfung die finanzielle Grundlage zu verlieren oder zu allen Schulden gar noch das Stipendium vom letzten Jahr zurückzahlen zu müssen. Bei jeder politischen Auseinandersetzung ist es heute fühlbar, wie sehr der politische Bewegungsspielraum durch die Studienverschärfungen und gerade auch durch das Anziehen der Stipendienschraube bereits eingeschränkt wurde.

Die Bourgeoisie hat weitere Pläne, den Leistungsdruck zu erhöhen, die Stipendien mehr als Instrument zur Regelung der Studentenströme einzusetzen und den finanziellen Druck zu verschärfen. Für eine verstärkte "Leistungsabhängigkeit" und eine Koppelung der Stipendien an die Nachfrage (der Kapitalisten) an Absolventen bestimmter Studienrichtungen trat die FPÖ im Wissenschaftsausschuß des Parlaments ein. Solche Pläne werden jedoch bereits seit längerem von Kapitalistenverbänden und im Wissenschaftsministerium ventiliert. Eine andere von den Kapitalisten und der Regierung bereits wiederholt aufgeworfene Idee ist die Rückzahlungspflicht für Stipendien ("Studentenkredit").

Um dieser Entwicklung entgegnzutreten müssen wir am Aufbau einer neuen Kampffront arbeiten.

Die Stipendienpolitik der ÖSU - Ein Stück ÖVP-Politik

Heute gebärdet sich die ÖSU so, als wäre sie in verschiedener Hinsicht von der Regierung betrogen worden und erhebt scheinheilig Vorwürfe gegenüber der Regierung. Wenn man sich jedoch die Ereignisse der letzten eineinhalb Jahre ins Gedächtnis ruft, sieht man, daß bei jedem Manöver gegen die Stipendienbewegung Regierung und ÖSU gemeinsam vorgingen und daß alle leeren Versprechungen, über die sich die ÖSU heute mokiert, hauptsächlich von ihr den Studenten schmackhaft gemacht wurden.

Die ÖSU war es, die, als im Jänner 76 Firnberg nach der ersten Stipendiendemonstration sagte, daß es nur darauf ankomme, einen "Härtefonds" für einen verschwindenden Teil der Studenten einzurichten, der wirklich bedürftig ist, diesen "Härtefonds" in Plakaten und Aussendungen als großen "Teilerfolg" feierte, um einer neuen Stipendiendemonstration entgegenzuarbeiten.

Die ÖSU war es, die, als eine neue Demonstration vorbereitet und bereits auf Plakaten angekündigt wurde (April 76), ihrerseits Plakate mit dem Titel "Novelle 76" plaktierte, auf denen den Studenten eingeredet wurde, daß eine Novellierung des Stipendiengesetzes noch für 1976 bereits gesichert und eine Demonstration daher überflüssig sei. Tatsächlich hatte die Regierung einige Monate vorher gesagt, daß für sie eine Novellierung erst 1977 in Frage käme. Heute beschwert sich die ÖSUscheinheilig über die Verschleppung der Novelle.

Niemand anderer als die ÖSU war es, die einige Tage vor der von zahlreichen Komitees organisierten Demonstration im April 1976 auf den Hochschulen ein Flugblatt mit der Überschrift "Wir haben die Stipendienerhöhung durchgesetzt" herausbrachte, in der sie behauptete, die Erhöhung der Höchststipendien auf 35 000 S und 27 000 S wäre bereits fix zugesagt. Heute beschwert sie sich heuchlerisch, die Regierung habe ihre Zusagen nicht eingehalten.

Als im Dezember 76 und im Jänner 77 unter den Studenten der Wunsch nach neuen Kampfschritten laut wurde, war es wieder die ÖSU, die den Studenten zuerst eine Demonstration für Jänner versprach, und im Jänner damit kam, daß gerade wichtige Verhandlungen im Gange seien, daß der Termin mit dem Finanzminister verschoben worden sei, daß es für Kampfschritte noch zu früh sei. Aber heute beschwert sie sich - wie gesagt - über die Verschleppung.

Und schließlich ist es niemand anderer als die ÖSU, die heute die Novelle der Regierung, die die Verschlechterung der Stipendiensituation weiter fortsetzt, als "Schritt zu einem kostendeckenden Stipendium" preist, wohl in der Hoffnung, daß die Studenten nicht wissen, was Inflation ist und daher jede nominelle Erhöhung für einen Fortschritt halten.

Warum macht die ÖSU das alles? Die Bourgeoisie ist sich in Wirklichkeit darüber einig, daß das Volk verstärkt ausgepreßt werden muß, damit der Unterdrückungsapparat, Polizei und Armee, ausgebaut werden kann und um die Kapitalisten auf dem Feld der internationalen Konkurrenz zu unterstützen. Da macht die ÖVP keine Ausnahme. Die Kapitalisten sind entschieden an einer Einschränkung der Stipendien und an einer Verstärkung des Leistungsnachweises interessiert. Die bürgerlichen Parteien sind daher insgesamt für eine Niederlage der Stipendienbewegung. Aber sie können, wenn sie den Einfluß auf die Studenten nicht verlieren wollen, nicht ohne weiteres offen den berechtigten Bestrebungen der mittellosen Studenten entgegentreten. Die ÖSU macht sich die gegenwärtige Oppositionsrolle der ÖVP zunutze, um sich als Verfechter der Studenteninteressen aufspielen zu können. Das Ziel ihres Eingreifens ist:
erstens den Kampf abzufangen und einen Erfolg zu verhindern,
zweitens, was eng damit zusammenhängt, den Widerspruch zwischen den Studenten ohne reiche Eltern und dem bürgerlichen Staat zu vertuschen und die Studenten stattdessen gegen die Arbeiter aufzuhetzen und
drittens Anhänger für die ÖVP zu werben.
Um das zu erreichen, mußte die

Die Idee der Umverteilung

Die Erfahrungen, die die Masse der besitzlosen Studenten bei ihrer zunehmenden Teilnahme am Klassenkampf innerhalb und außerhalb der Hochschule macht, bieten reiches Material für die Erkenntnis, daß es objektiv in ihrem Interesse liegt, "an der Seite der Arbeiterklasse in den Kampf zu treten für die soziale Revolution, die "das Privateigentum an den Produktionsmitteln ersetzt durch das gesellschaftliche Eigentum, damit die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt und fortschreitet zur Ablösung der Warenproduktion durch die unmittelbar gesellschaftliche Produktion von Gebrauchsgütern, die mit Willen und Bewußtsein der Massen und im Interesse des Wohlstandes und der allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft vollzogen wird"."Die unerläßliche Voraussetzung dieser sozialen Revolution ist die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, das heißt die Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats." (Programm des Kommunistischen Bundes Österreich)

Diese Erkenntnis mit all ihren Konsequenzen zu verhindern, setzt der bürgerliche Staat alles daran. Dieses Geschäft besorgen neben den offenen reaktionären bürgerlichen Studentenorganisationen gerade auch der VSSTÖ, KSV, GRM und FÖJ. Sosehr sie sich auch "Sozialistisch", "fortschrittlich", "links" usw. bezeichnen mögen, ihre praktische Politik zeigt, daß sie in der Tat bürgerliche Organisationen sind, Apologeten und Diener des Kapitals.

Das zeigt sich deutlich in ihrer Politik zur Stipendienfrage und zum Lehrerstop, Fragen die im ganzen letzten Studienjahr von hervorragender politischer Bedeutung waren, Fragen, in denen große Teile der Studenten in Bewegung kamen. Daß die fortschrittliche Studentenbewegung hier keine Erfolge erzielen konnte, liegt zum bedeutenden Teil am Einfluß der reformistischen und revisionistischen Ideen, die diese Organisationen in die Bewegung hineintrugen.

Ist der Kampf um höhere Stipendien überhaupt gerecht? Diese Frage muß sich jeder Student stellen. Regierung und Massenmedien entfalteten eine breite Hetzpropaganda gegen den Kampf um höhere Stipendien, verleumdeten ihn als zynisches Eintreten für Studenteprivilegien, in einer Zeit, wo alle sparen müssen. Diese Hetzpropaganda blieb nicht ohne Wirkung. In gewissem Sinne konnte sie auch an der politischen Orientierung, die die ÖSU dem Kampf geben wollte, anknüpfen, eine Orientierung an der Politik der ÖVP, gekennzeichnet durch reaktionäre, arbeiterfeindliche Parolen. Von größter Bedeutung war es daher auch, der reaktionären Politik der ÖSU einerseits, der Hetzpro-

muß geschlagen werden!

aganda andererseits entgegenzutreten. Unseren "Linken" war aber beides nur recht. Hier bot sich ihnen eine neuerliche Gelegenheit einzuhaken. GRM und FÖJ (v.a. letztere/tat sich dabei hervor) fertigten lange theoretische Elaborate an, wo sie zum Schluß kamen, daß eigentlich gegen höhere Stipendien nichts einzuwenden wäre, der Kampf dafür aber "ständisch borniert", reaktionär, illusionär etc. wäre. Vor allem die FÖJ nützte die offizielle bürgerliche Begründung des Stipendienwesens, es diene der Verwirklichung von "mehr Chancengleichheit", Stipendien wären "Geschenke des Staates", und hielt den Studenten vor - noch entschiedener als die Regierung -daß sie gar nicht fordern dürften.

KSV und VSSTÖ setzten ebenfalls an dieser Frage an und beantworteten sie auf ihre Weise. Ohre Antwort ist - wie übrigens in jeder beliebigen anderen Frage auch - daß der Kampf borniert sei, wenn nicht ihre Zusatz- und Finanzierungsforderungen mitgetragen würden. Das heißt dann: Herstellung des "antimonopolistischen Bündnisses", "Verbindung mit der Arbeiterbeweg ng. Mit den Parolen "Finanzierung durch die Eintreibung der Steuerforderungen der Kapitalisten", Finanzierung aus dem Heeresbudget", "Finanzierung durch die Besteuerung der Unternehmerprofite" wollen sie den Studenten eine Verantwortlichkeit für den Staatshaushalt der Bourgeoisie einreden, ihnen weismachen, daß der Kampf nur gerecht ist, wenn auch die Frage, wer bezahlen soll, beantwortet sei (wodurch unterscheidet sich das von den Appellen der bürgerlichen Politiker an das "Verantwortungsbewußtsein" gegenüber den Staat, der der "Repräsentant aller" sei?), und Wind machen für die bürgerliche Idee der Umverteilung.

Um diese Idee der Umverteilung an den Mann zu bringen und eine öffentliche Meinung für ihren Reformismus zu schaffen,ist es zuerst notwendig, die falsche Ansicht zu verbreiten, Stipendien wären "soziale Maßnahmen". Das ist ebenso ein Betrug wie die Propaganda, der Kapitalismus könne durch eine Sozialreform überwunden werden. Warum? Daß heute eine Reihe von Studenten ohne reiche Eltern studieren, folgt einer Notwendigkeit für die Kapitalistenklasse. Die Ausbeutung der Arbeiterklasse erfordert eine große Anzahl von Funktionären des Kapitals zur Kontrolle der Arbeiter, wissenschaftliche Maximierung der Auspressung, Leitung der Produktionsprozesse usw. Die Verschärfung aller Widersprüche innerhalb der Gesellschaft sowie die ständige Kriegsgefahr bedingt eine ungeheure Aufblähung des Staatsapparates im Imperialismus, was ebenfalls eine erhöhte Produktion von akademisch ausgebildeten Funktionären des Kapitals notwendig macht. Andererseits schrumpft die Kapitalistenklasse aufgrund der Konzentration des Kapitals, der Verdrängung des kleineren Kapitalisten durch den größeren. Das zwingt die Bourgeoisie, auch einige Kinder aus besitzlosen Familien an der Hochschule auszubilden - natürlich immer nur einen kleinen Prozentsatz aller Jugendlichen. Das ist der Grund, warum der Staat Stipendien vergibt. Die Kapitalistenklasse hat jedoch gleichzeitig Interesse, die mittellosen Studenten, die sie nun einmal auf die Hochschule holen muß, so knapp wie möglich bei Kasse zu halten, um ihnen den Spielraum für eine Auflehnung gegen den Drill auf der Hochschule und gegen den reaktionären Inhalt und die reaktionären Ziele der Ausbildung soweit wie möglich einzuschränken. Natürlich möchte sie auch die Kosten so gering wie möglich halten. Die Arbeiterklasse hat daher zwar kein Interesse an der Aufblähung der Hochschule, aber sie hat alles Interesse daran, daß die mittellosen Studenten, die aufgrund der kapitalistischen Entwicklung unvermeidlich an die Hochschule kommen, nicht immer mehr vom Staat finanziell unter Druck gesetzt werden.

Es handelt sich also um nichts anderes als um das Ausnützen der schwierigen materiellen Lage der ärmeren Studenten durch den bürgerlichen Staat, um diese in Abhängigkeit und Unterdrückung zu halten. Es ist deshalb auch ganz gerecht und hat die Unterstützung der Arbeiterklasse, wenn sich die Studenten aus ärmeren Familien gegen dise Unterdrükkung zur Wehr setzen und ausreichende Stipendien fordern.

Die Sabotagen der Reformisten und Revisionisten an der Stipendienbewegung ist die Kehrseite dessen, daß es ihnen in dieser Frage um nichts anderes ging, als unter den Studenten mit ihren Umverteilungsforderungen Zustimmung zu finden. Diese Idee der Umverteilung wird seit mehr als hundert Jahren von den Opportunisten in den Reihen der Arbeiterbewegung vertreten. Sie besteht darin, der Arbeiterklasse und dem Volk einreden zu wollen, sie müßten dafür kämpfen, daß der bestehende Staat, also der bürgerliche, etwas gegen die schreiende Ungleichheit in der Verteilung der Lebensgüter unternimmt, indem er den Reichen oder dem Militär etwas wegnimmt und es den Armen gibt. Diese Ideologie geht hauptsächlich von zwei bürgerlichen Anschauungen aus:

1.) Der Staat wird als neutraler, über den Klassen stehender Apparat betrachtet,der die Klassengegensätze ausgleichen und damit abschwächen kann,und den auch die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen friedlich für ihre Zwecke in Bewegung setzen können, wenn sie nur genug Druck ausüben oder gar - durch das Wahlrecht - eine entsprechende Regierung ans Ruder bringen.

2.) Der Hauptwiderspruch in der kapitalistischen Gesellschaft wird in der ungleichen Verteilung der Mittel für den Lebensunterhalt gesehen und daher der Klassenkampf des Proletariats entstellt und beschränkt auf einen Kampf um eine günstigere Verteilung des Reichtums.

Demnach können also die Gegensätze, das Elend im Kapitalismus durch Staatseingriffe, durch eine Umverteilungpolitik zugunsten der Armen schrittweise aufgehoben werden. Demnach können wir also friedlich in den Sozialismus hinüberwachsen.

Marx, Engels und Lenin sind

Fortsetzung auf S. 8

ÖSU alle selbständigen Kampfschritte und Zusammenschlüsse (Komitees) bekämpfen und statt dessen die Hoffnung der Studenten auf angebliche "harte Verhandlungen" und Auftritte der ÖVP in Parlamentsdebatten lenken. Wenn es zu offensichtlich wurde, daß gar nicht viel zu verhandeln war, sondern der bürgerliche Staat mit Unterstützung aller bürgerlichen Parteien seine Linie ungebrochen verfolgte, griff die ÖSU sogar zu solchen absurden "Kampfschritten" wie einem (wahrscheinlich halbstündigem) Hungerstreik von 20 ÖSU-Funktionären im Finanzministerium mit dem "Kampfziel", bei Androsch vorgelassen zu werden.

Es genügt aber nicht, solche Kämpfe abzuwiegeln, um die Bindung der Studenten an die Bourgeoisie zu erhalten. Von Anfang an versuchte die ÖSU, den Studenten einzureden, daß ihre Probleme nur durch eine elitäre, arbeiterfeindliche Politik gelöst werden könnten. Schon bei der ersten Stipendiendemonstration marschierte die ÖSU unter der Losung "Preise steigen, Löhne steigen, Stipendien sinken". Bezeichnend ist die Auseinandersetzung mit einem Leserbrief der "AZ" in der letzten Nummer der Zeitung der von der ÖSU dominierten Fakultätsvertretung Philosophie.

In dem auf Regierungslinie liegenden Leserbrief wird die Verschlechterung der Lebenslage der Massen als das Natürlichste von der Welt dargestellt und daraus abgeleitet, daß es den Studenten (ohne reiche Eltern) schlecht gehen soll:

"Da jammern gesund aussehende Burschen, sie müßten von Käsebroten leben (sie sollen einmal Burenwurst versuchen, die ist billiger - wir essen sie sehr oft), hätten kein Geld für Gasthausbesuche, Zigaretten, Theater und Konzerte (meine Kinder gehen auf Stehplatz um 10 und 20 Schilling - und leben noch immer)."

Die ironisch gehaltene Antwort der ÖSU-ÖH liegt auf der Linie, daß doch die Arbeiter viel fauler sind als die Studenten und trotzdem gut leben. Die ÖSU arbeitet dabei mit dem alten, abgedroschenen arbeiterfeindlichen "Maurer-Schmäh":

"Beobachten Sie doch einmal einen Maurer auf einer der in Ihrem Bezirk recht zahlreichen Baustellen! Pünktlich um 8 Uhr kommt er (selbstverständlich mit der Straßenbahn) an und stürzt sich sofort in die Arbeit. In der knappen Mittagspause geht sich gerade noch ein Bier aus. Abends fährt er abgerackert heim (natürlich wieder mit der Straßenbahn) und muß am Wochenende noch im Pfusch arbeiten, um sich oberhalb des Existenzminimums zu halten. Zu einem Auto wird es bei so einem ehrlichen, fleissigen Proletarier trotzdem nie reichen. Dagegen so ein Student..."

Demselben bürgerlichen, arbeiterfeindlichen Gedankengut entspricht es auch, die Stipendienforderungen immer wieder durch die Bedeutung der Bildung und der Hochschule zu begründen. Den Versuchen der bürgerlichen Parteien, die Probleme der Studenten zu deren reaktionärer Verhetzung zu benutzen, muß man immer wieder entgegenhalten, daß die Masse der besitzlosen Studenten ihre gehobene Stellung in der Gesellschaft als Intellektuelle nicht aufrechterhalten können und daß auch für sie nur der Sozialismus und die Diktatur des Proletariats eine grundlegende Änderung ihrer Lage bringen kann.

H.Sp.

ANGOLA - Prüfstein des proletarischen Internationalismus

"Antisowjetismus führt, das bewies und beweist die Geschichte der Arbeiterbewegung immer wieder, zwangsläufig ins Lager des Imperialismus." (Rote Perspektive, Nr.4/75-76,S.13)
Dieses Argument führen die Revisionisten, aber auch VSSTÖ, FÖJ, GRM ins Feld, um IHRE Linie der antiimperialistischen Solidarität zu rechtfertigen.

Niemand kommt heute mehr darum herum, eine klare Stellung zur Sowjetunion zu beziehen, wenn es um den Antiimperialismus geht; insbesondere hat sich dies im Zusammenhang mit der Solidarität mit dem angolanischen Volk gezeigt. In dem Maße, in dem die SU überall ihre Finger im Spiel hat, stellt sich die Frage immer zwingender. KSV-Vorsitzender Graber nannte auf dem KSV-Teach-In am 21.1. Angola einen "Prüfstein des roletarischen Internationalismus. Er hat damit recht. Zu einer Zeit, in der die angolanischen Befreiungsbewegungen nach langen Jahren entbehrungsreichen Kampfes den portugiesischen Kolonialismus besiegt hatten, betrieb der Sozialimperialismus seine Einmischung verstärkt, da er die Gelegenheit, Angola unter seine eigene Kontrolle zu bekommen, günstig fand. Mit allen Mittel betrieb er die Spaltung der Befreiungsbewegungen und hetzte sie in einen blutigen Bürgerkrieg. Unter dem Vorwand der "sozialistischen Hilfe" gegen die Aggressionen der USA und Südafrikas schickte er große Söldnermassen nach Angola, um in Wirklichkeit zwei der Befreiungsbewegungen zu liquidieren und die dritte völlig unter seine Kontrolle zu bekommen und Angola in seine Kolonie zu verwandeln. Heute können wir klar erkennen, worau die Einmischung der SU abzielte:

- die SU zwang Angola zu einem "Freundschaftsvertrag", der Angola jeglicher Unabhängigkeit und Selbständigkeit beraubt, alle seine Schritte von Moskaus Gnaden abhängig macht.
- die SU hat sich das"Recht" gesichert, die Reichtümer Angolas zu plündern: "z.B. zahlt die SU für den Kaffee, den die angolanische Regierung den Bauern um nur 2o % des Weltmarktpreises abnimmt, selbst wieder bloß 38 % des Weltmarktpreises.
- die SU benützt Angola als Sprungbrett für weitere Interventionen im südlichen Afrika (siehe Zaire!)

Eine solche Politik nennt man imperialistisch, und da sie unter der Fahne des "Sozialismus" betrieben wird, als sozialimperialistisch.

In der Tat ist Angola ein Prüfstein des proletarischen Internationalismus. Es ist Symbol der immer wahnwitzigeren Aggressivität des Sozialimperialismus geworden. Revisionisten und Trotzkisten haben alles getan, um die Verbrechen des Sozialimperialismus zu vertuschen, um die gerechten und ehrlich antiimperialistischen Bestrebungen vieler Staaten auszunützen und die antiimperialistische Bewegung in eine Manövriermasse der sozialimperialistischen Sowjetunion umzuwandeln. Damit stellen sie sich an die Seite des Weltimperialismus, an die Seite der Unterdrücker und Ausbeuter.

Die Aufgabe aller ehrlichen Antiimperialisten und Demokraten ist, diesen Reaktionären entgegenzutreten und damit auch einen Beitrag zu einer wirklichen Solidaritätsbewegung ist, der Kampf der Völker der Welt gegen den Weltimperialismus zu leisten.

D.W.

Fortsetzung von S. 1

...Entspannungsbetrug

wie seit Helsinki.
Während der Lärm über den Friedensgeist ständig zunimmt, kreuzen die Kriegsflotten der Supermächte nicht mehr nur im Mittelmeer und Atlantik, sondern auch im Nordmeer und der Nordsee und verletzen arrogant die Souveränität der nordischen Länder. Wühlarbeit und Spionage gehen mit der gewaltigen Verstärkung des Militärpotentials einher.
Wo also ist da "Entspannung"?

Revisionistenhäuptling Muhri erklärt uns, wie vorteilhaft für die Völker die wachsende militärische Stärke der "Friedensmacht Sowjetunion" sei. Die Großmacht- und Hegemoniepolitik der Sowjetunion wäre günstig für die Völker, denn sie sei "sozialistisch". Was aber ist daran sozialistisch, das Volk von Angola, das sich gerade von der Herrschaft des portugiesischen Kolonialismus befreit, in einen blutigen Bürgerkrieg zu hetzen, mittels kubanischer Vasallentruppen eine bewaffnete Intervention zu unternehmen, Angola heute noch besetzt zu halten, für weitere derartige "Befreiungsaktionen" und militärische Abenteuer im südlichen Afrika? Ist es etwa sozialistisch, von dem unterworfenen Angola nun eine bewaffnete Intervention gegen Zaire durchzuführen, und sich dabei auf den Abfall des belgischen und amerikanischen Imperialismus zu stützen, die sogenannten "Katanga-Gendarmen"? War es etwa sozialistisch, das faschistische Gandhi-Regime in Indien zu stützen und zu bewaffneten Abenteuern und Annexionsfeldzügen gegen die VR China, Sikkim, Pakistan usw. anzustacheln. Und was ist daran sozialistisch, daß der rassistische Siedlerstaat Israel anerkannt wird, mit Menschenmaterial, die die Waffen gegen das palästinensische Volk führen, versorgt wird und alles unternommen wird, um die PLO zu spalten, zu zersetzen und vom gerechten Ziel der Befreiung ganz Palästinas und Errichtung eines demokratischen Staates Palästina abzubringen?

Sozialistisch ist das alles nur in den Worten der modernen Revisionisten, in der Tat ist das alles nackte imperialistische Politik. War es die Taktik der US-Imperialisten, unter der Fahne der"Freiheit" und "Demokratie" die Befreiungsbewegungen gegen die alten Kolonialmächte England, Frankreich etc. zu "unterstützen", um sich selbst an deren Stelle zu setzen, so macht die SU heute dieselbe Politik, nur eben unter der Fahne des "Sozialismus".
Diese imperialistische Politik der Sowjetunion ist die Folge dessen, daß mit dem Machtantritt der Chruschtschow-Revisionisten am 20.Parteitag der KPdSU (1956) die Macht des Proletariats beseitigt und die Diktatur der Bourgeoisie restauriert wurde, daß damit im ersten sozialistischen Land der Welt eine kleine Klasse von Monopolkapitalisten mittels einer faschistischen Staatsmaschinerie über die Arbeiterklasse und die Volksmassen herrscht. Damit wurde die Sowjetunion zu einer imperialistischen Großmacht, die heute überall mit dem US-Imperialismus um Absatzmärkte und Einflußsphären ringt. Die Sowjetunion ist heute eine aggressive imperialistische Supermacht, die auf eine Neuverteilung der Welt drängt und dazu Vorbereitungen auf einen neuen imperialistischen Krieg trifft. Warum aber verkünden sie überall lauthals, daß "Entspannung" herrsche, und dieser Prozeß der Entspannung unumkehrbar wäre?
Wir müssen die Lehren der Geschichte ernst nehmen. Es ist nichts Neues, daß die Imperialisten ihre Kriegsvorbereitungen mit "Friedens-" und "Abrüstungskonferenzen" tarnen. Am Vorabend des 2. Weltkriegs fand eine großangelegte "Abrüstungskonferenz" statt und kaum war sie, die nach 7 Jahren "intensiver Vorbereitung" 3 Jahre dauerte, zuende, als der Krieg begann. Damals, vor 40 Jahren, sagte der große Marxist-Leninist, Stalin: "In unseren Zeiten ist es nicht so leicht, sich mit einem Male von der Kette loszureißen und sich geradewegs in den Krieg zu stürzen, ohne auf Verträge verschiedenster Art und auf die öffentliche Meinung Rücksicht zu nehmen. Den bürgerlichen Politikern ist dies sehr wohl bekannt. Auch den faschistischen Machthabern ist das bekannt. Daher entschlossen sich die faschistischen Machthaber, bevor sie sich in den Krieg stürzten, die öffentliche Meinung in bestimmter Weise zu bearbeiten, d.h. sie irrezuführen, sie zu betrügen" (Fragen des Leninismus, S.685).
Dieses Geschäft, "irrezuführen", "zu betrügen", haben die modernen Revisionisten im Auftrag ihrer Kreml-Oberherren übernommen. Dazu diente auch das Teach-In des KSV mit Muhri.
Diese reaktionären Absichten wurden von uns in Redebeiträgen und Sprechchören entlarvt und zunichte gemacht.

Fortsetzung von S. 7

...Umverteilung

diesen Ansichten Zeit ihres Lebens entschieden entgegengetreten. Denn der Hauptzweck der Propaganda solcher Ideen, ist, die Einsicht in die Notwendigkeit der proletarischen Revolution, der gewaltsamen Zerschlagung des bürgerlichen Staates und Errichtung der Diktatur des Proletariats, als einzigen Weg zur sozialen Befreiung, zu verhindern. Es ist auch nicht so, daß auf diesem "friedlichen Weg" das Proletariat halt langsamer zu seinen Zielen kommt, sondern im Gegenteil führen solchen Ideen zur ideologischen Entwaffnung des Proletariats, führen sie zu blutigen Niederlagen.

Das sind Lehren der Geschichte, die ernstgenommen werden sollten. Februar 1934 in Österreich und in jüngster Zeit Chile sind mahnende Beispiele. Leute, die dem zum Trotze diese reformistischen Ideen propagieren, sind nicht etwa realitätsfremde, aber gutmeinende Idealisten, es sind gefährliche Betrüger. All diese reformistischen und revisionistischen Organisationen erweisen sich in der Tat als Komplicen der Konterrevolution. Ihnen dürfen nicht die geringsten Konzessionen gemacht werden.

D.W.

AKW-DISKUSSION STATT PHYSIKVORLESUNG –

Prof. Weinzierl muß sich deklarieren

Ohne Vorankündigung hatte Prof. Weinzierl (1. Physik. Institut) am 10. März seine Vorlesung abgesagt. Verschwiegener Grund: seine Teilnahme an der Klagenfurter Regierungsveranstaltung über Atomkraftwerke (AKW) als "Experte" und Podiumsredner. Weinzierl hatte sich schon in der Broschüre des BuMiWuF "Kernenergie in Österreich - pro und contra" bestens als AKW-Fan und konsequenter Verfechter der AKW-Politik der österreichischen Bourgeoisie bewährt (vgl. KHZ 1/77). Sein Live-Auftritt in Kärnten wurde deshalb auch schon mit öS 15.000,-- honoriert.
Auf heimischem Boden fand er weniger Anklang: In seiner Vorlesung forderten wir seine öffentliche Stellungnahme, über 200 Studenten beschlossen gegen seinen Willen eine Diskussion über AKWe und seinen Standpunkt dazu. Bei seinen Ausführungen war eines bald zu erkennen: Weinzierl ist ein Experte wie die Bourgeoisie ihn sich wünscht. In jeder Einzelheit geht er vom Standpunkt der herrschenden Klasse aus, und damit auch ja immer das Gewünschte rauskommt, vergißt er darüber auch gern mal die Logik: "Wir brauchen das Wirtschaftswachstum, also gibts auch eins, also brauchen wir mehr Energie. Wir haben zu wenig Öl und Kohle, Wasserkraft ist zu teuer, Sonnenenergie nicht erforscht - bleibt die Kernenergie. Und die ist natürlich harmlos und ungefährlich, auch das Müllproblem ist keins mehr." So würde eine Zusammenfassung seiner"Expertise" ausschauen.
Wir zeigten auf, daß es dieses "wir" nicht gibt, weil wie in allen gesellschaftlichen Bereichen und Angelegenheiten im Kapitalismus auch in der AKW-Politik die Interessen der herrschenden Klasse den Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes unmittelbar gegenüberstehen.
Für die Bourgeoisie ist es tatsächlich so, daß sie AKWe "braucht": Ihr Bau bringt Milliardenaufträge, sie rentieren sich relativ rasch, die Stromerzeugung kommt den E-Gesellschaften billiger als bei herkömmlichen Kraftwerken, nicht zuletzt deshalb, weil ein großer Teil der Gesamtkosten (z.B. Forschung, Müll) zusätzlich aus Steuergeldern getragen wird und daher in dieser Kostenrechnung nicht aufscheint.
Weiters ist der Ausbau der Atomenergie ein Eckpfeiler der Internationalen Energie-Agentur, der Österreich beigetreten ist mit dem Ziel, sich mit den westlichen imperialistischen Ländern unter der Schirmherrschaft der USA gegen die öllieferenden Staaten der 3. Welt zusammenzuschließen und sich an der Seite der einen Supermacht auf einen Krieg mit den Sozialimperialisten vorzubereiten. Für diesen Zweck ist der Brennstoff Uran gut geeignet, weil er sich auf Grund seiner Kompaktheit leicht bevorraten läßt.
Klar, daß unter diesen Umständen der Bourgeoisie und ihren Experten á la Weinzierl jedes Mittel recht ist, ihre AKW-Politik zu verteidigen und durchzusetzen.
Genauso klar auch, daß sich die Bevölkerung immer umfassender und entschiedener dagegen zur Wehr setzt. Sie kann kein Interesse an den AKWen haben, die keines ihrer Probleme lösen, sondern ihre Lebensgrundlagen nur weiter untergraben würden. Sie erkennt, daß sie mit ihrer Gesundheit und ihren Steuergeldern für die Profitgier der Kapitalisten herhalten soll. Deswegen ist der Widerstand gerecht und notwendig.
Das wird auch den Studenten immer klarer und entsprechend war auch die Reaktion im Hörsaal. Im Verlauf der Diskussion meldeten sich an die 10 Studenten zu Wort und wandten sich mit verschiedenen Argumenten gegen Weinzierl. Zu Recht wurden Fragen aufgeworfen wie: "Wer braucht denn den Strom und was wird damit produziert?" "Warum wurde und wird die Erforschung der Sonnenenergie und der Erdwärme nicht forciert?", schließlich "Warum wird in Zwentendorf weitergebaut, wenn noch gar nicht klar ist, was mit dem Müll geschehen soll?"
Vielen falschen Behauptungen Weinzierls konnten wir in der knappen Stunde gar nicht entgegentreten, doch am Erfolg konnte das nichts ändern.
Ein Plakat über Weinzierl fand am nächsten Tag großes Interesse. Eine Woche später beteiligten sich allein aus dieser Vorlesung 2 Studenten an einem Agitationsstand, mit dem wir zur AKW-Demonstration am 24. März aufriefen, an der bekanntlich 3.000 Menschen teilnahmen.

K.Ba.
Zelle Math./Naturw.

Dabei arbeiteten wir heraus, daß es das Ziel der Revisionisten ist, eine öffentliche Meinung für die Auslieferung Österreichs an den Sozialimperialismus zu schaffen. Wenn die "Volksstimme" schreibt:"Österreich ist nicht in der Lage und wird niemals in der Lage sein, seine Unabhängigkeit, Souveränität und Neutralität militärisch zu sichern" (16.1.77), so erinnert das nur allzu deutlich an die Propaganda der Nazis in Österreich vor dem Überfall Hitlers.
Deshalb muß heute der Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten, der Kampf für den Frieden und die Unabhängigkeit Österreichs entschieden gegen diese reaktionäre Bande geführt werden.
Deshalb traten wir entschieden gegen den Entspannungsbetrug und die verbrecherischen Absichten der Revisionisten auf. Der Vorsitzende des KSV, Graber, der für sein dümmliches Auftreten bekannt ist, fand es nicht zu blöd, in einem Redebeitrag zu sagen: "Die Maoisten haben gerade den richtigen Nerv getroffen." Wahrscheinlich wollte er etwas anderes ausdrücken, aber es "traf" auf jeden Fall.
Das zeigten nicht nur die Reaktionen der Revisionisten, die vor Wut schäumten und sich nicht anders zu helfen wußten, als und der Zusammenarbeit mit den Faschisten zu bezichtigen, sondern auch die Reaktionen der zahlreich versammelten Trotzkisten und Spontis. In trauter Gemeinsamkeit mit den Revisionisten hetzten sie gegen uns und gegen den Marxismus-Leninismus. Dieses Bündnis kann nicht überraschen. Es ist eine Tatsache, daß der Trotzkismus die gewisse Wiederbelebung, die er nach der ideologischen und politischen Zerschlagung durch Stalin und die Komintern seit Anfang der 60-Jahre erfahren hat, dem Verrat des modernen Revisionismus zu verdanken hat. Gemeinsam ist ihnen der Haß auf Stalin, den unbeugsamen Verteidiger des Erbes Lenins, der in seinem Kern der Haß auf die Diktatur des Proletariats ist, gemeinsam ist ihnen der Haß auf das sozialistische China, das Bollwerk der Weltrevolution, und auf das sozialistische Albanien, das,so klein es auch ist,allen Erpressungs- und Infiltrationsversuchen der Bourgeoisie standhält und täglich erstarkt, gemeinsam ist der Haß auf den Marxismus-Leninismus, die Mao-Tsetung-Ideen und die marxistisch-leninistische Weltbewegung. In Wirklichkeit sind moderner Revisionismus und Trotzkismus Zwillingsbrüder, enge Komplizen der Konterrevolution. Das hat sich auch auf diesem Teach-in klar bestätigt.
Gegenüber den Versuchen der Revisionisten, die österreichische Arbeiterklasse ebenso wie die Studenten und andere Teile des Volkes einzuschläfern und dem Sozialimperialismus ausliefern zu wollen, werden wir Kommunisten entschieden den Kampf gegen den Entspannungsbetrug und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte USA und SU führen. Wir führen diesen Kampf im Einklang mit den Interessen der Weltrevolution und als Teil des Kampfes um die proletarische Revolution im Österreich.

D.W.

WIE IST DAS MIT DEN ATOMKRAFTWERKEN WIRKLICH?

Dritte Auflage, Initiative der Österreichischen Atomkraftwerksgegner.
36 Seiten Preis S 5,-
Erhältlich über die Ortsgruppen und Grundeinheiten des KB Österreichs.

Plakatwettbewerb

Zur Unterstützung der österreichischen AKW-Gegner

Mit "Kunstwerken" kann die Inbetriebnahme von Zwentendorf zwar nicht verhindert werden - aber Plakate, Comics, Karikaturen, Pickerl usw. können sehr wohl im Kampf gegen die Atomkraftwerke eingesetzt werden: als Informationsträger

- Aufzeigen der Gefahren
- Entlarvung der Regierungspolitik, die im Interesse des Finanzkapitals den Menschen immer an 2.Stelle setzt, um ihre Profitinteresse durchzusetzen
- Aufzeigen, wie die Inbetriebnahme von Zwentendorf verhindert werden kann
- zur Anzeige von Demonstrationen, Veranstaltungen, Aktionen usw.

Das ist eine Möglichkeit, die Bewegung gegen AKW's aktiv zu unterstützen. In diesem Sinn ruft das AKW-Komitee der Hochschule für Angewandte Kunst alle auf, mitzumachen.

Alle Arbeiten werden zum Schluß an der Hochschule ausgestellt - und in den Bundesländern gezeigt, bzw. verbreitet - als Agitationsmittel der AKW-Gegner.
Der Wettbewerb läuft bis 20.Mai. Inzwischen sind Diskussionen über Arbeiten und zur Information vorgesehen - das AKW-Komitee trifft sich jeweils am Mittwoch, 12h in der Meisterklasse Oberhuber, Gestaltungslehre, Hörsaal X, Hochschule für Angewandte Kunst, Kopalplatz 2 - dort sind auch die Arbeiten abzugeben.
Kontaktadresse: Christa Biedermann
1160, Brestelgasse 3/8

Fortsetzung von S. 2

...Studentenbewegung

von Studienfragen entwickelt. Die Studenten beginnen sich in alle gesellschaftlichen Angelegenheiten einzumischen, sie beteiligen sich massiv an den Auseinandersetzungen, die zwischen Volk und Staat stattfinden, auf der Seite des Fortschritts und der Demokratie und sie haben sich nicht zuletzt mit den Forderungen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung und mit dem Befreiungskampf der Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus und Reaktion solidarisiert.

Minderheiten

Auf besonders starken Widerspruch stieß die Minderheitenpolitik der österreichischen Bourgeoisie. Auf zahlreichen Hörerversammlungen und StRV-Sitzungen wurde in Resolutionen klar gegen die Minderheitenfeststellung Stellung bezogen, wurde klar deren Zweck, eine weitere Aufschaukelung des Chauvinismus, der deutschnationalen Hetze und des Drucks auf die Kärntner Slowenen, festgehalten und die Haltung der drei Parteien angeprangert. Schließlich war sogar die ÖH gezwungen, unter dem Druck der Studenten, sich gegen die Minderheitenfeststellung auszusprechen. Zur Vorbereitung der Demonstration und des Boykotts im Herbst wurden auf manchen Instituten Boykottkomitees gegründet. Viele Studenten wurden in dieser Frage erstmals politisch aktiv.

Atomkraftwerke

Ebenso heftig, wie unter der gesamten Bevölkerung wurde auch unter den Studenten die Frage der Atomkraftwerke diskutiert, wobei im Vordergrund der Auseinandersetzungen nicht nur das Problem stand, daß AKW gefährlich sind - sondern auch debattiert wurde warum der Bau von AKW nichts mit der Sicherung von Arbeitsplätzen zu tun hat, warum Österreich durch den Bau vom AKW nicht unabhängig, sondern vielmehr abhängig wird von den Supermächten, die die Lieferung und Anreicherung des Reaktorbrennstoffs kontrollieren, warum das Gerede vom "billigen Strom" eine Augenauswischerei ist, weil damit nur billig für die Kapitalisten gemeint ist, nicht aber für die Volksmassen, die ja den Großteil der Kosten der Atomstromproduktion durch Steuern und steigende Stromtarife zu tragen haben wird und schließlich, in welchem Zusammenhang die Forcierung der AKW mit den Kriegsvorbereitungen der Imperialisten steht. Gerade im Verlauf dieses Kampfes haben viele Studenten gesehen, daß man, um zu kämpfen, Klarheit braucht über alle Zusammenhänge, weil man andernfalls beim ersten Verwirrungsversuch und Spaltungsmanöver der Bourgeoisie, den Boden unter den Füßen verliert und die Felle davonschwimmen werden.

Lehrerstop

Besonders tragend waren die Studenten schließlich auch in der Bewegung gegen den Lehrerstop. Aus ging die Empörung im wesentlichen von den Pädak-Studenten, die zu Beginn des letzten Semesters vom Stadtschulrat Schnell zart daraufhingewiesen wurden, daß sie sich nicht der Illusion hingeben sollten, mit der Ablegung der Lehramtsprüfung sei ein Anspruch auf eine Anstellung verbunden. Die Studenten der Pädagogischen Akademie haben schnell reagiert. Die entschlossensten von ihnen haben sich in einem Komitee organisiert, um den Kampf auf folgender Plattform aufzunehmen:

- Einstellung aller geprüften Lehrer und Weiterverlängerung aller Sonderverträge!
- Keine Verschärfung der Lehrerausbildung und des Lehramtsstudiums!
- Keine Diskriminierung der Frau im Bildungswesen!
- Weg mit dem Sparerlaß im Bildungswesen!

Die Bewegung, die von Anfang an objektiv eine weit über die Päd-Ak hinausragende Bedeutung hatte, griff auch sofort auf die Universität über, wo ebenfalls eine ganze Reihe von Komitees entstand.

Die Studenten beschränkten sich nicht darauf, den Lehrerstop als Problem arbeitsloser Lehrer zu behandeln. Sie zeigten den Zusammenhang auf zwischen dem Lehrerstop, den fehlenden Unterrichtsmitteln, dem Lehrermangel in den Schulen, dem Ausfall von Unterricht, kurz, der gesamten Misere im Volksbildungswesen.

Ganz richtig war und ist es, diese Frage als Frage des Klassenkampfes zu behandeln. Die Bourgeoisie hat alles Interesse daran, die Schulen verlottern zu lassen, sie will nichts wissen von allgemeiner und unentgeltlicher Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr, welche theoretisch wie praktisch die Grundlagen der Hauptzweige der Produktion vermittelt. Das Proletariat und die breiten Volksmassen wollen das Gegenteil. Deswegen war es auch gut, daß sich die Studenten mit Stellt afeln und Flugblättern auf belebte Plätze der Stadt stellten, um mit der werktätigen Bevölkerung über dieses Problem zu sprechen und sie aufzufordern, sich am Kampf zu beteiligen. Die Reformisten, Revisionisten und Trotzkisten, die nicht genug über die Resignation der Studentenmassen und den angeblichen Rechtsruck auf der Universität jammern können, haben auch in dieser Auseinandersetzung ihren Beitrag geleistet, um die Bewegung zu desorientieren, zu spalten und zum Erlahmen zu bringen. Als es darum ging, die geplante Aktion für höhere Stipendien möglichst breit und gründlich vorzubereiten, wollten sie plötzlich Aktionen gegen den Lehrerstop setzen und alles auf einmal bekämpfen. Als das Päd-Ak-Komitee hingegen die Zeit für günstig hielt, um die Kräfte gegen den Lehrerstop zusammenzufassen, hieß es von Seiten der Spontaneisten und anderer bürgerlicher Gruppen plötzlich, warum eigentlich nur gegen den Lehrerstop, warum nicht auch gegen die staatliche Stipendienpolitik der Regierung und gegen die Lehrauftragskürzungen und überhaupt gegen alles, was einem einfällt. Was kann eine solche Taktik anderes bezwecken, als der Bewegung ihr Ziel zu nehmen und sie zu verwässern.

Redliche Mühe gaben sich schließlich auch hier die Revisionisten, Unklarheiten darüber zu verbreiten, wer der Gegner in diesem Kampf ist und wie die Fronten verlaufen. Anstatt klarzustellen, daß die Arbeiterklasse allen Versuchen des bürgerlichen Staates, als Volkserzieher aufzutreten und die Schulen einer immer schärferen bürokratischen Kontrolle zu unterwerfen, klar entgegentreten muß, wollten sie die ganze Bewegung auf ihr reaktionäres Umverteilungsprogramm, welches Bildung als etwas Gutes darstellt, fixieren.

Zweifellos gilt auch hier, daß Unmut und Drang zu kämpfen und etwas zu ändern genug da war, daß es aber an Klarheit fehlte, um die reformistischen Ansichten über den Kampf gegen die Zustände im VBW bekämpfen zu können, was unbedingt Bedingung für sichtbaren Fortschritt gewesen wäre.

Antiimperialistische Solidarität

Wenig Klarheit herrscht unter den Studenten bezüglich der Linie, auf der die antiimperialistische Unterstützungsarbeit durchzuführen ist. Die alte Grundlage des spontanen Anti-Imperialismus, der sich vor allem gegen den US-Imperialismus konzentrierte, hat sich als unzureichend herausgestellt. In dem Maß, in dem der sowjetische Sozialimperialismus auf der ganzen Welt infiltriert und sich dort einzunisten versucht, wo der US-Imperialismus hinausgetrieben werden konnte, wird die Klarheit über den Farbwechsel der Sowjetunion und über Charakter und Verlauf des Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft immer mehr zur notwendigen Voraussetzung für die Entfaltung der antiimperialistischen Bewegung.

Die Solidarität mit dem angolesischen Volk hat deutlich gemacht, daß in breiten Teilen der antiimperialistisch gesinnten Studenten große Illusionen herrschen über den aggressiven Charakter des Sozialimperialismus, so daß die Gefahr besteht, daß die spontane Solidaritätsbewegung mit dem Kampf der Völker der Welt zu einer direkten oder indirekten Unterstützung des Hegemoniestrebens des Sozialimperialismus verkommt.

Zwei Lehren

Zwei Lehren müssen wir, wenn wir heute Zwischenbilanz aus den vergangenen Auseinandersetzungen ziehen, festhalten:

1. Überall dort, wo es nicht gelungen ist, den Einfluß des Reformismus und den Gedanken der Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat zu schlagen, mußte die Studentenbewegung gelähmt und letztlich dem bürgerlichen Staat in die Arme zurückgetrieben werden. Überall dort hingegen, wo die Studenten in einheitlichen und selbstständigen Zusammenschlüssen sich von den Reformisten lossagten und erkannten, daß Fortschritte weder durch eine Sozialreform, noch durch "mehr Bildung" und durch das Einschwören der Bewegung auf die Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat gemacht werden können, sondern nur durch entschiedenen Kampf gegen die Bourgeosie und ihren Staat. Überall dort hat die Bewegung an Kraft, Klarheit und Konsequenz ungeheuer gewonnen. Das ist auch der Weg, auf dem sich die Studentenbewegung im gesellschaftlichen Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeosie auf der Seite der Arbeiterklasse ihren Platz findet.

2. Um in der heutigen Situation gegen den Staat und seine Politik kämpfen zu können, ist größere Entschlossenheit, mehr Ausdauer und größere Klarheit nötig, denn die Regierung hat in den letzten Jahren den ideologischen Druck auf die Volksmassen gewaltig verstärkt. So haben die Studenten gelernt, daß es keine leichte Sache, sondern eine äußerst langwierige und komplizierte Sache ist, etwas Ernsthaftes durchzusetzen und v.a., daß man die Interessen, die hinter einer bestimmten Politik stehen, entlarven können muß, will man nicht, daß der Bewegung, beim ersten ideologischen Vorstoß der Bourgeosie, die Argumente und damit Kraft und Konsequenz ausgehen.

Gegen die Propaganda der Reformisten und Spontaneisten, die eine Linksentwicklung unter den Studenten nicht wahrhaben wollen, müssen wir heute auf die Tatsachen verweisen, gegen Vorstellungen hingegen, die Linksentwicklung sei ein steter und unaufhaltsamer Prozeß muß festgehalten werden, daß die Bewegung nur im kompromißlosem Kampf gegen alle Spielarten des Reformismus und gegen den modernen Revisionismus gestärkt, konsolidiert und weitergetrieben werden kann.

U.H.

»Basisgruppen« - Einheit mit der Sozialdemokratie und Kapitulation auf der ganzen Linie

An verschiednen Instituten entwickeln sich in letzter Zeit in unterschiedlichem Ausmaß "Basisgruppen": Roter Börsenkrach-Ökonomie, Gruppe Linker Soziologen, Wissenschaftliche und emotionale Opposition-Germanistik, IG-Politologie. Diese Gruppen haben die Absicht, bei den ÖH-Wahlen an verschiedenen Instituten und auch Fakultäten in Form von "Linken Listen" zu kandidieren. Sie werden unterstützt von FÖJ und GRM, es besteht bereits "weitgehende Übereinstimmung in den wichtigsten Fragen" (Flbl v.31.3.)

Die "Basisgruppen" versuchen sich als "Alternative" zu den "vorhandenen politischen Organisationen" anzupreisen. Insbesondere die MLS habe die Studentenbewegung "in die Sackgasse" geführt. Die "Basisgruppen", die "gegenwärtig das Rückgrat der Linken an den Hochschulen bilden und von daher ihre Bedeutung erhalten" (Flbl v.31.3.) seien berufen, diese wieder aus der "Sackgasse" herauszuführen. Wie im folgenden gezeigt wird, handelt es sich dabei um leere Versprechungen, die geradewegs in die Kapitulation vor der Bourgeoisie führen.

Nachdem die Vertreter der verschiedenen "Basisgruppen" sich lange Zeit bemühten, ihre politische Linie im Dunkeln zu lassen und hauptsächlich mit solchen Phrasen wie "Basisnähe", "Aktivierung der Studenten", "demokratische Beschlüsse der Basis" gegenüber den "vorgefaßten bürokratischen Konzepten" der politischen Organisationen hausieren gingen und der Hauptangriffspunkt uns gegenüber lautete, daß wir über eine ausformulierte politische Linie verfügen, treten jetzt die politischen Anschauungen offener zutage. Um welche Anschauungen handelt es sich dabei ?

Falsche Auffassungen über Charakter und Entwicklung der Studentenbewegung

Aus den verschiedenen Publikationen und öffentlichen Auftreten (Teach-in v.26.1.) der "BGr" insbesondere aus dem, wie sie den Wahlkampf führen, geht hervor, daß sie die Frage der Ausbildung als das um und auf der Studentenbewegung ansehen, daß sie die Studentenbewegung und solche FRagen, die die Studenten unmittelbar und als Studenten betreffen, beschränken wollen. Dabei messen sie der verstärkten Unterdrückung und Indoktrinierung im Zuge der Hochschulreform zentrale Bedutung bei. Dementsprechend beschränken sie sich im Wahlkampf auf diese Fragen, dementsprechend sind sie auch an uns herangetreten, ob wir nicht ihre "linke Liste" unterstützen, da in der Stellung zur ÖH und zur Hochschulreform ja "übereinstimmende Positionen" bestünden.

Diese Sichtweise ist ganz falsch. Das sieht man gleich daran, daß sich die reale Studentenbewegung niemals auf diese Fragen beschränkte. Auch nicht die Studentenbewegung der 6oer Jahre, auf die sich die "BGr" so gerne berufen. Auch wählen die Studenten die ÖSU oder den VSStö nicht weil diese in der oder jener Frage dies oder das gesagt und gemacht haben, sondern sie wählen die politische Linie, die hinter diesen Organisationen steht. Die Studentenschaft ist eine Schicht, die besonders fein auf die politischen Vorgänge in der ganzen Gesellschaft reagiert, und insofern ist auch die reale spontane Studentenbewegung von vornherein schon weiter gewesen als die "Basisgruppen".

Aus ihrer Sichtweise des Charakters der Studentenbewegung folgt eine ganz bestimmte, ebenso falsche Einschätzung der Entwicklung der Studentenbewegung und ihrer Bedingungen: *"Die politische Situation an den Hochschulen ist einerseits gekennzeichnet durch die Stagnation der Studentenbewegung, und andererseits durch verstärkte 'serviceorientierte' Aktivitäten und ideologische Offensive der Rechten. Was sich nun an den Hochschulen geändert hat, sind die zentralen Mobilisierungsmöglichkeiten für die fortschrittliche Bewegung, hauptsächlich hervorgerufen durch die bewußt ungleichzeitige Durchführung der Hochschulreform, deren erste Welle nun mit der Verabschiedung der letzten Studienordnungen vor ihrem Abschluß steht"* (Flbl v. 31.3.) Die Studentenbewegung "stagniert", Hauptkennzeichen dafür sind die mangelnden "zentralen Mobilisierungsmöglichkeiten", Hauptgrund dafür ist die Hochschulreform, die zu allem Überfluß noch "ungleichzeitig" durchgeführt wird. Falsch und gefährlich ist diese Einschätzung

1.) weil sie die fortschrittliche Studentenbewegung, die Linksentwicklung unter den Studenten unterschätzt, weil sie Panikmache betreibt und die eigene Demoralisierung als Kennzeichen der Studentenbewegung ausgibt, indem behauptet wird, daß sich *"die Auswirkungen der Hochschulreform auf das Bewußtsein der Studenten (...) niederschlagen in individuellen Rückzugstendenzen und Demoralisierungserscheinungen.."* (Flbl v.31.3.)

Was ist gemeint mit "zentralen Mobilisierungsmöglichkeiten"? Es kann nur die Erscheinung gemeint sein, daß es so großen Wirbel auf der Hochschule wie 74/75 gegen die Lehramtsstudienordnung, den N.C. für die ausländischen Kollegen, die Kriminalisierung der Studentenvertreter der Mathematik und Physikstudenten seitdem nicht mehr gegeben hat, daß die Stipendienbewegung nach guten Anfängen abgeflaut ist und eine vorläufige Niederlage erlitten hat. In allen diesen Auseinandersetzungen hat es sich gezeigt, daß es nicht leicht ist, Siege zu erringen, hat sich gezeigt, daß die Bourgeoisie schon weiß was sie will und sich auch nicht gleich davon abbringen läßt. Das ist kein Grund, in Panik zu verfallen. Die Studentenbewegung hat sich seither in die Tiefe entwickelt, hat sich an den verschiedenen Auseinandersetzungen um die reaktionäre Politik der Regierung - insbesondere dem Kampf gegen die Minderheitenfeststellung, gegen die WEhrgesetznovelle und gegen die Zerstörung der Umwelt durch den Bau von AKWen - eine sehr große Zahl von Studenten aktiv beteiligt. Sogar die reaktionäre ÖSU-ÖH-Führung sah sich gezwungen, dem Druck der Studenten nachzugeben und sowohl gegen die Wehrgesetznovelle als auch gegen die Minderheitenfeststellung Beschlüsse zu fassen. Entsprechend ihrer politischen Linie spielten die "Basisgruppen" in keiner dieser Bewegungen eine vorwärtstreibende Rolle. Es wächst auch das Mißtrauen und die Ablehnung gegenüber der Indoktrinierung mit der reaktionären Wissenschaft, auch an solchen Instituten, die bisher eher "ruhig" waren.

Falsch und gefährlich ist diese Einschätzung

2.) weil sie über die wirklichen Hindernisse für die Verbreiterung und Vertiefung der fortschrittlichen Studentenbewegung falsche Ansichten verbreitet. Die Hochschulreform, die von den "BGr" in völlig einseitiger Weise zum um und auf hochgespielt wird, spielt gegenwärtig eine eher untergeordnete Rolle gegenüber dem Druck, den die Entwicklung der Verhältnisse insgesamt auf die Studenten ausübt:
In den letzten Jahren zeigt der Imperialismus zunehmend sein wahres Gesicht, die Widersprüche verschärfen sich im internationalen wie im nationalen Maßstab. Die Welt befindet sich in Unruhe und Aufruhr, v. a. die Völker der 3.Welt versetzen dem Imperialismus schwere Schläge, die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten verschärft sich angesichts der schweren Weltwirtschaftskrise gewaltig und die beiden imperialistischen Supermächte USA und SU steuern auf einen neuen Weltkrieg zu. Auch in Österreich geht die imperialistische Bourgeoisie nach rechts und bereitet sich umfassend auf den Klassenkampf, auf scharfe Zusammenstöße mit der Arbeiterklasse und den Volksmassen vor. Der ideologische DRuck auf die Studenten wächst, ebenso verbreitet sich das Gefühl der Unsicherheit, eine Anstellung zu bekommen (in vielen Studienrichtungen zeichnet sich schon ein beträchtliches Überangebot an Absolventen ab) Auf Grundlage dieser Entwicklung zerbrechen natürlich zunehmend die spontanen Reformwünsche, stellt sich immer klarer, was es bedeutet, sich tatsächlich auf die Seite des gesellschaftlichen Fortschritts zu stellen, daß man dabei um eine offene Konfrontation mit der Bourgeoisie und ihrem staatlichen Machtapparat nicht herumkommen wird und es wächst auch die Tendenz zur Kapitulation und zur Unterwerfung.

Gleichzeitig und gesetzmäßig zeigen auch die Opportunisten, die Agenten der Bourgeoisie in der fortschrittlichen Bewegung - VSStö, KSV, GRM - zunehmend ihr wahres Gesicht. Die verschiednen praktischen Bewegungen der letzten Zeit haben gezeigt, daß es keine Frage mehr gibt, wo sie sich nicht vehement gegen die fortschrittliche Bewegung stellen und das Hauptfeuer auf den Marxismus-Leninismus richten. Der VSStö steht stark unter Druck seitens der Regierungspartei, die eine schlagkräftige Studentenorganisation direkt auf SP-Linie haben möchte und steht in jeder Frage vor der Alternative, entweder das Geld oder an Einfluß unter den fortschrittlichen Studenten zu verlieren, wenn er sich nicht an "regierungsfeindlichen Aktionen" beteiligt. Er hat in der letzten Zeit deshalb alles darangesetzt, daß gar keine solchen Aktionen zustandekommen. KSV, aber auch VSStö und GRM stellen sich in den Fragen der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung direkt oder indirekt auf die Seite der sozialimperialistischen Einmischungsversuche der SU und leisten deren Kriegsvorbereitungen Vorschub usw. Diese Po-

→

larisierung innerhalb der sogenannten "Linken", die Verschärfung des ideologischen Kampfs zwischen Marxismus-Leninismus einerseits und Opportunismus und Sozialimperialismus bzw. -pazifismus andererseits verstärkt die Klarheit über den Weg, den man einschlagen muß.

"Einheit der Linken" - Opportunismus als "Ausweg" aus den "mangelnden Mobilisierungsmöglichkeiten"

Die allseitige Zuspitzung der objektiven Widersprüche ist eine Tatsache, an der niemand herumkommt, der die Entwicklung einigermaßen verfolgt. Auch nicht die "Basisgruppen". Die Verschärfung des ideologischen und politischen Kampfes zwischen den Kräften des Fortschritts einerseits und den Kräften der Reaktion andererseits ist eine natürliche Folge dieser Entwicklung..

Die Frage ist, welche Konsequenz man daraus zieht. Die MLS als Massenorganisation des KB Österreichs zieht daraus die Konsequenz, daß die Zeit genutzt werden muß, um die neue kommunistische marxistisch-leninistische Bewegung zu stärken und zu festigen, daß alles getan werden muß, um einen möglichst großen Beitrag zum Aufbau einer revolutionären kommunistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse zu leisten, möglichst viele Menschen in den verschiedenen Fragen des Klassenkampfes auf einer konsequenten und revolutionären Linie der Bourgeoisie und ihrem staatlichen Gewaltapparat gegenüberzustellen und in allen Fragen zu zeigen, daß der Weg der proletarischen REvolution der einzige wirkliche Ausweg aus den drückenden Verhältnissen des Kapitalismus ist. Es heißt in der Erklärung des ZK des KB zum 1.Mai 1977: *"Unweigerlich bahnen sich größere Klassenauseinandersetzungen an. Die Bourgeoisie rüstet sich dafür intensiv. Die Arbeiterklasse muß sich ebenfalls dafür rüsten. Sie muß sich im Kampf von Reformismus und Revisionismus lösen und zur Erfüllung ihrer historischen Aufgaben befähigen. VORWÄRTS IM KAMPF UM DEN AUFBAU EINER NEUEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER ARBEITERKLASSE ! Das ist die wichtigste Aufgabe in diesem Zusammenhang. Seit der revisionistischen Entartung der KPÖ seit nunmehr 2Jahrzehnten hat die Arbeiterklasse keine revolutionäre Klassenorganisation mehr, die ihren Kampf leiten könnte. Die spontane Kampftätigkeit anzuleiten, sie zusammenzufassen und auf die Stufe des bewußten Klassenkampfs zu heben und auf das größere Ziel der proletarischen Revolution hinzulenken - dazu braucht die Arbeiterklasse ihre Vorhutpartei, ihren Kampfstab. Der Aufbau einer neuen kommunistischen, vom Marxismus-Leninismus geleiteten Partei, ist heute in Österreich die Hauptaufgabe der Marxisten-Leninisten. Der KB Österr. betreibt seine ganze Politik und den Aufbau seiner Organisation unter diesem Gesichtspunkt"*

Die"Basisgruppen ziehen ganz andere Konsequenzen. Sie propagieren als "Ausweg" die Vertuschung der Widersprüche, sie wollen gerne das "Rückgrat" einer "neuen Studentenbewegung" sein, die von der Herausbildung der verschiedenen politischen STrömungen in der Studentenschaft wie Sozialdemokratismus, Moderner Revisionismus und Marxismus-Leninismus absieht und die Entwicklung der letzten 10 Jahre rückgängig macht, sie wollen eine solche oberflächliche "Einheit der Linken", wie sie zur Zeit der Studentenbewegung herrschte. Das kommt deutlich in ihrem Wahlvorschlag zum Ausdruck, der sich beschränkt auf die Frage der STudentenpolitik und der Hochschulreform, der alle wesentlichen Streitfragen umgeht. Was für eine Phrase ist es, wenn es im Flugblatt "Linke Liste gebildet" heißt:"Die Propaganda und Politik zu zentralen Problemen des Klassenkampfes sind bestimmend für ihre politische Arbeit"! Was für eine Propaganda wird die Einheit von "Basisgruppen", VSStÖ und GRM machen ? Was heißt es, gemeinsam mit der Studentenorganisation der Regierungspartei zu kandidieren ? Man kann sagen, daß endlich alle Sozialdemokraten auf einer gemeinsamen Liste kandidieren. Die "Basisgruppen" sollten sich einmal fragen, warum die Studentenbewegung der 60erJahre zerbrochen ist, warum ein so heftiger Ausbruch der Auflehnung gegen die Herrschaft der Bourgeoisie wie der Mai 68 in Frankreich, der große TEile der Arbeiterklasse und der Werktätigen erfaßte, gescheitert ist!

Sie jammern darüber, daß "Radikalisierungsprozesse in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen ausblieben"(Flbl v.31. 3.) aber sie leisten der Sozialdemokratie und dem Revisionismus Vorschub, deren politischer Einfluß in der Arbeiterklasse gerade das wichtigste Hindernis ist, daß sie entschieden den Kampf um ihre Klasseninteressen aufnimmt, sie sind stolz auf die Unterstützung eines solchen Opportunistenhaufens wie der FÖJ. Wenn man sie fragt, warum denn diese "Radikalisierungsprozesse"..."ausgeblieben" sind, bekommt man als Antwort die ganzen abgeschmackten "Theorien", daß "es den Leuten zu gut geht", daß"die Arbeiter verbürgerlicht sind", "wer weiß ob es noch eine Arbeiterklasse gibt ?" bis dahin, daß"die Massenmedien","die Erziehung","die Sexualunterdrückung" an allem schuld sei, was überhaupt keinen Milimeter weiterbringt, die Revolution auf weitere Generationen verschiebt und einstweilen die schönsten Reformspinnereien erlaubt.

Was bisher von der "sozialistischen Politik" der "Basisgruppen" bekannt ist

Hauptstolz der "BGr" war bisher, daß sie über kein positives politisches Programm verfügten, vielmehr dachten sie sich für die MLS eines aus, das sie "quasi-gewerkschaftliche Orientierung" nannten und gegen das sie einen wahren Diadochenkampf ausfochten, das sich aber vor allem dadurch auszeichnet, daß es mit dem Programm, auf dessen Grundlage die MLS wirklich arbeitet - dem Programm des KB Österr. - gar nichts zu tun hat. Nun kündigen sie "für die allernächste Zeit" an, positive Vorstellungen zu veröffentlichen über *"neue Organisationsformen","neue Aktions- und Kampfformen, die bis jetzt nicht im Repertoire waren, zur 'Politisierung' vonbisher als privat erachteten Bereichen (gemeint ist wahrscheinlich das Geschirrabwaschen o.ähnl.)usw."* (Zeitung der IG-Politologie)

Bis jetzt erkennbar von den positiven politischen Vorstellungen der "Basisgruppen" sind vor allem zwei Elemente: 1. Wortradikaler utopistischer Reformismus, was die Hochschule und das Studium betrifft. Klingt ungefähr so:"Jetzt sollen endlich die STudenten über ihr Studium bestimmen"(Teach-in v.26.1.),"Wir kämpfen für die Ausbildung einer sozialistischen Intelligenz an den Hochschulen"(HV d.Politologen), "...sollte noch hinzugefügt werden, daß die ganze (Hochschul-)Reform am arbeitsteiligen Charakter der Gesellschaft überhaupt nichts ändert...Die Rolle der Kopfarbeiter bleibt prinzipiell unangetastet"(Ztg. d. IG-Pol.) usw. Alles Sachen, die sich viele Studenten wünschen, die aber in die Praxis umgesetzt nichts anderes sind als Betrug. Es ist dies die "Theorie", daß "jeder an seinem Platz" beginnen soll, noch im Kapitalismus unter der Herrschaft der Bourgeoisie, den Sozialismus "einzuführen", die Studenten an der Hochschule, die Akademiker an ihrem Arbeitsplatz usw. Diese "Theorie" geht daran vorbei, daß es "...die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis,...die Produktionsweise des materiellen Lebens überhaupt" ist, die "...den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß bedingt", daß "...sich der ganze ungeheure Überbau" erst mit der "veränderung der ökonomischen GRundlage...um-(wälzt)" (Marx, Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie); sie geht daran vorbei, daß diese "Veränderung der ökonomischen Grundlage", die soziale Revolution, notwendig und unvermeidlich aus der Entwicklung der Produktivkräfte folgt und daß heute das Proletariat die gesellschaftliche Kraft ist, die die fortgeschrittene Produktionsweise repräsentiert; sie geht schließlich daran vorbei, "...daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden KLasse.."(Marx/Engels, Kommunistisches Manifest), die Errichtung der Diktatur des Proletariats, "...daß die Zerstörung der bürokratisch-militärischen Staatsmaschinerie die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution ist"(Lenin, Staat und REvolution).

Diese sogenannte "sozialistische Politik", die an den wesentlichen Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus vorbeigeht ebenso wie an den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, ist ein Betrug, weil sie Zustände ausmalt, Veränderungen verspricht, aber von den wirklichen Verhältnissen, der Herrschaft der Bourgeoisie absieht. Die Idee, daß durch eine Reform der Hochschulen der "arbeitsteilige Charakter der Gesellschaft angetastet" werden könnte, ist schlichtweg absurder idealistischer Unsinn."Die Teilung der Arbeit wird erst wirklich Teilung von dem Augenblick an, wo eine TEilung der materiellen und geistigen Arbeit eintritt...Mit der Teilung der Arbeit...ist zu gleicher Zeit auch die Verteilung und zwar die ungleiche sowohl quantitativ wie qualitative Verteilung der Arbeit und ihrer Produkte, also das Eigentum...Verfügung über fremde Arbeitskraft...gegeben. Übrigens sind Teilung der Arbeit und Privateigentum identische Ausdrücke - in dem Einen wird in Beziehung auf die Tätigkeit dasselbe ausgesagt, was in dem anderen in bezug auf das Produkt der Tätigkeit ausgesagt wird" (Marx/Engels Werke III,S.31f) Die TEilung der Arbeit in Hand- und Kopfarbeit ist also direkte Folge des Privateigentums, der kapitalistischen Produktionsweise und kann nur beseitigt werden, wenn diese umgewälzt wird. Dementsprechend heißt es im Programm des KB

Österr.:"*Die soziale Revolution des Proletariats beseitigt mit kapitalistischen Produktionsverhältnissen die Grundlage der Spaltung der Gesellschaft in Klassen und bricht radikal mit sämtlichen gesellschaftlichen Beziehungen und Ideen, die den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entsprechen. Sie beseitigt den Gegensatz zwischen geisitger und körperlicher Arbeit sowie den zwischen Stadt und Land"(S.14f)*

2. Wandervogeltum: "wenn man die Gesellschaft ändern will, muß man zuerst sich selbst ändern", suchen von "alternativen Lebensformen" usw.(Das geht bis zu solchen Absurditäten, daß in einer Publikation den werktätigen Kommunisten vorgeworfen wurde, daß sie normal gekleidet auftreten)

Dieses "man muß bei sich selbst anfangen" und"ich darf nicht so werden wie die Alten"ist eine verbreitete Erscheinung und auch nichts Neues. Es spielte bereits eine große Rolle im sozialdemokratischen Judengverband nach dem Verrat der sozialdemokratischen Fü-hrer im 1. WEltkrieg an der REvolution. Der bekannte kommunistische Schrift steller W.Bredel schildert das Wandervogeltum anhand seiner eigenen Erfahrungen in den Romanen "Die Söhne" und "Die Enkel", schildert das positive Element der Ablehnung der bürgerlichen Lebensformen in der Arbeiterjugend und die Ablehnung der " Alten" verräterischen sozialdemokratischen Führer und schildert auch, wie im Zuge der Spaltung der sozialdemokratischen Jugend und der Gründung des Kommunistischen Jugendverbandes diejenigen, die am Wandervogeltum festhalten, den Weg der Kapitulation vor der Bourgeoisie gehen. Was damals die kurzen Hosen sind heute andere allgemein bekannte Symbole.

Daß dieser Vergleich praktisch buchstäblich stimmt, zeigt der "Rote Börsenkrach" Nr.5/77, in der er die "alternativen Lebensformen" direkt gegen den Klassenkampf stellt. Unter dem Titel "Das GHetto und seine Folgen" setzt er sich mit der FRage des Kampf gegen den Bau von AKWen auseinander und schreibt:"*Erstmals seit langer Zeit decken sich die Lebensinteressen der Linken mit denen großer Teile der Bevölkerung. Diese Situation stellt die Linke vor viele Probleme: sie hat jetzt die Möglichkeit, sich durch aufsehenerregende, aber friedliche Aktionen ins Bewußtsein der Leute zu bringen, neue Lebensformen exemplarisch und wenigstens ansatzweise aufzuzeigen, gesellschaftliche Alternativvorschläge zu bringen - und sehr viel zu lernen"(S.3)* Es geht also für die sogenannte "Linke" nicht darum, den Bau der AKWe und die Vernichtung und Bedrohung der Umwelt zu verhindern, sondern darum,"sich ins Bewußtsein der Leute zu bringen", es geht um "gesellschaftliche Alternativvorschläge", um "neue Lebensformen". Die Massendemonstrationen in der BRD werden angegeriffen: *"Was nützen friedliche Demonstrationsmehrheiten, wenn 1o ooo Demonstraten gegen ebensoviele Polizisten in den Krieg ziehen und den Inhalt hinter einer sinnlosen Aktion untergehen lassen ?"(RBK,S.3)* Schließlich stellt der Artikel das Problem, das der "Rote Börsenkrach" als das Hauptproblem im Kampf gegen den Bau von AKWen ansieht: "Und wie lassen sich solche Schlachten auch und vor allem im Interesse der Linken verhindern ?"(S.3) und *"Wir müssen versuchen, solche Tendenzen in den linken Gruppen; soweit sie bekannt sind, zu verhindern und eine gesamtgesellschaftliche Strategie zu erarbeiten, die uns auf andere, vielleicht wirkungsvollere Weise hilft, unseren Positionen einen anderen gesellschaftlichen Stellenwert zu geben."* (S.5)

"Die italienische Linke zieht auf den Bauplatz und - feiert ein Fest" - Das wird den Schlachten, die sich bei uns das "linke Ghetto" mit der Polizei liefern will als "vielleicht wirkungsvollere" Strategie entgegengestellt. Man muß sich die reale Situation vor Augen führen, um zu sehen, was das bedeutet: Zwentendorf soll im Herbst in Betrieb gehen, 4o km von Wien entfernt. Die Regierung hat die feste Absicht dazu. Schon jetzt wird das Gelände zu einer Festung ausgebaut, niemand kann in die Nähe ohne zumindest genau überprüft zu werden, die Gendarmerie hält dort öffentlich Manöver ab. Die Staatsmacht schützt das Gelände. Man wird da nicht so ohne weiters hingelangen, "um ein Fest zu feiern" - die "Basisgruppen" werden wahrscheinlich vorschlagen, das Fest im Prater oder auf dem Stephansplatz abzuhalten, im Interesse der Sache und der "gesamtgesellschaftlichen Strategie".

Wodurch unterscheidet sich dieses Gerede noch von den Versuchen der Regierung, sogenannte "ernsthafte","gemäßigte" AKW-Gegner und "radikale" auseinanderzudividieren und die Bewegung zu spalten ?Was bedeutet dieses Gerede anderes, als auf die Manöver der Regierung hineinzufallen, ihnen nachzugeben und die Schärfe der Gegensätze zu vertuschen, zu kapitulieren sobald die Bourgeoisie ein wenig ihre Zähne zeigt ?

Kann man diese "strategischen Positionen" des "Roten Börsenkrach" in der AKW-Frage als "Ausrutscher" ansehen, als etwas, das gar nicht typisch für die Linie der "Basisgruppen" ist? Das kann man nicht. Die gleiche Platte konnte man auf dem Teach-in v.26.1. im HS I hören, wo anhand eines Massenstreiks der Studenten an der FU Berlin des langen und des breiten ausgeführt wurde, daß die Studenten nicht für die Erreichung von konkreten Kampfzielen streiken könnten, weil sie nicht erreichen können, sondern daß es bei einem Streik darum gehe, "alternative Formen des Studiums zu entwickeln" usw. Die Hetze gegen verschiedene politische Kampfschritte in Wien seitens der "BGr" ist bekannt. Z.B.Zeitung der IG-Politologie:"Mit 'Demonstrationszügen' zu den Ministerien und Resolutionen kann nichts bewirkt werden, als wieder einmal - zum x-ten Mal - seine Ohnmacht zur Schau zu stellen".

Hinter der "sozialistischen Politik" der "Basisgruppen", hinter dem"Ausweg" und der "Alternative" dieses selbsternannten "Rückgrats der Linken an der Hochschule" verbirgt sich die Kapitulation gegenüber der Bourgeoisie in doppelter Weise: Sowohl direkt in Form der Ablehnung und Verhöhnung des Klassenkampfs und der Zersetzung der fortschrittlichen Bewegung, als auch in Form der Deckung der Reformisten und Revisionisten sowie der Aufwertung von FÖJ und GRM und der Vertuschung der Gegensätze zwischen Marxismus-Leninismus und Opportunismus.

Daß die politische Linie der "Basisgruppen" in gewissem Ausmaß verfängt,ist ein Zeichen für den verstärkten Druck, den die Bourgeoisie auf die fortschrittliche Studentenbewegung ausübt. So ist es sicher kein Zufall, daß die "Gruppe Linker Soziologen" z.B. die Mehrheit in der STRV bekommen hat, nachdem die Soziologiestudenten in einer scharf geführten Auseinandersetzung um die neue Studienordnung eine schwere Niederlage erlitten hatten und verabsäumt wurde, einen organisierten Rückzug anzutreten.

L.L.

JES-Reaktion auf der ganzen Linie

Daß die JES jede Menge Geld hat, ist augenfällig. So wurden z.B. jedem Studenten im vergangenen Semester zwei 48-seitige Broschüren per Post zugestellt, nämlich: "Rot ist gut für die Liebe, nicht für die Zukunft" und "Sozialismus ist zu teuer, besonders für uns Studenten". Darin legt die JES ziemlich umfassend ihre politischen Anschauungen dar. Im folgenden sind alle Zitate diesen beiden Broschüren entnommen.

Das Eigentum ist heilig

Kern ihrer politischen Ansichten ist:" Erwerb und Besitz von Eigentum gehören zu den menschlichen Grundrechten". Gemeint ist hier das Privateigentum an Produktionsmitteln. Die JES sieht die Zukunft bedroht ... von sozialistischem Kollektivismus", d.h., bedroht davon, daß einmal Schluß gemacht wird mit diesem "menschlichen Grundrecht". Diese Angst ist begründet, denn was für die einen "Bedrohung" ist, ist für die anderen (nämlich die Mehrheit) Befreiung aus der Lohnsklaverei. Marx und Engels schreiben im "Kommunistischen Manifest" dazu folgendes:

"Man hat uns Kommunisten vorgeworfen, wir wollten das persönlich erworbene, selbsterarbeitete Eigentum abschaffen; das Eigentum, welches die Grundlage aller persönlichen Freiheit, Tätigkeit und Selbständigkeit bilde.

Erarbeitetes, erworbenes, selbstverdientes Eigentum! Sprecht ihr von dem kleinbürgerlichen, kleinbäuerlichen Eigentum, welches dem bürgerlichen vorherging? Wir brauchen es nicht abzuschaffen, die Entwicklung der Industrie hat es abgeschafft und schafft es täglich ab.

Oder sprecht ihr von modernen bürgerlichen Privateigentum? Schafft aber die Lohnarbeit, die Arbeit des Proletariers ihm Eigentum? Keineswegs. Sie schafft das Kapital, d. h. das Eigentum, welches die Lohnarbeit ausbeutet, welches sich nur unter der Bedingung vermehren kann, daß es neue Lohnarbeit erzeugt, um sie von neuem auszubeuten. Das Eigentum in seiner heutigen Gestalt bewegt sich in dem Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit. Betrachten wir die beiden Seiten dieses Gegensatzes.

Kapitalist sein heißt nicht nur eine rein persönliche, sondern eine gesellschaftliche Stellung in der Produktion einzunehmen. Das Kapital ist ein gemeinschaftliches Produkt und kann nur durch eine gemeinsame Tätigkeit vieler Mitglieder, ja in letzter Instanz nur durch die gemeinsame Tätigkeit aller Mitglieder der Gesellschaft in Bewegung gesetzt werden. Das Kapital ist also keine persönliche, es ist eine gesellschaftliche Macht.

Wenn also das Kapital in ge-

*meinschaftliches, allen Mitgliedern der Gesellschaft angehöriges Eigentum verwandelt wird, so verwandelt sich nicht persönliches Eigentum in gesellschaftliches. Nur der gesellschaftliche Charakter des Eigentums verwandelt sich. Er verliert seinen Klassencharakter.*Kommen wir zur Lohnarbeit: *Der Durchschnittspreis der Lohnarbeit ist das Minimum des Arbeitslohnes, d.h. die Summe der Lebensmittel, die notwendig sind, um den Arbeiter am Leben zu erhalten. Was also der Lohnarbeiter durch seine Tätigkeit sich aneignet, reicht bloß dazu hin, um sein nacktes Leben wieder zu erzeugen. Wir wollen diese persönliche Aneignung der Arbeitsprodukte zur Wiedererzeugung des unmittelbaren Lebens keineswegs abschaffen, eine Aneignung, die keinen Reinertrag übrigläßt, der Macht über fremde Arbeit geben könnte. Wir wollen nur den elenden Charakter dieser Aneignung aufheben, worin der Arbeiter nur lebt, um das Kapital zu vermehren, nur so weit lebt, wie es das Interesse der herrschenden Klasse erheischt.*

...Ihr entsetzt euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert. Ihr werft uns also vor, daß wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt.

Ihr werft uns mit einem Wort vor, daß wir euer Eigentum aufheben wollen. Allerdings, das wollen wir."

Demagogie mit dem »Bauerntum«

Wir sehen also den Betrug, das Recht auf Eigentum als allgemein "menschliches Grundrecht" verkaufen zu wollen. Könnte jedermann dieses Recht wahrnehmen, gäbe es keinen Grund für die JES, sich von "sozialistischem Kollektivismus" bedroht zu sehen. Da auch die JES weiß, daß die besitzende Klasse hoffnungslos in der Minderheit ist, versucht sie sich in ihrem Programm an die Bauern heranzumachen.

"Das selbständige Bauerntum ist die Grundvoraussetzung eines gesunden Staatswesens. Es muß durch Ausschöpfung aller wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten gesichert werden."

Die Bauern besitzen doch auch Produktionsmittel, da werden sie doch mit der Bourgeoisie gemeinsam gegen die verhaßten Bolschwiken ins Feld ziehen, so hofft jedenfalls die JES. Nur zwischen Bauer und Bauer gibt's heute einen gewaltigen Unterschied. Auf der einen Seite "Bauern" wie den Fürsten Esterhazy (den brauch' ich ja der JES nicht vorzustellen),d.h., landwirtschaftliche Kapitalisten. Auf der anderen Seite Bauern, die selber arbeiten und keine fremde Arbeitskraft ausbeuten, die versuchen, mit rückständigen Produktionsmethoden gegen die Konkurrenz von "Bauern" wie Esterhazy anzukämpfen. Von letzteren aber, weil sie durch den Einsatz modernster Mittel sowie Ausbeutung von Lohnarbeit produktiver sind, werden die kleinen Bauern erbarmungslos niederkonkurriert. Auf der anderen Seite werden die kleinen Bauern von den Banken und Genossenschaften in die Zange genommen.

Man sieht also, daß das Gerede der JES vom selbständigen Bauerntum pure Demagogie ist. Sie wollen krampfhaft vertuschen, daß es niemand anderer als die Bourgeoisie ist, die dem kleinen Bauern den Hals umdreht; dabei hilft es ihm gar nichts, wenn er sich darauf beruft, daß "Erwerb und Besitz von Eigentum... zu seinen menschlichen Grundrechten" gehören. Dieser Punkt über die Bauern im JES-Programm zeigt nur, daß diese Leute gegebenenfalls lügen, bis sich die Balken biegen, um die wirklichen Ursachen für den Untergang jeglicher Kleinproduktion zu verschleiern.

Der Staat – Hüter der bürgerlichen Ordnung

Da die Bauern, zumal sie immer weniger werden, natürlich auch keine Garantie gegen den "sozialistischen Kollektisismus" sind, propagiert die JES den Staat als den Hüter unserer "menschlichen Grundrechte". Und das ist er auch. Die JES hat eine ganze Liste von Aufgaben, die der bürgerliche Staat zu erfüllen hat, in ihr Programm aufgenommen. Die Erfüllung dieser Aufgaben soll die Herrschaft der Bourgeoisie absichern. Es ist nun nicht so, daß die Bourgeoisie gewartet hätte, bis die JES kommt und ihr erklärt, wie der Staat zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus eingesetzt werden muß. Alle diese Aufgaben nahm der bürgerliche Staat schon seit seinem Bestehen wahr, das ist ja sein Zweck. Deshalb wird das Proletariat diesen Staat zerschlagen müssen, um den Kapitalismus abzuschaffen. Im Gegensatz zu anderen bürgerlichen Studentenorganisationen, die den Unterdrückungscharakter des bürgerlichen Staates vertuschen, propagiert ihn die JES ganz offen.

Ein paar Kostproben aus dem JES-Programm:

"Der Staat ist der legitime Bewahrer der gesellschaftlichen Ordnung." Welcher? "Der Staat sichert dem Menschen die freie Entfaltung... auch im Hinblick auf den Erwerb von Eigentum..." Das ist deutlich: er ist der Bewahrer der kapitalistischen Ordnung. Wie soll er das machen? Solange es geht durch Betrug: "Die Normen der staatlichen Gemeinschaft kommen aufgrund freier Willensentschlüsse der Bürger zustande, sie haben den naturrechtlichen Vorstellungen zu entsprechen und zwar so, daß ... die Institutionen der Gemeinschaft gewahrt bleiben. " D.h. auf gut Deutsch: der Schein von Dmeokratie muß gewahrt bleiben. Ihre Grenze hat die Demokratie, wenn sich der Pöbel erdreist, die "naturrechtlichen Vorstellungen" und die "Institutionen der Gemeinschaft" (das sind die kapitalitsische Gesellschaft und der bürgerliche Staat) in Frage stellen.

Weiters: "Wir bejahen die Bildungsaufgabe der Religionsgemeinschaften... in staatlichen... Institutionen." Das heißt: Es lebe der Religionsunterricht in den Schulen! Denn was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Wo hätte der brave Untertan sonst so eindringliche "Lebensweisheiten" her wie "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und gebt Gott, was Gottes ist " oder die Story vom armen Lazarus und dem reichen Prasser bezüglich der ausgleichenden Gerechtigkeit - allerdings erts im Himmel. Der Religionsunterricht ist geradezu die Gehschule für den angehenden "verantwortungsbewußten Staatsbürger".

Weiters: "Die strikte Gewaltenteilung ist Grundlage jedes rechtsstaatlichen Seins". Auch dies ist altbewährte Praxis des bürgerlichen Staats und wird uns gern verkauft als "Unabhängigkeit der Gerichte", die höchste Errungenschaft der Demokratie. Das Gegenteil stimmt - siehe →

JES zeigt AKW-Gegner an

Am 24.3., am Tag der Demonstration gegen den Bau und die Inbetriebnahme von Kernkraftwerken in Österreich, plakatierte ich den Aufruf der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) vor dem NIG und dem Hauptgebäude der Uni Wien.

Eine ganze Reihe von Organisationen rief zu dieser Demonstration auf, und folglich konnte man auch auf ihre Ständer plakatieren. Anders die JES!

Als einige der "hauptamtlichen Plakatbewacher" der JES bemerkten, daß ich auch auf JES-Ständer plakatierte, versuchten sie mich davon abzuhalten. Ich erklärte ihnen jedoch, daß für die Studenten und die österreichische Bevölkerung diese Ankündigung viel wichtiger sei als das "charmante" Lächeln ihrer Spitzenkaddidatin Carina Rys. Darauf zogen sie ab, um kurze Zeit später mit einem Polizisten zu erscheinen. Sie erstatteten Anzeige wegen "boshafter Sachbeschädigung" und "unerlaubten Plakatierens".

Die JES führt ihren Kampf gegen die fortschrittliche Studentenbewegung auf allen Ebenen und eine Möglichkeit, jemanden zu kriminalisieren, kommt da gerade gelegen. Den Kampf der österreichischen Bevölkerung gegen AKW's werden sie damit nicht aufhalten können und ebensowenig die Entschlossenheit der fortschrittlichen Studenten, sich diesem Stoßtrupp der Bourgeoisie, der sich auch der ANR-Faschisten als Wachhunde bedient, entgegenzustellen und sie politisch zu isolieren.

F.B. (Zelle Historiker)

Resolution

Folgende Resolution wurde wurde von einigen Studienrichtungsvertretungen beschlossen und soll von Hörerversammlungen und weiteren STRVen beschlossen werden!

Am 24.3.1977, am Tag der Demonstration gegen die Errichtung und die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken in Österreich, plakatierte der Student Franz Bernreiter den Aufruf der IÖAG vor dem Hauptgebäude der Wiener Universität. Einige Plakate brachte er auf Ständern der JES an. Mandatare der JES holten daraufhin die Polizei und erstatteten Anzeige wegen boshafter Sachbeschädigung und unerlaubten Plakatierens. Während zahlreiche andere Studentengruppen ihre Ständer zur Verfügung stellen und sogar selbst plakatieren, versucht die JES auf diese Weise Aktivisten zu kriminalisieren. Die Anwesenden protestieren aufs Schärfste gegen dieses Vorgehen der JES und fordern sie auf, die Anzeige unverzüglich zurückzuziehen.

Adresse der JES:

JES
Prinz Eugen-Straße 18
1o4o Wien

unter anderem auch den Prozeß gegen Martin Auer.
Die Gewaltenteilung ist der Garant, daß das Volk auf keinen Fall durch die Wahl und Abwahl von Richtern irgendeinen Einfluß auf das Justizwesen erlangt. Ein solches Justizwesen, "unabhängig" nur vom Volk ist daher ein gutes Unterdrückungsinstrument in der Hand der Bourgeoisie. - Deshalb steht die JES auch so auf Gewaltenteilung.

Für den Fall, daß politischer Betrug, Religion, Klassenjustiz usw. die Massen von der Revolution nicht abhalten können (und das können sie auch nicht), verfügt die Bourgeoisie noch über ihre bewaffneten Formationen, vor allem das Bundesheer. Auch dieses ist von jeder Demokratie ausgenommen. Und dabei soll es auch bleiben, meint die JES, undem sie sich für die Aufrechterhaltung des Verbots der politischen Betätigung im Bundesheer stark macht. Die JES weiß, warum: gehorchen die bewaffneten Formationen der Bourgeoisie nicht mehr deren Kommando, dann ist es auch schon aus mit ihrer Herrschaft. Wozu das Bundesheer gut ist, darüber läßt die JES auch gar keinen Zweifel aufkommen: "Zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben bearf der Staat der unmittelbaren Hilfe und Mitarbeit der Bürger. Daraus ergibt sich unter anderem die Pflicht aller Bürger zur Verteidigung ihres Staates nach innen und außen. Eine Verminderung von Verteidigungsanstrengungen aus Ersparnisgründen ist unverantwortlich". Hat man sich einmal Klarheit verschafft, was die dem Staat "übertragenen Aufgaben"sind, dann ist das weitere nicht schwer zu verstehen. Innen: heißt hier Aufrechterhaltung des Kapitalismus mit Waffengewalt (z.B. 1934).
Außen: so wie die Kapitalisten unterienander in Konkurrenz stehen und sich gegenseitig fertigmachen, so verhält es sich auch mit den imperialistischen Staaten - das nimmt hin und wieder die Form von Weltkriegen an. Da die Kapitalisten selbst zu wenige sind, um Kriege alleine zu führen, gibt es die Pflicht aller Bürger zur Verteidigung ihres (!) Staates nach innen und nach außen..." Und das ist ein enormer Schwachpunkt für die Bourgeoisie, daß es Menschen aus dem Volk sind, die sie verpflichten muß, sich für die Interessen ihrer Ausbeuter das Fell über die Ohren ziehen zu lassen.

Wie schon oben gesagt, zeichnet sich die JES nicht dadurch aus, daß sie all dies erfunden hätte. Es ist Tatsache, daß unsere Gesellschaft schon immer so funktioniert. Gegenwärtig setzt die Bourgeoisie hauptsächlich auf den politischen Betrug, auf die "freien Willensentschlüsse" der Bürger, solange dadurch die "Institutionen der Gemeinschaft" nicht angetastet werden, während heute die Tatsachen die die JES offen ausspricht, mit großem Propagandaaufwand verheimlicht werden. Die JES versucht, aktive Parteigänger für die Bourgeoisie zu gewinnen, mittels eines offenen, umfassenden Programms zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Das versucht sie insbesondere auf den Hochschulen, die ja dazu eingerichtet wurden, den Funktionärsnachwuchs für sie Bourgeoisie heranzubilden, was aber nicht mehr so klaglos läuft wie früher.

Gegen die Minderheiten

Es ist auch nicht verwunderlich, daß die JES ein großes Geschrei anstimmte, als der ZA der ÖH die Demonstration gegen die Minderheitenfeststellung und für sie Rechte der Minderheiten unterstützte. Diese Reaktionäre wissen recht gut, daß es für die Bourgeoisie äußerst wünschenswert ist, wenn das Volk gespalten ist, wenn der Chauvinismus seine Blüten treibt. Daher ihr Haß gegen alle, die dagegen auftreten.

Hetze gegen die Gewerkschaft

Was ein richtiger Reaktionär ist, der muß auch einen Angriff gegen die Gewerkschaften starten:
"...würde einmal zugegeben, daß die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer gut seien, würde das ganze Funktionariat brotlos." Die Politik der Gewerkschaften wird so beschrieben: "anderen (der Arbeiterklasse) etwas ohne deren Leistungen zu verschaffen und dafür Mandate und Vergütungen entgegenzunehmen," "Mobilisierung von Neid". Das ist wirklich dreist! Wer "verschafft sich etwas ohne Leistung"? Das ist wohl immer noch die Bourgeoisie. Mit diesen Verhältnissen muß die Arbeiterklasse Schluß machen, dann werden auch diesem JES-Schmierfinken seine Frechheiten vergehen.
"Das Angebot, für einen bestimmten Personenkreis erhebliche materielle Vergünstigungen ohne Gegenleistung zu verschaffen, kann nur in einer parlamentarischen Demokratie glaubwürdig vertreten und auch realisiert werden." "Prinzipiell ist es also nicht ausgeschlossen, daß eine Wählermehrheit in der Hoffnung auf materielle Vorteile zuerst die Wirtschaft ruiniert, und dann über ein allgemeines Chaos die klassenlose Gesellschaft vorbereitet und ermöglicht." Deutlich kann man sehen, daß diese Herrschaften hier die terroristische Form der Diktatur der Bourgeoisie, den Faschismus in Erwägung ziehen, um alle Organisationsformen der Arbeiterklasse zerschlagen zu können.

Für NATO und imperialistischen Krieg

Zur Frage der Gefahr eines 3.Weltkrieges vertritt die JES ebenfalls einen Standpunkt schwärzester Reaktion, der jedoch vom gegenwärtig offiziellen Propagandarummel der Imperialisten beider Seiten etwas abweicht. Bekanntlich besteht dieser darin, große Bemühungen um internationale Entspannung vorzutäuschen, während hinter diesem Rauchvorhang eifrig zum Krieg gerüstet wird. Der Grund dafür ist das Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft, das auf einen neuen Weltkrieg zutreibt. Die JES sagt, Entspannung gibt es nicht, was richtig ist. Ist sie deshalb auch gegen den Krieg? Das ist sie nicht.
Was die österreichische Bourgeoisie heute heimlich betreibt, nämlich die Einbeziehung Österreichs in das westliche imperialistische Bündnis, in die NATO, das propagiert die JES offen, dazu hat sie sich u.a. einen NATO-Brigadegeneral für einen Vortrag auf die Uni eingeladen. "Ich bin nach wie vor für die Entspannung' sagte Rotkäppchen, als der Wolf die Großmutter gefressen hatte." Das ist die altbewährte imperialistische Propaganda, die Untaten der Rivalen anzuprangern und den eigenen imperialistischen Block als friedliebendes Unschuldslamm darzustellen. Auch wenn sich diese Leute der Menschenrechte" in den WAPA-Staaten annehmen (was in ihren Broschüren breiten Raum einnimmt) haben sie in Wirklichkeit nichts anderes im Sinn, als die Volksmassen ideologisch für ihren Krieg zu gewinnen. Daß der JES selbst die bürgerlichen "Menschenrechte" im Grunde vollkommen zuwider sind, kann man besonders deutlich an ihrem Gezeter sehen, das sie veranstaltet, weil sich der ZA der ÖH mit Chile befaßte. Sichert die faschistische Diktatur in Chile doch die Ausbeutungsbedingungen für die westlichen Imperialisten.
Diese Vorgangsweise ist nichts Neues. Man braucht sich bloß die Kriegspropaganda des 1. Weltkrieges anzuschauen. Da ging es "gegen den russischen Despotismus", "gegen den preussischen Militarismus" etc. Die gegenseitigen Vorwürfe stimmten schon, hatten aber den entscheidenden Schönheitsfehler, daß ein Scheusal das andere nur deshalb beim Namen nannte, damit sich die Völker , ideologisch so "gerüstet", gegenseitig abschlachteten für die Weltherrschaftspläne ihrer jeweiligen Ausbeuter.

Damit so etwas nicht noch einmal vorkommt, müssen die Völker ihre Ausbeuter zum Teufel jagen.

Als Teil der besitzenden Klasse, die ständig in Angst leben muß, daß sie von den besitzlosen Massen enteignet wir, hat die JES von diesen auch ein entsprechendes Menschenbild, das geprägt ist einerseits von grenzenloser Menschenverachtung, andererseits von Angst:
"Der Mensch ... ist von Natur, wenn er sich selbst überlassen wild aufwächst, träg, unwissend, unvorsichtig, unbedachtsam, leichtsinnig, leichtgläubig, furchtsam und ohne Grenzen gierig; und wird dann noch durch die Gefahren, die seiner Schwäche, und die Hindernisse, die seiner Gierigkeit aufstossen, krumm, verschlagen, heimtückisch, mißtrauisch, gewaltsam, verwegen, rachgierig und grausam. Das ist der Mensch, wie er von Natur, wenn er sich selbst überlassen wild aufwächst, werden muß; er raubt, wie er ißt, und mordet, wie er schläft." "So ist, fürwahr, der Mensch beschaffen."
Diese "Besorgtheit" der JES über den teuflischen Charakter der Menschheit ist nichts anderes als der Katzenjammer über ihre eigene moralische Verkommenheit und der Klasse, die sie vertritt.

P.H.

ÖSU unterstützt südafrikanische Rassisten

Die STRV Architektur hat auf einer öffentlichen Sitzung beschlossen, aus der Studienrichtungskassa S 5oo.- für den Befreiungskampf des Volkes von Azania (Südafrika) zu spenden. Das ist auf die breite Zustimmung unter den fortschrittlichen Studenten gestoßen und entspricht deren Willen.
Der von der ÖSU geführte Hauptausschuß der TU übt über die Gelder, die ihn nichts angehen, (die Studienrichtungskassa) eine ständige Finanzkontrolle aus, jede Ausgabe der STRV bedarf des Wohlwollens und der Bewilligung der ÖSU im Hauptausschuß. Prompt weigerte sich die ÖSU die 5oo.- auszubezahlen. Das tut sie bis heute. Doch nicht genug damit.

Der Hauptausschußvorsitzende Pesendorfer (übrigens bundesweiter ÖSU-Spitzenkandidat für die kommenden Wahlen) kam persönlich zu einer Architekturvorlesungund wollte gegen die STRV hetzen, sowie

→

Beispiele für die reaktionäre ÖSU-Politik

Vor Ostern haben sich viele Studenten sicher gewundert, als sie Flugblätter der Fakultätsvertretung Philosophie in die Hand und ein "Phil-aktuell" ins Haus bekommen haben, in denen gegen die verstärkte Unterdrückung auf den Hochschulen durch die reaktionäre Studienreform Stellung genommen wurde, in denen die verschiedenen Forderungen, die die fortschrittlichen Studenten gegen das Pädagogikum und andere reaktionäre Angriffe erhoben haben, verfochten werden, daß die ÖSU in der Fa kultätsvertretung Philosophie einen Beschluß zugestimmt hat, in dem zur Stipendiendemonstration Ende Jänner aufgerufen wurde. Wenn man die Politik der ÖSU insgesamt betrachtet, wird klar, daß dies nur die eine Seite der Medaille ist, daß dies nur ein Ausdruck dafür ist, daß die ÖSU Konzessionen an die fortschrittliche Studentenbewegung machen muß, will sie insbesondere an den Studienrichtungen an der ehemalig philosophischen Fakultät bestehen, wird klar, daß dies nur Konzessionen sind, um den Einfluß der Bourgeoisie auf die Studenten zu halten.

Die andere Seite ihrer Politik ist, daß die ÖSU-Vertreter im A kademischen Senat ursprünglich dagegen gestimmt haben, daß der Kollege Grosser "sub auspiciis" promovieren kann, daß der ehemalige ÖSU-Vorsitzende der Fak.Vertr.Phil, Schillhab im ZA der ÖH dagegen gestimmt hat, daß der ZA gegen diesen frechen Angriff auf die fortschrittliche Studentenbewegung protestiert und die Rücknahme der Beschlüsse des Akademischen Senats fordert, daß die ÖSU in der Fak.Vert. Phil. sich mit den fadenscheinigsten Argumenten bis heute weigert, die Forderung nach Anstellung des Kollegen Grosser als Assistent zu unterstützen.

Die andere Seite ihrer Politik ist, daß die ÖSU im "Phil aktuell" 3/76 den Lektor Mangenot, der in seiner Lehrveranstaltung eine offene Auseinandersetzung über die verschiedensten gesellschaftlichen und politischen Probleme ermöglichte, fortschrittliche Ansichten nicht unterdrückte und der deshalb von den reaktionären Professoren vom Romanistischen Institut "entfernt"wurde, auf das übelste verleumdete, daß die ÖSU sich an dem Versuch vom Professoren und reaktionären Studienrichtungsvertretern, die fortschrittliche Studentenbewegung am romanistischen Institut niederzuschlagen beteiligte, indem sie eine falsche Darstellung der Vorgänge in der Lehrveranstaltung des Nachfolgers von Mangenot verbreitete.

Am deutlichsten kommt die reaktionäre betrügerische Politik der ÖSU an ihrer Haltung zur Studienreform zum Ausdruck. Sie versucht in der Fak.Vert.Phil. den Eindruck zu erwecken, sie sei gegen die verstärkte Unterdrückung der Studenten durch die Studienreform und die neuen Studienordnungen (Phil-aktuell 1/77: "Unterdrückter Student?") - gleichzeitig aber haben ihre Vertreter im Fakultätskollegium den Antrag auf Kompetenzenthebung der Studienkommission Psychologie in der Frage der Erstellung eines neuen Studienplans gestellt, weil sich die StRV weigerte, auf der Grundlage der neuen Studienornung der Erstellung eines neuen Studienplans mitzuarbeiten. So wurde jetzt eine Kommission vom Fakultätskollegium zur Erstellung eines Studienplans eingerichtet, in der als Studentenvertreter die ehemaligen und bei den letzten Wahlen abgewählten ÖSU-STRVer Schillhab und Kaindl sitzen. Damit ist für die Psychologiestudenten die Möglichkeit augehoben, die Durchsetzung der Studienordnung mittels des Gruppenvetos zu blockieren. Diese Vorgangsweise ist logische Folge der Mitbestimmungspropaganda wie z.B. in einem Flugblatt der ÖSU: "...arbeiten ÖSU-Mandatare für DICH im Fakultätskollegium und in den Fakultätskommissionen.. MITBESTIMMUNG, STUDIENERLEICHTERUNG, ÖSU" (2o.4.) und "Brief des Vorsitzenden" (Phil-aktuell 1/77): "Der dritte Schwerpunkt ist die Mitbestimmung der Studenten in allen Universitätsbelangen. Dieses Mitbestimmungsrecht ist eine alte Forderung der Studenten. Zum Teil wurde dises Recht nun auch verwirklicht...Doch die Mitbestimmung beinhaltet nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten" (S.7)

Der Fall der Architekturstudenten zeigt deutlich, was für "Recht" das ist, nämlich das Recht für bürgerliche Studentenvertreter vom Schlage der ÖSU die reaktionäre Hochschulpolitik der SP-Regierung und die Machenschaften der Professoren zu decken: Den Studentenvertretern auf der Architektur droht die Amtenthebung aus einer Berufungkommission, weil sie die Bewerber bei einem Berufungsverfahren veröffentlicht haben, wegen "Verletzung des Amtsgeheimnisses". Die STRV hat in einem offenen Brief dagegen protestiert, den Mitbestimmungsbetrug aufgedeckt und auch die ÖH aufgefordert, ihre Forderung nach "Sofortige Einstellung des aufsichtsbehördlichen Verfahrens gegen Architekturstudenten" zu unterstützen. Die Antwort der ÖSU vom ZA: Anfertigung eines Gutachtens, in dem bestätigt wird, daß "alles rechtens" ist. Kein Wort des Protestes. (siehe die nebenstehnden Dokumnete).

Zum Verständnis der Linie, die dieser Politik zugrunde liegt, drucken wir eine Passage aus dem ÖSU-Report März/April 77 S.15/16 ab: Gewinnung der Studenten für die Politik der ÖVP, ohne es offen zu sagen.

> Die *ÖSU*, die seit Jahrzehnten die Hauptverantwortung in der österreichischen Studentenpolitik trägt, pflegt nach wie vor ungetrübt freundschaftliche Beziehungen zur Volkspartei. Das, auch wenn dieses Verhältnis hin und wieder kurzfristig auf die Probe gestellt wird. Schwierigkeiten gab es zum Beispiel, als die *ÖSU* 1968 begann, mehr Mitbestimmung der Studenten an den Hochschulen zu verlangen. Und zwar gegen die Linie der *ÖVP*. Dennoch haben die Beziehungen insgesamt nicht gelitten. Weil jede VP-Spitze weiß, was ihr eine starke Mitte-Gruppierung auf Universitätsboden bedeuten muß: einerseits eine fortschrittlichere Programmatik, als es die eigene ist. Und natürlich auch eine nach beiden Seiten offenere, flexiblere Strategie. Andererseits aber — und das zählt — stabile Verhältnisse an den Hochschulen. So glauben die VP-Oberen auch, »daß eines der Erfolgsgeheimnisse der *ÖSU* ihre Autonomie von der *ÖVP* ist« (*ÖVP*-General *Sixtus Lanner*).

An die
Studienrichtungsvertretung
A R C H I T E K T U R

Liebe Kollegen,
betreffend die Mitteilung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, daß gegen Studentenvertreter der TU Wien das aufsichtsbehördliche Verfahren gemäß § 5 UOG wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses eingeleitet wurde, haben wir unseren Anwalt beauftragt uns ein Gutachten anzufertigen, aus dem hervorgeht, was unter der Wahrung des Amtsgeheimnisses zu verstehen ist und inwieweit Studentenvertreter, die in akademischen Behörden tätig sind, zur Information der sie entsendenden Hochschülerschaftsgremien und in weiterer Folge der Wähler verpflichtet sind.

Karl Schön
(Generalsekretär)
i.V. [Unterschrift]

Der Zentralausschuß der ÖH hat dazu folgende RECHTSAUSKUNFT eingeholt: (aus: ÖH-Info 5/77)

AMTSGEHEIMNIS gem. § 21, Abs. 4 UOG : ...

Die Berufungskommission anch § 26, Abs. 3 UOG ist sicherlich ein von der obigen Bestimmung gemeintes Kollegialorgan, für das die Amtsverschwiegenheit gilt...

Man könnte der Meinung sein, daß die Amtsverschwiegenheit der verfassungsrechtlich garantierten Meinungsfreiheit (Artikel 13 StGG) widerspricht; diese Meinung ist auch verschiedentlich geäußert worden. Der Verfassungsgerichthof hat aber mehrmals entschieden, daß die Meinungsfreiheit durch Gesetze wie das vorliegende eingeschränkt werden kann, da Artikel 13 StGG dem Gesetzesvorbehalt kennt...

§ 21, Abs. 4 UOG nennt als Sanktion einer Verletzung des Amtsgeheimnisses bei solchen Mitgliedern von Universitätsorganen, die nichts selbst Beamte sind, die Enthebung von der Funktion im Bebetreffenden Kollegialorgan. Dieser Bescheid kann beim Verwaltungsgerichtshof oder beim Verfassungsgerichtshof angefochten werden...

---

für die ÖSU werben. Er erklärte, man dürfe die STRVertreter nicht mehr wählen, weil sie "Studentengelder verschwenden". Als Beispiel nannte er die 5oo.-.

Die Unterstützung des Befreiungskampfes des südafrikanischen Volkesist für ihn also Geldverschw ung. Von Studenten zur Rede gestellt, meinte er, er habe nichts dagegen, wenn jemand persönlich aus seiner eigenen Tasche etwas spendet, aber aus ÖH-Geldern, da sei er strikt dagegen. Pesendorfer mußte sich sagen lassen, daß er zwei Möglichkeiten hat: entweder er befürwortet diesen Beschluß der STRV, macht keine administrativen Schwierigkeiten, und respektiert diesen Mehrheitsbeschluß der öffentlichen STRV-Sitzung. Das hat er nicht getan. Oder er ist dagegen, daß der Befreiungskampf des Volkes von Azania auch materiell unterstützt wird, versucht diesen Beschluß (erfolglos) zu verhindern und nimmt damit zwangsläufig gegen das um Befreiung kämpfende Volk von Azania Stellung. Das hat er getan. In Südafrika steht es nun einmal so: wer nicht für die eine Seite ist, ist gegen sie und für die andere Seite. Es zeigt sich: es ist äußerst gut, die ÖSU aus der Reserve zu locken, ihren "pluralistischen" und "studenten-service-orientierten" Rauchvorhang zu lüften. Was dann für alle Studenten zum Vorschein kommt, ist der nackte, reaktionäre Standpunkt der österreichischen Bourgeoisie, die natürlich ebenfalls gegen eine Spende ANC-AN ist. Eine lehrreiche Begebenheit, die die Studenten bei den Wahlen berücksichtigen sollten. P.R.

ÖSU-berufsmäßige Demagogen

'Die Unabhängigkeit der ÖSU, das Verhältnis kritischer Distanz zur ÖVP schätzen auch die VP-Oberen. Der neue ÖVP-General Sixtus Lanner in einem Brief an die ÖSU: 'Ich glaube, daß eines der Erfolgsgeheimnisse der ÖSU die Autonomie von der ÖVP ist'" (ÖSU-Report 8/1, S. 6).
Da ist tatsächlich etwas Wahres dran. Die ÖSU versteht das Spiel der bürgerlichen Demokratie sehr gut zu spielen. Oft wortradikal gegen besonders auffallende Mißstände auftretend, demagogisch Bedürfnisse der Studenten aufgreifend, großtönende Versprechungen machen, alles zu modernisieren und refomieren wollend, so erschleicht sie sich die Gunst der Wähler.

Der große Einfluß der ÖSU ist allerdings nur zu erklären aus der Tatsache der Oppositionsrolle der ÖVP zur derzeitigen Regierung, sowie aus dem "Verhältnis der kritischen Distanz" zur ÖVP.
So wettert die ÖSU wortradikal gegen bestimmte reaktionäre Maßnahmen der Regierung, ohne allerdings zu sagen, welchen Interessen diese Politik der Regierung folgt. Ein gutes Beispiel ist die Haltung der ÖSU zur Minderheitenfeststellung. Allein die Tatsache der Ablehnung der reaktionären Minderheitenfeststellung durch breiteste Teile der Studenten und der dadurch auf die ÖH ausgeübte Druck ist die Ursache dessen, daß die ÖSU gegen die Minderheitenfeststellung Partei ergriff und zum Boykott der Volkszählung aufrief. Allerdings versuchten die ÖSU-Vertreter in ZA der ÖH lange Zeit, den Angriff auf die Minderheitenpolitik der Regierung mit einem Loblied auf die "tolerante" Haltung des ehemaligen ÖVP-Bundeskanzlers Klaus, der einmal in Südkärnten eine slowenische ansprache gehalten hatte, zu verbinden. In Wahrheit hatte die ÖVP-Regierung bis 1966 diselbe chauvinistische Minderheitenpolitik gemacht, wie sie von der SPÖ-Regierung fortgesetzt wird, und dienten heute wie damals solche "minderheitenfreundliche" Gesten nur dazu, um die selbständige Bewegung der Kärntner Slowenen abzuwürgen. Die Politik der ÖSU besteht also darin, demagogisch gegen reaktionäre Maßnahmen der SP-Regierung Stellung zu nehmen, nur zu dem Zweck, die fortschrittliche Bewegung auf die Mühlen der Oppositions-ÖVP zu lenken.
Das kommt auch sehr deutlich zum Ausdruck in den Stellungnahmen der ÖSU-ÖH zu den Einsparungen der Regierung im Bildungsbereich. So heißt es in einer Presseaussendung der ÖH vom 8.1o.76:

"Die Österreichische Hochschülerschft vertritt die Meinung, daß gerade die Bildungsausgaben der gesamten Gesellschaft zugutekommen, was man von den Repräsentationskosten, die derzeit von der Bundesregierung vehement verteidigt werden, nicht behaupten kann. Die Österreichische Hochschülerschaft fordert die gesamte Bundesregierung auf, keine Ausgabenkürzungen, sondern eine Erhöhung des Bildungsbudgets vorzunehmen. Versäumnisse auf diesem Gebiet wirken sich noch Jahrzehnte später aus und sind dann nicht wieder gutzumachen."
Aus diesen Zeilen spricht der bürgerliche Oppositionspolitiker, gierig darauf aus, der Regierung eines auszuwischen unter Beschwörung der Verantwortung, die die Regierung für eine funktionierende Gesellschaftsordnug auch noch in der Zukunft trage, dieser "Kurzsichtigkeit", "schlechte" Politik vorwerfend. Kein Wort von den Interessen der betroffenen Bevölkerung, kein Wort von den kapitalitsischen Interessen, die eine Verrottung des Volksbildungswesens durchaus erlauben, bzw. direkt vorantreiben. Nur die "Regierung ist schlecht beraten", "schlechte Politiker" "bessere" gehören her, ... die ÖVP!
Oder die Stellung der ÖSU zur Wehrgesetznovelle: wortradikale Ablehnung der Zwangsverpflichtung verbunden mit einem klaren Ja zum bürgerlichen Heer.

In allen Fragen läßt sich erkennen: die Rolle der ÖSU ist es, alles abzuwiegeln, Empörung auf die Mühlen der bürgerlichen Oppositionspolitik zu lenken, und dort, wo die Verhinderung von Kampfschritten nicht mehr möglich ist (wie es bei der großen Stipendiendemonstration vorletzten Herbst und der Demonstration gegen den Lehrerstop im Juni 1976 der Fall war), Teilnahme mit dem einzigen Zweck der Sabotage und Zersetzung der Bewegung. Man erinnert sich noch gut an die "Erfolgsmeldungen" der ÖSU: "Wir haben den Lehrerstop verhindert", "wir haben die Stipendienerhöhung durchgesetzt" etc.
Daß allerdings die ÖSU gezwungen war, zu diesen Aktionen aufzurufen, ist ein Ausdruck der Stärke der fortschrittlichen Bewegung der Studenten. Daß es ihr aber teilweise gelungen ist, die Bewegung zu zersetzen, zeigt, daß noch große Illusionen über dieBetrüger bestehen.

D.W.

Architekturstudenten bekämpfen Berufung von Rektor Hiesmayr

Die Interessen des Staats ...

Wenn an der Universität ein Institut frei wird, dann beginnt ein weitgreifendes Gerangel um den Professorenposten auf Lebenszeit. Einerseits wollen das Ministerium als Oberherr und die Professoren an der Hochschule garantiert haben, daß so ein neuer Professor fest die bürgerliche und imperialistische Ideologie in die Studenten hineinpaukt, fest für die Heranzüchtung von den Kapitalisten dienenden Wissenschaftlern sorgt. Andererseits gibt es eine Menge Individuen, die sich um diesen Dienstposten raufen. Denn in Aussicht steht eine einträgliche und bedeutungssteigernde Bourgeois-Position auf Lebenszeit.
Wo es unter solchen Bourgeois Konkurrenz gibt, wird in viel Schmutz gewühlt: Protektionen, Bestechungen, Absprachen und Ähnliches sind da normal. Das kommt nicht immer ans Tageslicht, aber es ist jedem realistischen Kopf bekannt, daß dem so ist.

... und der Studenten

Es gibt aber auch eine andere Seite bei diesem Spiel. Das sind die Studenten, die oft selbst aus besitzlosen Klassen kommen und auch in Zukunft ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen werden. Sie stellen sich zunehmend bewusster auf seiten des Volkes und haben nichts mit den Bourgeoismachenschaften zu tun. Im Gegenteil. Sie bekämpfen die bürgerliche Ideologie an den Universitäten, wie sie überhaupt deren Träger bekämpfen. Das Interesse der fortschrittlichen Studenten ist die inhaltliche Auseinandersetzung an der Uni und die bewußte Parteiergreifung für das Proletariat und die Volksmassen.

So eine Berufung eines neuen Professors ist natürlich ein Anlaß zu Diskussionen und Auseinandersetzungen. Denn es fragt sich, wer wird was und mit welchen Mitteln an den Mann bringen wollen? Welche Bedingungen wird uns der neue Professor für die politische und inhaltliche Diskussion in den Lehrveranstaltungen bieten?

Dieser Anlaß wurde an der Studienrichtung Architektur an der TU-Wien genutzt.
Bevor wir aber auf die genaueren Erfahrungen eingehen, noch ein paar grundsätzliche Erläuterungen:

Mittel des Staates an der Hochschule, das UOG:

Seit eineinhalb Jahren ist das UOG in Kraft. Mit der sogenannten Mitbestimmung versuchten Staat und Ministerium die aktiven Studenten an die "produktive Mitarbeit" zu binden. Damit sie dabei aber nicht querschießen können, haben sie von vornherein keine Chance, ernsthafte und wichtige Absichten in den UOG-Gremien durchzubringen (unter 1/4 der Stimmen). Außerdem sind die Vertreter an die Amtsverschwiegenheit gebunden. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit soll also alles ablaufen. Wer finstere Absichten gegenüber dem Volk hegt, scheut das Licht der Öffentlichkeit.
Wir Studenten haben uns davon nicht irritieren lassen, sondern uns die Devise gesetzt: Heraus ans helle Tageslicht, Kampf den Disziplinierungsmaßnahmen der Hochschulbürokratie!

Und hier die konkreten Ereignisse an der Architektur:

Schon im Frühjahr 1976 fand unter den Professoren der Architektur eine Abstimmung statt, bei der der derzeitige Rektor und Professor für Hochbau 2 und Entwerfen 4 als neuer Professor für Gebäudelehre und Entwerfen 5 vorgeschlagen wurde. Dieser Lehrkanzelwechsel hat vor allem materielle Gründe für den Herrn Rektor. Bei den Architekturstudenten ist dieser Hiesmayr wenig beliebt und wegen der chaotischen Zustände an seinem Institut ist oft viel zusätzlicher Arbeitsaufwand nötig. Die Studenten veröffentlichten den Beschluß der Professoren, was den Dekan der Fakultät veranlaßte, eigenhändig die Plakate herunterzureißen. Innerhalb von Stunden waren wieder welche aufgehängt. Diesmal fünfmal so viel. Darauf gab das Ministerium die Anweisung, die Berufung laut UOG durchzuführen.

Öffentlichkeit des Verfahrens!

Im entsprechenden Gremium verlangten die Studenten sofort öffentliche Berufungsvorträge aller Bewerber, damit sich auch jeder Student ein Bild von den Kandidaten machen kann und die Frage der zukünftigen Form und Inhalte dieses Instituts öffentlich diskutiert werden kann. →

Zuschrift eines Architekturstudenten

Machenschaften des KSV auf der Architektur

Über die Machenschaften des KSV innerhalb der Bewegung der Architekturstudenten erreichte uns folgende Zuschrift eines am Kampf beteiligten Studenten. Der Kollege verleiht darin seiner Empörung darüber Ausdruck, daß der KSV wie in allen anderen Fragen sich auch in diesem Kampf frontal gegen die Bewegung der Studenten stellt. *Die Redaktion*

Am 23.3. gab es auf der Architektur eine Hörerversammlung zur E 5-Berufung. Ein Studentenvertreter aus der Berufungskommission berichtete über die Lage:
Prof. Hiesmayr soll gegen den Willen der Studenten als Leiter des E5-Institutes eingesetzt werden. Die Studenten faßten einen Entschluß, um diese Berufung zu verhindern: unsere Vertreter sollten in der Berufungssitzung den Antrag einbringen, Prof. Hiesmayr aus verschiedenen genannten Gründen aus der Kandidaturliste auszuschliessen. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, wollten wir die Sitzung "sprengen" und so die Berufung verhindern. Es gab ziemliche Einheit über diese Vorgangsweise.

Doch dann trat der KSV auf: prinzipiell schloß er sich der Meinung aller an, daß Prof. Hiesmayr als E5-Leiter verhindert werden soll, aber "in der Berufungssitzung wird ja noch nichts entschieden; außerdem ist es ja nicht sicher, daß Hiesmayr berufen wird".

Es ist aber doch sicher, daß in dieser Kommission die Professoren die Mehrheit haben. Der KSV bestritt, daß alle Professoren hinter Hiesmayr stünden, und wollte die Abstimmung in der Berufungssitzung abwarten. Sollte dort Hiesmayr berufen werden, wollte der KSV die Fakultätskollegiensitzung abwarten (wo die Berufung endgültig fixiert wird) und versuchen, dort eine Mehrheit gegen Hiesmayr zu erreichen (obwohl dort die Professoren auch immer die Mehrheit haben und diese in der Krise immer zusammenhalten!). Der KSV ignorierte dieses Argument. Er brachte auch keine Vorschläge, wie man die Professoren gegen Hiesmayr gewinnen könne, sondern verließ sich auf Vermutungen: "Dieser Professor hat einmal gesagt, daß Hiesmayr nicht so gut ist" und ähnliche vage Annahmen. Der KSV diskutierte lange und brachte dann wegen angeblichen Zeitdrucks keinen realen Gegenvorschlag zur vorherigen Resolution, sondern beschränkte sich vorwiegend aufs Kritisieren.
Diese Destruktivität spaltete die Studenten nur, zu einer Zeit, als Einheit dringend notwendig war. Dem KSV gelang es aber nicht, die Mehrheit der Studenten auf seine Seite zu bringen, da vage Behauptungen ohne Handlungen noch nie viel Erfolge gebracht haben.

Die Mehrheit der Studenten entschied sich für die Resolution. In der Sitzung waren die Professoren einstimmig dafür, Prof. Hiesmayr im Berufungsverfahren zu belassen. Deutlicher konnte die KSV-Behauptung (Uneinigkeit der Professoren) nicht widerlegt werden! Wir "sprengten" daraufhin die Sitzung. Bei der folgenden Abstimmung über weitere Aktionen distanzierte sich der KSV geschlossen von allen Vorschlägen. Er ging so weit, daß der Stimmenabzähler gleich fragte: "Und ihr drei dagegen, nicht wahr?" Es waren immer nur die drei KSV-Vertreter, die noch da waren, dagegen. Das erscheint wie eine Trotzreaktion, weil ihr Vorschlag abgelehntwurde. Die KSV-Vertreter hatten als "unverstandene Minderheit" einen Grund für ihre Passivität. Ihre einzige Aktivität bestand in der Spaltung der Hörerversammlung.

Der KSV versucht sich in Wahltaktik. Er scheut Aktionen, die ihn bei irgendeiner Seite unbeliebt gemacht hätten: bei den Professoren durch aktive Teilnahme an der Sprengung, und an den weiteren Beschlüssen, bei den Studenten, wenn diese Aktion fehlgeschlagen hätte. Es scheint auch plausibel, daß der KSV gar keine Mehrheit in der Sitzung gewollt hat. Vielmehr hätte er nach eventuellen Fehlschlägen der Aktion alle Verantwortung von sich schieben können: "Wir haben es gleich gesagt!" Der KSV vermeidet so, als Verantwortlicher zu gelten. Das wäre bei seinen Vorschlägen auch viel zu gefährlich! Er bleibt einfach in der Opposition, da diese Lage ja viel leichter ist.

Der KSV war vor der Hörerversammlung passiv, stellte sich auf der Hörerversammlung als KSV auf den Präsentierteller und arbeitete nachher im Dunkeln: er versuchte, jüngere Semester, z.B.uns, zu verunsichern, und auf seine Seite zu ziehen. Uns trauten die KSV-ler eine gewisse Labilität in den Entschlüssen zu, daher schienen wir leichter zu überreden zu sein. Die Skala der Überredungskünste reichte von: "Seid ihr euch eigentlich bewußt, was ihr da gemacht habt?" bis zu "Na, eure Vertreter haben ja auch Angst gehabt, als sie sich bewußt wurden, wie falsch und noch dazu illegal sie handeln und nicht mehr zurück konnten!". Da gab es väterliche Ratschläge, wie wir aus dem Schlamassel, in das uns die böse MLS gehetzt hat, wieder herauskämen. Die MLS habe unsere Unfähigkeit, selbständig einen Beschluß zu fassen, ausgenützt für ihre Zwekke. So wurde uns eine selbständige Entscheidung einfach abgesprochen. Bezeichnend für diese Aktion war noch das: als während dieses Gesprächs ein Studienrichtungsvertreter vorbeikam, verstummte der KSVler und redete höchstens von belanglosen Dingen, bis der Student wieder weg war. Dann setzte er seine Berieselung mit schönen Sprüchen fort.

Das ganze Verhalten des KSV zeigt, daß er nicht im Interesse der Studenten, sondern in seinem eigenen egoistischen Interesse arbeitet. Er spaltet die Einheit, ist zu feige, um voll mit den Studenten zusammenzuarbeiten. Seine Vorgangsweise kann nicht im Interesse der Studenten liegen, daher verurteilen wir seine Taktik auf das schärfste!

Ein Architekturstudent, 2. Sem.
(gekürzt)

Mehrmalige Abfuhr durch die Professoren.
Nach der ersten Sitzung der Berufungskommission (6 Professoren, 3 Assistenten, 3 Studenten) veröffentlichte die Studienrichtungsvertretung einen Bericht in Form eines Flugblattes. Darin wurden die 20 Bewerber für das Institut bekanntgegeben und geschildert, daß die Professoren immer noch diesen Hiesmayr durchbringen wollen. Außerdem wurden Überlegungen über in diesem Zusammenhang drohende Verschärfungen angestellt.

Amtsenthebungsverfahren:

Diese Veröffentlichung paßte den Herren überhaupt nicht in den Kram, worauf vom Ministerium ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet wurde. Die Studienrichtungsvertretung verfaßte eine Antwort in Form eines öffentlichen Briefes (auch abgedruckt in der letzten KHZ, Seite 7), in dem sie gegen die unerhörte Provokation protestierte, die sofortige Einstellung des Verfahrens und die Beseitigung sämtlicher Maulkorbbestimmungen für Studentenvertreter forderte.

Bewerbungsvorträge:

Die Liste der Bewerber wurde dann durch die Professoren auf 4 reduziert. Auch sämtliche von den Studenten vorgeschlagene Kandidaten wurden mit frechen Argumenten herausgestrichen. Vier Bewerber hielten einen Vortrag. Im überfüllten Hörsaal wurde in Diskussionen versucht, ihre Einstellung zur Wissenschaft, zur Hochschule, über die zu lehrenden Inhalte, die Möglichkeit zur Diskussion und Auseinandersetzung usw. zu erörtern.
Ein vierter Bewerber hielt, trotz massiver Verhinderungsversuche der Professoren, auf Einladung der Studenten einen Vortrag.

Hiesmayr soll durchgeboxt werden

In den letzten Märzwochen spitzte sich die Lage zu. Es verdichteten sich die Gerüchte, daß der derzeitige Rektor Hiesmayr in einem Blitzakt neuer Professor am leeren Institut werden soll. Gerüchte über die Ausnützung seiner derzeitigen Machtposition und über Bestechungen verdichteten sich.

1. Hörerversammlung

Kurz vor der Sitzung der Berufungskommission, in der die erste Entscheidung fallen sollte, wurde am 23.3. eine Hörerversammlung einberufen. Es ging darum, die Berufung Hiesmayrs zu verhindern. Die bürgerlichen Politgauner vom KSV taten sich hervor, indem sie die Studenten von selbständigen Massenaktionen abzuhalten versuchten und sie vielmehr an den Weg über die UOG-Gremien binden wollten. Sie sagten, es sei alles noch nicht so sicher, man dürfe die Professoren nicht verärgern, sondern man müsse hoffen, daß sie uneinig werden, und ähnliche lauwarme bürgerliche Brühe. Sie blieben mit ihrer Meinung allein und rissen ihr rotgeschminktes bürgerliches Maul in der Folge nicht mehr so weit auf.

Es wurde beschlossen, in der Berufungskommission einen Antrag auf Ausschluß Hiesmayrs aus dem Berufungsverfahren zu stellen. Als der Antrag abgelehnt wurde, besetzten 80 Studenten das Sitzungszimmer. Vorher ließ noch Hiesmayr selbst jede Maske fallen, indem er sagte, er möchte mit allen Mitteln E 5 Professor werden. Außerdem wären wir Studenten viel zu jung und dumm, um überhaupt mitreden zu können. Ein ertappter Dieb schlägt um sich. →

„Demokratische Ausbildung" und „fortschrittliche Berufspraxis" im Kapitalismus ?

An der Fakultät für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften soll auf Betreiben der Bundeswirtschaftskammer der Studienplan novelliert werden. Derzeit existieren verschiedene Vorschläge für die Novelle: von Seiten der Kammer, der Gewerkschaft, der Professoren - und einiger bürgerlicher Studentengruppen.

Während die ÖSU gar nicht bestreitet, daß ihr Konzept von einem "mehr praxisorientierten Studium" zur Mitarbeit an der Ausbildungsverbesserung bürgerlicher Ökonomen dienen soll, versuchen KSV und VSStö ihren Vorschlag und ihre Mitarbeit am Studienplan als "fortschrittliche Politik" zu verkaufen. Sie fordern eine "wissenschaftliche Ausbildung mit dem Ziel einer demokratischen Berufspraxis zum Nutzen der arbeitenden Bevölkerung" und verbreiten damit die falsche und schädliche Vorstellung, gesellschaftliche Veränderungen seien über eine "fortschrittliche Berufspraxis" im herrschenden kapitalistischen Produktionssystem und einer dazu dienenden "fortschrittlichen" Ausbildung an der bürgerlichen Hochschule zu erreichen.

Wozu dient die bürgerliche Ökonomie?

Die bürgerliche Revolution brachte die Bourgeoisie an die Macht und der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat trat in den Vordergrund der Geschichte. "Er läutete die Totenglocken der wissenschaftlichen bürgerlichen Ökonomie. Es handelte sich jetzt nicht mehr darum, ob dieses oder jenes Theorem wahr sei, sondern, ob es dem Kapital nützlich oder schädlich, bequem oder unbequem, polizeiwidrig oder nicht. An die Stelle uneigennütziger Forschung trat bezahlte Klopffechterei, an die Stelle unbefangener wissenschaftlicher Forschung das böse Gewissen und die schlechte Absicht der Apologetik." (K.Marx 'Das Kapital' I, p.21)

Und dabei muß die bürgerliche Ökonomiebleiben.- Zwei Aufgaben hat sie im wesentlichen zu leisten: Zuerst die bestehende Ausbeuterordnung zu rechtfertigen, indem sie als durch ewig währende Naturgesetze bestimmt dargestellt wird, und dann, die Ausbeutung zu organisieren, das Chaos und die Anarchie der kapitalistischen Produktion im Dienste des Profits zu bewältigen.

Dazu braucht die Bourgeoisie Ökonomen. Dabei sind diese aber keineswegs die Herren über die Produktion - das ist alleine das Profitinteresse der Kapitalisten. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die gesellschaftliche Produktion stehen in einem antagonistischen Gegensatz zueinander. Dieser Widerspruch äußert sich in der Ausbeutung der Arbeitskraft und der notwendig planlos ablaufenden Produktion und den dadurch immer wieder entstehenden Krisen.

Die Praxis der bürgerlichen Ökonomen

Die Funktion der Ökonomen ist also Zwangsgesetzen der alleine durch Profitinteressen bestimmten kapitalistischen Produktion unterworfen.

In den kapitalistischen Unternehmen bedeutet das nichts anderes, als die Ausbeutung zugunsten des Profits aufrechtzuerhalten und zu steigern.

Im einzelnen gehört dazu z.B. das Erstellen von "Kalkulationen", um die Konkurrenzfähigkeit des Kapitals zu erhalten und dazu notwendige Angriffe auf den Lohn zu unternehmen (wie das Beispiel der Metall- und Bergarbeiter zeigt).

Ebenso müssen alle Möglichkeiten zur Erlangung von Extraprofiten ausgeschöpft werden - z.B. durch Rationalisierungen mittels Anschaffung von Maschinen und Entlassung von Arbeitskräften. In den Perioden der Krisen muß der gefährdete Profit durch Verschärfung all dieser Maßnahmen gesichert werden - dazu gehört die Verschärfung der Arbeitshetze, der Ausbau des Akkordsystems und die Rationalisierungen.

Schließlich erfordert das heutige Stadium des Kapitalismus - das Zeitalter des Imperialismus - die Erschließung günstiger Möglichkeiten für Kapitalexport, um die Profite der Monopole zu erhöhen.

Der bürgerliche Staat, geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse, ist ein Instrument der Bourgeoisie, um ihre Interessen insgesamt durchzusetzen. Die Ökonomen, die hier zum Einsatz kommen, haben vor allem die Unterstützung der Kapitalisten durch Subventionen zu besorgen, die Lasten der Krisen auf das Volk abzuwälzen und die Organisierung der staatlichen Unternehmen zu leisten. In den staatlichen Forschungsinstitutionen werden Informationen für die Kapitalisten bereitgestellt, wo und wie Profite zu verwirklichen sind.

Schließlich haben die Ökonomen - vor allem in Verwaltung und Lehre beschäftigte - zusätzlich die ideologische Funktion, die Ausbeutungsverhältnisse durch verschiedene "Theorien" zu beschönigen und zu verschleiern und das Vertrauen in den bürgerlichen Staat zu festigen, der als im Interesse aller hingestellt wird.

»Fortschrittliche Berufspraxis«

Wenn KSV und VSStö meinen, daß ein Ökonom durch seinen subjektiven guten Willen etwas daran ändern kann, daß seine Berufspraxis den Erfordernissen des Kapitals untergeordnet sein kann, so ist das ein gewaltiger Irrtum. Wenn sie aber meinen, daß dies der objektiv notwendige Weg ist, um eine gesellschaftliche Veränderung herbeizuführen, so ist das Verrat am Marxismus, auf den sie sich ja berufen.

Marx hat mit seiner Analyse der kapitalistischen Gesellschaft keineswegs eine Theorie neben die andere gestellt, die sich nach Belieben anwenden läßt. Vielmehr hat er damit den Grundstein zur revolutionären Veränderung der Gesellschaftsverhältnisse - denen immer bestimmte Produktionsverhältnisse zugrundeliegen - gelegt. Er hat die historische Aufgabe der Arbeiterklasse nachgewiesen, die Ausbeutungsverhältnisse durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu beseitigen und die Diktatur des Proletariats zu errichten. Dies durch eine Theorie →

Es wurde beschlossen, die Öffentlichkeit zu informieren über das intrigante Vorgehen Hiesmayrs. Plakate wurden geklebt und in öffentlicher Aktion brachten die Architekturstudenten durch Anbringen von Parolen an den Wänden der TU ihren Protest zum Ausdruck.

Reaktionen und 2. Hörerversammlung

Eiligst ließ der Rektor am nächsten Tag alles entfernen und ließ zu diesem Zweck das Reinigungspersonal mit Entlassungsdrohungen unter Druck setzen. Die Architekturstudenten stellten mittels Flugblatt die Öffentlichkeit her und riefen zu einer weiteren Hörerversammlung am 29.3. auf. Denn da sollte die entscheidende Sitzung des Fakultätskollegiums stattfinden. Die Professoren sagten sie aber vorsorglich ab.

Nun schon einmal in der Offensive, blieben die Architekturstudenten dabei. Es wurde nochmals die einhellige Ablehnung von Hiesmayr betont und beschlossen, einzig und allein für Architekt Huth als neuen Professor einzutreten. Huth war auf Einladung der Studenten gekommen, nachdem die Professoren ihn zweimal abgelehnt hatten. Er ist liberaler Demokrat, der die Auseinandersetzung mit der Lehre zuläßt. Er sucht selbst die kritische Auseinandersetzung mit der Meinung der Studenten und wird gute Arbeitsbedingungen am Institut herstellen. Er befürwortet Gruppenarbeit und eigene freie Themenwahl, er besitzt die fachliche Qualifikation.

Weitere Offensive

In der ersten Woche nach Ostern findet eine Aktionswoche an der Architektur statt. Arch. Huth wird wieder sprechen, ein Steckbrief über das intrigante Vorgehen Hiesmayrs und seiner Person wird erscheinen, ein Fest findet statt, das weitere Vorgehen wird besprochen.

Die Bourgeoisie will die Ausbildung ihrer Akademiker hinter dem Vorhang der Öffentlichkeit organisieren, einige Studentenvertreter sollen dazu eingekauft werden. Die bürgerlichen Herren von ÖSU bis KSV lassen sich dazu gern einbraten. Der Kampf der Masse der Studenten gegen die bürgerliche Ideologie und die Disziplinierung werden sie dadurch nicht einschränken. Je mehr man sich von solchen Leuten und deren Ideen befreit, umso größer werden die Erfolge, umso bewußter werden sich die Studenten auf die Seite des Volkes stellen. Die öffentliche Auseinandersetzung um das Berufungsverfahren und die Aufdeckung der Praktiken von Professoren und Staat haben uns dabei ein Stück weitergebracht.

P.S.:

Vor kurzem versuchte der Hauptausschußvorsitzende der Hochschülerschaft der TU-Wien (Fritz Pesendorfer - SpitzenKandidat der ÖSU bei den kommenden Wahlen) Studenten für die Kandidatur an die Studienrichtungsvertretung Architektur gegen die kommunistischen und fortschrittlichen Studenten zu gewinnen. Er versprach ihnen, daß der Rektor Hiesmayr öS 3.000,-- bis öS 4.000,-- zur Verfügung stellen würde (Agitationsmaterial etc.). Das ganze bürgerliche Pack glaubt wohl, durch Bestechung ungeschoren zu bleiben und sich von seinem schließlichen Untergang freikaufen zu können.

G.S.
(Zelle Architektur)

'Rote Perspektive' zur Politik der KP-Chinas:

Der Wunsch ist der Vater des Gedankens

Seit der Entartung der SU, seit dem Machtantritt des Revisionismus und der Restauration des Kapitalismus im Lande der ersten proletarischen Revolution kam und kommt der VR-China eine gewaltige Bedeutung zu - zeigte das chinesische Volk doch unter der Führung der Kommunistischen Partei, daß es möglich ist, am Aufbau des Sozialismus festzuhalten, wenn man die Bourgeoisie bekämpft und Revolution und Produktion vorantreibt. Anerk annter und verehrter Führer des chinesischen Volkes in all den siegreichen Schlachten gegen den Klassenfeind war der Vorsitzende Mao Tse Tung, der die reichen Erfahrungen der chinesischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus zusammenfassend die Theorie von der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats entwickelte. So wurde China zum leuchtenden Banner des sozialistischen Aufbaus, wurde Mao Tse Tung zum Führer des internationalen Proletariats.

Dies macht deutlich, daß der Tod des Genossen Mao Tse Tung nicht nur tiefen Schmerz beim chinesischen Volk und bei den kämpfenden Völkern der Welt auslöste, zugleich stellt sich vielen fortschrittlichen Menschen die Frage, des weiteren Wegs in China. Auch die Imperialisten aller Couleursblickten auf China und ihre Journalistenkanaille spekulierte hemmungslos und ließ dabei wenig über China hören, umso mehr aber über ihre Wunschträume. Die westlichen Imperialisten setzten dabei weitgehend auf die sogenannten "Pragmatiker", von denen sie sich erhofften, daß sie China dem imperialistischen Weltmarkt öff nen und dem Finanzkapital den Zugang zu China. Während die westlichen Imperialisten so den Fuß in die Tür bringen wollten, sind die Kremlzaren und ihre revisionistischen Wurmfortsätze nicht unbescheidener, sie setzten auf die Durchsetzung des Revisionismus in der KP-Chinas.
Mit großem taktischen Geschick fiel die "KP"DSU dann auch nach dem Tode Mao Tse Tungs mit der Tür ins Haus. Als Partei schickte sie dem ZK der KP-Chinas ein Beileidstelegramm - obwohl jedem Meschen bekannt ist, daß die KPCH keine Beziehungen zur KPDSU unterhält - frei nach dem Motto : Jetzt wo der Alte weg ist, können wir uns ja wieder zusammensetzen. Da das Telegramm nicht zugestellt werden konnte, ging es an den Absender zurück.
In China selbst entwickelte sich ein äußerst scharfer Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der mit der Zerschlagung der konterrevolutionären, , auf die Ursurpation der Staats- und Parteimacht gerichteten Linie der Viererbande endete. Diese Vorgänge haben auch unter vielen aufrechten Freunden der VR-China Unsicherheit und Verwirrung angerichtet. Worin liegen die Gründe für diese Verwirrung? Der erste Grund ist relativ banal - die Mitglieder der Viererbande waren relativ hochstehende Staats- und Parteiführer, zweitens liefen sie unter dem Namen der "Schanghaier Linken" und sie polierten selber eifrig an ihrem Ruf als getreue Gefolgsleute von Mao Tse Tung. Das von der KP-China veröffentlichte Material über das Verhalten der chinesischen Volksmassen, die das ZK unter der Führung Hua Gou Fengs begeistert unterstützen, machten es bald möglich, in diesem Kampf Stellung zu beziehen. Tatsächlich handelt es sich bei diesem Kampf um eine eine gewaltige Kraftprobe, die die KP-Chinas zu bestehen hatte, hatte die Viererbande doch schon bedeutende Positionen in Staat und Partei an sich gerissen (über die Linie und die Aktivitäten der Viererbande wurde im Zentralorgan des KB-Österreichs "Klassenkampf" berichtet). Diese zeitweilige Unsicherheit nützte die Bourgeoisie natürlich, um das Vertrauen, das viele Menschen in die VR-China und die Kommunistische Partei setzen, zu untergraben und zu erschüttern. Während der anfängliche Tenor der westlichen Presse der war, mit dem ZK unter Hua Guo Feng hätte sich nun endlich die Abkehr von Mao Tse Tungs politischer Linie vollzogen, →

Fortsetzung von S. 19

einer "fortschrittlichen Berufspraxis" zu ersetzen, bedeutet bürgerliche Politik zu betreiben.

Solange die Kapitalistenklasse die Produktion bestimmt, ist die Tätigkeit der bürgerlichen Ökonomen notwendig Mittel zur Erhaltung des Profits, zur Steigerung der Ausbeutung. Wie soll das"zum Nutzen der arbeitenden Bevölkerung" geschehen? So bringt die Ökonomie nur am deutlichsten die allgemeine Funktion der bürgerlichen Wissenschaft zum Ausdruck - KSV und VSStö entlarven sich da am deutlichsten.

Mit ihren Phrasen von "demokratischer Ausbildung" und "fortschrittlicher Berufspraxis" vertuschen sie zwei grundlegende Tatsachen:
1. So lange die Bourgeoisie an der Macht ist und die Produktionsmittel besitzt, ist sie es, die über ihren Staat die Hochschulen in der Hand hat und die Ausbildung bestimmt.und

2. ist sie es, die die Ökonomen entsprechend ihren Erfordernissen anstellt und da gibt es auch keine Arbeit "zum Nutzen der arbeitenden Menschen".
Diese Vorstellung kann zu nichts anderem führen als zu Reformertum und der Verschleierung der echten Aufgaben der fortschrittlichen Studenten an der Hochschule und dann am Arbeitsplatz - kurz, zur Zusammenarbeit mit der herrschenden Klasse.

Die fortschrittlichen Studenten müssen sich dem gegenüber am Klassenkampf beteiligen und an der Hochschule selbst die Wissenschaft und Ausbildung im Dienste der Bourgeoisie bekämpfen und zersetzen.

Im Beruf bedeutet das, seinen Arbeitsplatz dazu zu benützen, die Machenschaften der Bourgeoisie aufzudecken und im politischen Kampf zu verwerten und die gerechten Kämpfe der Arbeiterklasse zu unterstützen.

Die falschen und schädlichen Anschauungen der Reformisten von KSV und VSStö müssen dabei aufs Schärfste bekämpft werden!

E.B.

StK-Pädagogik fordert Rücknahme der Studienordnung

Mit den Stimmen der Studenten, Assistenten und eines Professors wurde am 18.4. in der STK Pädagogik folgender Antrag der studentischen Vertreter beschlossen: "Die Studienkommission möge eine Aufforderung an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung beschließen, die neue Studienordnung für das Pädgogikstudium zurückzuziehen und neue Verhandlungen einzuleiten."
Der Beschluß wurde gefaßt in der Situation, daß von Seiten des Fakultätskollegiums auf Grund des Gruppenvetos der Studenten die "Säumigkeit " der STK festgestellt wurde und ihr eine Frist bis Ende des Sommersemesters gesetzt wurde, in der sie einen Studienplan beschließen müsse ansonsten sie dieser Kompetenz enthoben wird. Die studentischen Vertreter hatten den Antrag auf Grund einer Umfrage unter den Hauptfachstudenten eingebracht, bei der sich von 12o abgegebenen Stimmen 118 gegen und zwei für die neue Studienordnung ausgesprochen haben. Der Zustimmung zu dem Antrag liegen verschiedene Intentionen zugrunde, vor allem sollte die eindeutige Front der Studenten gegen die reaktionäre Studienreform aufgebrochen werden durch die Weckung von Illusionen, daß jetzt die Möglichkeit offen wäre, einen "besseren" Studienplan, einen "Studienplan für anzunehmende Ernstsituationen" auszuarbeiten, "Berufsbilder für Pädagogen" zu entwerfen usw., kurz sich zuerst einen Beruf auszudenken und dann ein Studium dafür.

Durch den Beschluß wird dem Ministerium die Ablehnung der Studienordnung dokumentiert. Das ist gut. Für die Studenten kommt es jetzt darauf an, diesen Beschluß nicht zu überschätzen, sondern Schritte zu setzen in die Richtung, daß das Ministerium die Studienordnung tatsächlich zurückzieht.

L.L. (Vors.d. STRV Pädagogik)

und mit der Viererbande wäre die "maoistische Fraktion" ausgeschaltet, so ist hier inzwischen ein gewisser Umschwung eingetreten. In dem Maße nämlich, als sich Enthüllungen über Aktivitäten der Viererbande bestätigten, entdeckte der bürgerliche Blätterwald sein Herz für die vier. Insbesondere der Lebensstil von Tschang Tsching konnte dem Klasseninstinkt der hiesigen Schmarotzer nicht entgehen, sodaß die Boulevardfetzen heute im Sorayastil über ie berichten.

Tiefergehende Ansichten verfolgen die Revisionisten mit ihrem Geschreibsel , wie gut zu sehen ist an einem Artikel von einem Herrn Janecek im Blatt der "Konsequenten Studentenvertreter"(KSV). Drei Chinabesuche befähigen ihn, den Seinen davon zu erzählen, "was dahinter" steckt, denn obwohl nicht bei der Kronenzeitung, ist auch er nicht ganz bei Trost. So kann der geneigte Leser erfahren, daß die neue Führung der KP-Chinas vom "abenteuerlichen" sozialistischen Weg abgehen und in den "realistischen" Weg der Restauration des Kapitalismus einschwenken und dabei auf die Erfahrungen der sowjetischen Revisionisten zurückgreifen will. Wie er dazu kommt? Nun, das ZK der KP-Chinas mobilisiert alle Kräfte, um die Beschlüsse des IV. Volkskongresses von Ende 1974 in die Tat umzusetzen und einen großen Schritt vorwärts in der Entwicklung und weiteren sozialistischen Umgestaltung der sozialistischen Volkwirtschaft zu tun, um "alle positiven Faktoren, innerhalb wie außerhalb der Partei, im Inland wie im Ausland, die direkten und die indirekten, voll und ganz zur Geltung zu bringen und unser Land zu einem starken sozialistischen Staat aufzubauen." (Mao Tse Tung)

Ein wesentlicher Bestandteil dieses Kurses ist die "Bewegung zum Aufbau von Kreisen vom Typ Datschai im ganzem Land" für die der neue Vorsitzende der Partei, Genosse Hua Guo Feng im September 1975 auf der Landwirtschaftskonferenz die Ausrichtung entwickelt hatte. Gegen diesen Kurs und insbesondere gegen die Datschaibewegung hatte die Viererbande einen Hauptteil ihres Feuers konzentriert. Im Rahmen ihrer konterrevolutionären Linie "die rote Fahne schwenkend, um die rote Fahne niederzuschlagen" um selbst an die Macht zu kommen, hatte sie versucht, die bewährtesten Kader der chinesischen Revolution als "Revisionisten" und "bürgerliche Machthaber" zu verleumden und abzusetzen, den Armeeaufbau zu sabotieren, die Partei zu zersetzen und die sozialistische Basis, die Volkswirtschaft zu untergraben.

Diesen Kurs versucht Janecek als die revisionistische Theorie des Primats der Produktivkräfte hinzustellen; er meint, hat man erst einmal den Sozialismus, muß man nur noch die Produktivkräfte entwickeln, wie immer das auch geschehe. Liest man den Bericht des Genossen an die Datschai-Konfernez, kommt man allerdings zu einer ganz anderen Auffassung, denn dieser Bericht geht von politischen Aufgaben aus, oder anders gesagt, Hua Guo Feng ist im ganzen Bericht der Meinung, daß der Klassenkampf das Entscheidende ist, , um die gestellte Aufgabe durchzuführen.- so durchzuführen, daß man im Aufbau des Sozialismus vorankommt. Warum dies so ist, erläutert ein Lenin-Zitat: "Die Bourgeoisie bei uns ist besiegt, aber noch nicht mit der Wurzel ausgerottet, nicht vernichtet und nicht einmal endgültig niedergerungen. Auf die Tagesordnung tritt deshalb eine neue, höhere Form des Kampfesgegen die Bourgeoisie, der Übergang von der sehr einfachen Aufgabe der weiteren Expropiierung des Kapitals zu der viel komplizierteren und schwierigeren Aufgabe der Schaffung von Bedingungen unter denen die Bourgeoisie weder existieren noch von neuem entstehen kann. Es ist klar, daß das eine unermeßlich höhere Aufgabe ist und daß es auch ohne ihre Lösung keinen Sozialismus gibt."

Was Janecek, wie alle anderen modernen Revisionisten abstreitet, ist die Existenz von Klassen und Klassenkämpfenin der Geschichtsperiode des Sozialismus. Gegenstand dieser Klassenkämpfe ist gerade der Weg des Aufbaus des Sozialismus, ob man ihn auf einer proletarischen Linie aufbaut, oder ob man Bedingungen schafft, unter denen die Bourgeoisie sich entwickeln und entfalten kann bis hin zur Restauration des Kapitalismus . Dies alles macht die Diktatur des Proletariats notwendig, wobei die Kommunistische Partei und ihre Linie selber Gegenstand des Klassenkampfes ist. Warum Herr Janecek dies leugnet? Ein Blick auf die SU, wo der Kapitalismus restauriert ist, erklärt es: "Einmal Sozialismus, immer Sozialismus ist seine Rede".

Wie sind die Bedingungen, unter denen sich die Bourgeoisie sich entwickeln und entfalten kann? Es sind die "Muttermale der alten Gesellschaft", die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, die nach der Machtergreifung des Proletariats nicht mit einem Schlag "abgeschafft" werden können, sondern noch lange Zeit weiterwirken und schrittweise durch die Politik der Kommunistischen Partei eingeschränkt werden müssen; insbesondere die Existenz von Kleinproduktion, von verschiedenen Formen von Eigentum und der Austausch auf dem Markt, die Warenproduktion. Die sozialistische Gesellschaft funktioniert nicht gleich "wie eine große Fabrik", sondern muß erst schrittweise in diese Richtung entwickelt werden. Ein Schritt in diese Richtung ist die "Datschai-Bewegung" :

"In den meisten Gebieten Chinas entspricht das von den Volkskommunenim gegenwärtigen Stadium praktizierte System des in drei Stufen gegliederten Eigentums an den Produktionsmitteln, mit der Produktionsgruppe als Grundeinheit für die Rechnungsführung, im wesentlichen noch immer dem Wachstum der Produktivkräfte auf dem Lande. Jedoch muß uns klar sein, daß mit der Verbreitung und Vertiefung der Bewegung zum Aufbau von Kreisen vom Typ Datschai , mit der Entwicklung der im großem Maßstab betriebenen sozialistischen Landwirtschaft und besonders mit dem ökonomischen Wachstum auf Kommune und Brigadeebene dieses Eigentumssystems Schritt für Schritt einem Eigentumssystem mit der Produktionsbrigade oder gar der Kommune als Grundeinheit für die Rechnungsführung Platz machen wird, wenn die Bedingungen dafür reif sind. In noch fernerer Zukunft wird die Volkskommune einen weiteren Übergang vollziehen: vom System des Kollektiveigentums zum System des Eigentums des ganzen Volkes. Und später noch vom sozialistischen System des Volkeigentums zum kommunistischen system des Eigentums des ganzen Volkes." (Hua Guo Feng, Die ganze Partei mobilisieren für noch größere Anstrengungen in der Landwirtschaft und für den Aufbau von Kreisen vom Typ Datschai, S. 31)

Weil die "DatschaiBewegung" ein Schritt in diese Richtung, in Richtung Kommunismus ist, ist es klar, daß diese Bewegung den Widerstand der kapitalistischen Elemente hervorruft, daß sie nur im scharfen Klassenkampf durchgeführt werden kann. Deshalb sagt Huo Guo Feng in seinem Bericht: "Kreise vom Typ Datschai aufbauen bedeutet, jeden Kreis im Land zu einer Kampffestung zu machen, die an der proletarisch revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao, am sozialischen Weg festhält" (S. 3) und "Von Datschai lernen und Kreise vom Typ Datschai aufbauen ist eine große Massenbewegung zur Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats ... Sie ist eine weitere große revolutionäre Bewegung auf dem Land, von ähnlicher Bedeutung wie die Bodenreform, die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft und die Bildung der Volkskommunen." (S. lo)

Von diesen Gedanken hat Janecek entweder bei seinen drei Chinabesuchen nichts mitbekommen oder aber er erzählt absichtlich Lügen, nur um seine revisionistischen Freunde nicht zu verunsichern und einen kläglichen Versuch zu machen, die Ausstrahlungskraft, der chinesischen Revolution zu brechen.

Janecek begnügt sich in seinem Machwerk nicht mit solch verdunkelndem Gerede. Indem er mit der linken Hand Mao Tse Tung zum "scheinrevolutionären" und "kleinbürgerlichen" Sozialismuserbauer erklärt, spekuliert er listig, wenn der Sozialismus 4o Jahre "scheinbare Revolution" und "Herrschaft des Kleinbürgertums" aushält, dann wird ihm auch das bißchen Monopolkapital und Imperialismus in der SU nichts anhaben.

Alsdann kommen Janecek Visionen - wie es wohl wäre, wenn die KP-Chinas ihren "antisowjetischen" Kurs aufgeben würde - kurz welches Paradies für die Weltherrschaftspläne der Kremloberherrn, wenn die russischen Breitspureisenbahnen nicht nur bis Warschau, sondern auch bis Peking reichten. K.B./L.L.

Die Revisionisten – eine Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung

Bei den bevorstehenden ÖH-Wahlen wird der KSV wieder verstärkt um die Stimmen der Studenten werben, indem er sich als Trupp der ("durch die KPÖ repräsentierten") Arbeiterbewegung auf den Hochschulen und als Propagandist der ("durch die SU repräsentierten") kommunistischen Weltbewegung produzieren wird. Sicher keine beneidenswerte Aufgabe, die KPÖ als revolutionäre Partei der österreichischen Arbeiterklasse und die SU als Bollwerk des Sozialismus verkaufen zu müssen! Die Revisionisten versuchen nun schon seit geraumer Zeit dieses Problem dadurch zu "lösen", daß sie an der Enttäuschung über die Politik der SPÖ und an der Empörung über die Verbrechen der USA und ihrer Verbündeten ansetzen, und sich selbst als "konsequentere" Verfechter der Interessen der Arbeiterklasse bzw. die SU als weltpolitische Gegenkraft zum westlichen Imperialismus anpreisen. Diesem Trick gehen einige fortschrittlich gesinnte Studenten auf den Leim, indem sie - obgleich sich die Begeisterung für die Revisionisten in Grenzen hält - diesen zugestehen, politische Vertreter (unter anderen) des österreichischen und internationalen Proletariats zu sein, mit denen eine grundsätzliche Einheit möglich ist.

Nach unserer Überzeugung können sich die Studenten aber nur dann auf die Seite der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker stellen, wenn sie erkennen, daß die Revisionisten politische Vertreter der Bourgeoisie und Propagandisten einer imperialistischen Supermacht innerhalb der Arbeiterbewegung sind, und das folglich Einheit mit diesen Kräften Einheit mit der Bourgeoisie bedeutet!

Dieses ihr politisches Wesen vertuschen die modernen Revisionisten mit der Berufung auf die revolutionäre Vergangenheit der KPÖ bzw. der SU unter der Führung von Lenin und Stalin und mit dem Gebrauch einiger Begriffe aus der marxistisch-leninistischen Theorie.

Entscheidend aber ist, was sich hinter diesem Rauchvorhang verbirgt: eine Partei, in der der Revisionismus unwiderruflich die Oberhand gewonnen hat, die das Ziel der Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft längst über Bord geworfen hat, die daher auch nicht die Absicht hat, das österreichische Proletariat an den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und an die Errichtung der Diktatur des Proletariats heranzuführen, deren Existenzzweck vielmehr darin besteht, die Arbeiterklasse und das ganze Volk mit der ökonomischen und politischen Herrschaft der Bourgeoisie auszusöhnen, und die obendrein als Sprachrohr eines Staates auftritt, in dem nach dem Machtantritt des Revisionismus eine Monopolbourgeoisie ihre faschistische Diktatur ausübt, deren Absichten nach außen in nichts anderem bestehen als Expansion und Unterwerfung. Wenn diese Partei sich eine kommunistische nennt, und für die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker ihr Wort erhebt, dann hat das keinen anderen Sinn, als ihren reaktionären Zielen einen fortschrittlichen Namen zu geben.

Die Revisionisten wollen die Arbeiterklasse mit der Lohnsklaverei aussöhnen

Die Arbeitslosigkeit, sowohl als ständige, "selbstverständliche" Erscheinung des Kapitalismus, als auch die Massenarbeitslosigkeit in seinen periodischen Krisen, ist ein schwerwiegender Beweis für die grundsätzliche Unfähigkeit dieser ökonomischen "Ordnung", die in der Gesellschaft vorhandenen Kräfte zur Entfaltung zu bringen und mit dem sozialen Elend aufzuräumen. Im Wahlprogramm der KPÖ zu den Nationalratswahlen 1975 findet sich als "Lösung" dieses Problems die Forderung nach einer verfassungsmäßigen Verankerung des Rechts auf Arbeit für alle.

DIE ARBEITSLOSIGKEIT IST EIN GESETZ DES KAPITALISMUS

Es ist eine Tatsache, daß in unserer Gesellschaft der überwiegende Teil derjenigen, die es nötig haben, zu arbeiten, keine anderen Arbeitsinstrumente besitzt als den eigenen Verstand und Körper, und daher nur dann arbeiten kann, wenn sich ein Besitzer von Produktionsmitteln findet, der sich von der Miete lebendiger Arbeitskraft einen Profit verspricht. Dieses Bedürfnis der Kapitalisten nach Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft wächst zwar ständig: "Mit der Ausweitung der industriellen Produktion und der Vereinfachung der Arbeitsfunktionen durch die Vervollkommnung der Technik werden immer neue Massen in die kapitalistische Produktion gezogen, wie Frauen, Kinder, Arbeiter aus rückständigen Gebieten." (Programm des KB Österreichs, S.8) Das Resultat dieses Prozesses ist aber nicht einfach eine stetige Zunahme an Arbeitsplätzen, denn ein anderes Zwangsgesetz der Profitwirtschaft setzt gleichzeitig ständig Arbeitskräfte frei: "Die steigende Produktivkraft der Arbeit (hervorgerufen durch den Drang, die Konkurrenz auszustechen und bewerkstelligt durch immer "bessere" Maschinen und durch immer "effektivere" Organisation des Arbeitsprozesses; der Verf.) bewirkt zugleich einen relativ sinkenden Bedarf der Kapitalisten an Arbeitern, so daß das Angebot an Arbeitskraft die Nachfrage beständig übersteigt und eine industrielle Reservearmee entsteht." (Ebenda) Das ist spätestens seit Marx für jene, die nicht berufsmäßige Apologeten des Kapitalismus sind, eine feststehende Tatsache. Gestützt auf diese wissenschaftliche Erkenntnis haben die Kommunisten - die früheren Sozialdemokraten eingeschlossen - seit jeher zur Frage der Arbeitslosigkeit folgende Politik gemacht: den untrennbaren Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Kapitalismus aufdecken und "im Interesse der Entwicklung der Fähigkeit der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen zum Kampf um die proletarische Revolution" (ebenda, S.29) die Arbeiterklasse hinter Forderungen zusammenschließen, die wirksamen Schutz gegen die verheerenden sozialen, moralischen und politischen Folgen dieses Übels gewährleisten:
"Arbeitslosenunterstützung in der Höhe von mindestens 80 % des Lohns für alle Arbeitslosen während der gesamten Dauer der Arbeitslosigkeit; Unterstellung der Arbeitsämter unter die selbstverwaltete Sozialversicherung der Lohnabhängigen; Karenzgeld in voller Höhe des Lohns." (ebenda, S.31f)
Niemals haben sie dabei darauf verzichtet, die Arbeiterklasse von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Kapitalisten ihr Eigentum an Produktionsmitteln zu entreißen, und eine Wirtschaft aufzubauen, deren Motiv die ständig steigende Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft und nicht die Profitgier der wenigen Besitzenden ist. Nur unter solchen Verhältnissen ist es möglich, den zutiefst widersinnigen, im Kapitalismus aber ganz "gewöhnlichen" Zustand auszumerzen, daß arbeitsfähige und -willige Menschen keine Arbeit finden und dafür noch mit sozialer Not "bestraft" werden.

DIE REVISIONISTEN FORDERN DAS RECHT AUF ARBEIT IM KAPITALISMUS

Die Politik der KPÖ unterscheidet sich davon in fundamentaler Weise: sie empfiehlt der österreichischen Arbeiterklasse, einen Verfassungsparagraphen zu fordern, der das Recht auf Arbeit sichert. Sie betrachtet es also nicht als ihre Aufgabe, den Haß der Arbeiter gegen die Gefahr der Arbeitslosigkeit in bewußte Feindschaft gegen ihre Wurzel, die kapitalistische Ausbeutung, zu verwandeln, in ihnen das Vertrauen zu wecken, daß sie die Produktion selbst in die Hand nehmen können, und ihnen den Weg zu weisen, wie diese Revolution durchgeführt werden kann. Im Gegenteil, sie suggeriert mit ihrer dümmlichen Forderung (welcher Kapitalist möchte denn nicht am liebsten gleich das ganze österreichische Volk in Produzenten seines Profits verwandeln, wenn er nur könnte?!), daß Regierung, Parlamentsparteien und Kapitalisten halt so unverbesserliche Bösewichte sind, die akkurat darauf bestehen, daß es Arbeitslose gibt und die daher von einem verfassungsmäßig verbrieften Recht auf Arbeit nichts wissen wollen. Sie suggeriert damit, daß die herrschende Klasse dieses Recht sichern könnte, wenn sie nur wollte. Wozu dann noch den Kapitalismus beseitigen und den Sozialismus errichten? Da ist es doch viel vernünftiger, bei den nächsten Nationalratswahlen eine Partei zu wählen, die unablässig die Einrichtung eines parlamentarischen Ausschusses zwecks Ausarbeitung einer Verfassungsbestimmung "Recht auf Arbeit" urgieren wird.
Die Kapitalisten mögen zwar die Methode, wie die KPÖ die Arbeiterklasse mit ihrem Dasein als Lohnsklaven aussöhnen will, wie sie ihren Blick auf den bösen bzw. guten Willen der Bourgeoisie lenkt, für unseriös halten, im Ziel sind sie sich einig!

ÜBERPRODUKTIONSKRISEN SIND EIN GESETZ DES KAPITALISMUS

Die KPÖ hat der Arbeitslosigkeit "den Kampf angesagt" in einer Situation, wo die kapitalistische Produktion ins Stocken geraten war, und bedeutend mehr österreichische Werktätige als in den vorangegangenen Jahren vor diesem Problem standen. Wenn die Krankhaftigkeit dieses Systems so offen zu Tage tritt, wird die Forderung nach dem Verfassungsrecht auf Arbeit bei der Arbeiterklasse auf den selben Respekt stoßen wie z.B. ein Verfassungsrecht auf Reichtum, Gesundheit und ein langes Leben. Das wußte auch die KPÖ, weshalb sie in ihrem Wahlprogramm auch gleich ein Konzept zur Überwindung der Krise mitgeliefert hat, dessen erster Punkt lautet: Stärkung der Massenkaufkraft. "Wenn nun aber der Massenkonsum erhöht werden soll, dann müssen die Verdienste der arbeitenden Bevölkerung, d.h. die Massenkaufkraft angehoben werden...Dieser Tatsache gegenüber stecken jedoch Industriellenvereinigung und Wirtschaftsbund...den Kopf in den Sand und spielen Vogel-Strauß-Politik. ("Volksstimme" 26.3.75)
Was die KPÖ den Kapitalisten da vorwirft, ist, daß sie die Logik ihrer eigenen Profitwirtschaft nicht begreifen. Wenn die Kapitalisten aber etwas von "politischer Ökonomie" verstehen, dann dies, daß die Krise für sie darin besteht, keine Käufer für ihre Waren zu finden. Das Problem nun dadurch zu lösen, daß sie ihre Waren verschenken (und genau das bedeutet der KPÖ-Vorschlag nach Hebung der Massenkaufkraft), widerspricht völlig dem Zweck ihrer "Tätigkeit" als Kapitalisten: "Daß die Konsumtion nicht den Zweck der kapitalistischen Produktion darstellt, ist eine Tatsache." (Lenin, 'Noch einmal zur Frage der Realisationstheorie' LW 4, S.75)
Das Ziel dieser Produktion ist der Profit, und der läßt sich unter der Bedingung eines eng gewordenen Marktes am ehesten so realisieren, daß die Löhne der "eigenen" Arbeiter möglichst tief gedrückt werden, um billiger produzieren und so den Marktanteil halten bzw. die Konkurrenz ausbooten zu können. So haben die Kapitalisten bisher auch gehandelt - soweit die Aebeiterklasse es zuließ.
Das Auseinanderklaffen der Menge der produzierten Waren und der Kaufkraft der potentiellen Konsumenten tritt in der Krise zwar besonders kraßzutage, ist aber ein dem Kapitalismus immanenter Widerspruch, nämlich der "zwischen dem Bestreben, die Produktion s c h r a n k e n l o s auszudehnen, und der Notwendigkeit einer b e s c h r ä n k t e n Konsumtion (infolge des proletarischen Zustandes der Volksmassen)." (Lenin, 'Notiz zur Frage der Theorie der Märkte' LW 4, S.48)
Aufgabe der Kommun ten in der Situation einer Krise ist es daher, die Arbeiterklasse davon zu überzeugen, daß Krisen zwangsläufige Erscheinungen des Kapitalismus sind, und daß es zu nichts Gutem führt, der Konkurrenzfähigkeit der Kapitalisten zuliebe auf die Durchsetzung der eigenen Interessen zu verzichten.

DIE REVISIONISTEN FORDERN EINEN KRISENFREIEN KAPITALISMUS

Der Vorschlag der Revisionisten geht gerade nicht von der Notwendigkeit aus, den Kapitalismus zu beseitigen, damit eine krisenfreie Entwicklung der Produktion möglich wird, geht nicht davon aus, der Arbeiterklasse

den Weg zu weisen, wie sie es verhindern kann, daß die Folgen der Krise auf sie abgeladen werden, um möglichst schnell dieses Ziel zu erreichen. Der Vorschlag der Revisionisten geht von der Absicht aus, dem Kapitalismus krisenfrei zu machen, davon, daß bloß die "falschen" Kapitalisten am Ruder sind und so kluge wie sie selbst das schon richten würden. Insgesamt propagieren diese Leute die Verstaatlichung von Teilen der Produktion - wie es sie in Österreich in relativ hohem Ausmaß bereits gibt und wie sie sich als feste Basis der österreichischen Monopolbourgeoisie erweist! - als "Vergesellschaftung der Produktionsmittel" und die Errichtung eines staatsmonopolistischen Kapitalismus nach Vorbild der revisionistischen Staaten als "Sozialismus", nach der Devise: den kapitalistischen Verhältnissen ein sozialistisches Etikett umhängen. Was heißt das anderes als daß sie auf dem Standpunkt der Bourgeoisie stehen, als daß sie die Arbeiterklasse betrügen und ihren Kampf für die Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutungssystems und für die Errichtung des Sozialismus sabotieren wollen?!

Die Revisionisten wollen das Volk an seine Rechtlosigkeit gewöhnen

"Politik ist konzentrierte Ökonomik." (Lenin) Wer wie die KPÖ der Arbeiterklasse vorgaukelt, die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus könnten ohne Revolutionierung der Produktionsverhältnisse durchbrochen werden, wer sich wie die KPÖ selbst als "verantwortungsvollerer" Kapitalist aufplustert, der geht auch an alle Fragen der politischen Ordnung nicht mit der Absicht heran, überall die Herrschaft der Bourgeoisie anzugreifen und auf die Herrschaft der Arbeiterklasse hinzuarbeiten.

DIE ARBEITERKLASSE MUSS DEN BÜRGERLICHEN STAAT ZERBRECHEN

Es ist eine fundamentale Erkenntnis des Marxismus, daß jeder Staat "ein Organ der Klassen h e r r s c h a f t , ein Organ zur U n t e r d r ü c k u n g der einen Klasse durch die andere ... ist", "die Errichtung derjenigen 'Ordnung'", die "es den unterdrückten Klassen unmöglich" macht, "bestimmte Mittel und Methoden des Kampfes zum Sturz der Unterdrücker zu gebrauchen." (Lenin, 'Staat und Revolution') Demzufolge ist die Lebensader jeder kommunistischen Politik, das Proletariat und seine Verbündeten in den Kampf zur Zersetzung der Ordnung der Bourgeoisherrschaft bis zu ihrer Zerschlagung und der Errichtung der Ordnung der proletarischen Herrschaft zu führen. Es gibt dazu genügend Angriffspunkte: wie jede Ausbeutergesellschaft kann sich auch der Kapitalismus nur am Leben halten, wenn dem Willen und der Kraft der Ausgebeuteten ein Zwangskorsett angelegt wird, bestehend aus Gesetzen, Beamten und bewaffneten Ordnungshütern. Für den Kapitalismus erfüllt diese Funktion der bürgerliche Staat. Er erfüllt diese Funktion, indem er dem Volk vortäuscht, Ausdruck und Vollzugsorgan seines Willens zu sein, ihm in Wahrheit aber als geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse den Willen der Bourgeoisie aufzwingt. Was diesen Staat für die Bedürfnisse des Kapitals so brauchbar und für die Bedürnisse des Proletariats, das als erste revolutionäre Klasse in der Geschichte nicht vor der Notwendigkeit steht, die politische Herrschaft einer ausbeutenden Minderheit zu errichten, so unbrauchbar macht, ist sein undemokratischer Charakter. Gerade die revolutionäre Demokratie ist die Leitlinie des Angriffs des Proletariats auf die politische Herrschaft seines Gegners, der Kapitalistenklasse: "Um an die proletarische Revolution heranzukommen und freien Raum für die Entfaltung des Klassenkampfes zu schaffen, muß die Arbeiterklasse ihren ökonomischen Kampf mit dem entschiedensten Kampf für politische Rechte verbinden. Dieser Kampf um Demokratie zielt auf den Sturz der bürgerlichen Diktatur und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der ungeteilten und uneingeschränkten Volksherrschaft zum Zweck der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse ab. Er muß so geführt werden, daß er letztlich umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates und zur Eroberung der poltischen Macht durch das Proletariat." (Programm des KB Österreichs, S.24)

Die Zerschlagung des bürgerlichen Staates ist - wie Marx gelehrt und Lenin immer wieder hervorgestrichen hat - für die Revolution des Proletariats deshalb eine unabdingbare Notwendigkeit, weil in der demokratischen Republik "das Kapital, nachdem es von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher (begründet), daß k e i n Wechsel, weder der Personen, noch der Institutionen, noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik, diese Macht erschüttern kann. (Lenin, 'Staat u. Revolution')

DIE REVISIONISTEN WOLLEN DEN STAATSAPPARAT IN DIE HAND BEKOMMEN

Der politische Leitfaden der KPÖ ist ein ganz anderer: nicht der Staat, wie er ist - mit seiner Verfassung, seinen Gesetzen und Organen - ist das Haupthindernis für die soziale Befreiung der Arbeiterklasse und daher als gesamter das Objekt ihres Angriffs auf die politische Macht, sondern der Umstand, daß Leute an den Schalthebeln dieses Apparates sitzen, die sich um die Verfassung nicht kümmern und überhaupt undemokratisch sind, weil sie nur die Interessen der Monopole im Auge haben. Diese Herrschaft der Monopole muß durch eine "antimonopolistische Demokratie" abgelöst werden, deren soziale Basis in allen Klassen und Schichten besteht, die nicht zum Monopol zählen - was konkret nichts anderes heißen kann, als daß die KPÖ endlich ins Parlament gewählt wird, um dort ihre "antimonopolistische" Bündnispolitik zu entfalten. (Mit wem und mit welchem Ziel, das zeigen anschaulich die italienischen Revisionisten.) Dies ist im Moment - und daran wird sich wohl nicht bald etwas ändern - der Kern der Absichten der Revisionisten im Bezug auf den Staat. Sollten sie je in die Lage kommen, in diesem Staatsapparat die Oberhand zu gewinnen, würden sie die Spitzen austauschen und unter dem Vorwand der "Niederhaltung von antisozialistischen Kräften" eine faschistische Diktatur über das österreichische Volk errichten. (Wie es die portugiesischen Revisionisten erfolglos versucht haben.)

Wenn die KPÖ in die zwangsweise auftretenden Widersprüche zwischen dem Staat und den Bestrebungen des österreichischen Volkes eingreift, dann nicht in der Richtung, daß "in diesem Kampf (das Proletariat und die anderen Klassen und Schichten des Volkes die Fähigkeiten, entwickeln, die sie zur Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie, zur Errichtung der proletarischen Räterepublik und zur Übernahme der staatlichen Verwaltung in die eigenen Hände brauchen" (Programm des KB Österreich, S.25), sondern um die demokratischen Bestrebungen völlig an den Staat zu binden und den in Bewegung geratenen Volksmassen als d i e Perspektive ihres Kampfes hinzustellen, der KPÖ bei Gelegenheit Pöstchen in diesem Staat zu verschaffen.

DIE HALTUNG DER REVISIONISTEN ZUR FRAGE DER RECHTE DER MINDERHEITEN

Diese klar gegen die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse gerichtete und die Herrschaft der Bourgeoisie verteidigende Politik der Revisionisten hat sich unter anderem offen gezeigt in ihrer Haltung zur Frage der Rechte der Minderheiten:

In der Juli-Nummer 1975 der theoretischen Zeitschrift der Revisionisten - 'Weg und Ziel' - wird für die Politik der KPÖ "eine zweifache Bedeutung des Kampfes um die nationale Gleichberechtigung der Kärntner Slowenen" abgeleitet: "1. Er ist vor allem in Kärnten der entscheidene Bestandteil des Kampfes der Partei gegen das in breiten Teilen der Kärntner Bevölkerung stark verankerte antislawische (nicht nur d e u t s c h nationale) Gedankengut und gegen das bewußt nie ausgelöschte ideologische Erbe des Faschismus, das von den drei systemtragenden Partei in unterschiedlicher Weise völlig bewußt reaktiviert wird, wenn es nur ihrem Interesse entspricht, Klassengegensätze zuzudecken und soziale Konfliktstoffe zu entschärfen..." Es wird auch gleich gesagt, was die KPÖ dagegen zu tun gedenkt: "Die Waffe der nationalistischen Verdummung ist der Bourgeoisie nur zu entreißen mit Hilfe einer konsequenten Erziehung im österreich-patriotischen, und das schließt untrennbar ein: im antifaschistischen und internationalistischen Geist, der die V e r e i n b a r k e i t des ö s t e r r e i c h i s c h e n und des s l o w e n i s c h e n Nationalbewußtseins voraussetzt und postuliert."

Dann kommt die zweite Bedeutung: "2. Der Kampf um die nationale Gleichberechtigung der Kärntner Slowenen stellt sich für die Partei als Bestandteil des allgemeindemokratischen Kampfes in Österreich, der sich gegen den Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte richtet - wie er sich in der ständigen Ignorierung des Artikels 7 des Staatsvertrages auf krasse Weise äußert." Ausgangspunkt der KPÖ ist offensichtlich - später wird in diesem Artikel noch von einer "Krise in den nationalen (!) Beziehungen in Kärnten" gesprochen - die Existenz eines Teils der slowenischen Nation auf dem Territorium des österreichischen Staates. Wenn dem so wäre, dann ist alles was die KPÖ zur "Lösung" dieses Problems von sich gibt, blanker Chauvinismus! Denn müßten konsequente Demokraten ganz entschieden das Recht der Slowenen auf Lostrennung vom österreichischen Staat fordern, und nicht die Gleichberechtigung innerhalb dieses Staates.

WELCHE RECHTE BRAUCHEN DIE MINDERHEITEN ?

In Wahrheit aber verhält es sich so: "Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise hat die verschiedenen Nationalitäten auf österreichischem Boden zu einer, der österreichischen Nation verschmolzen, die von Klassengegensätzen zerrissen ist." (Programm des KB Österreichs, S.22) Tatsache ist auch, daß Slowenen, Kroaten und Ungarn in der Monarchie, in der ersten Republik, unter der Herrschaft des Hitler-Faschismus (bei dessen Niederwerfung besonders die Slowenen eine hervorragende Rolle gespielt haben) und bis in unsere Tage Opfer chauvinistischer Verhetzung waren und sind. Im Staatsvertrag ist zwar - dank der Außenpolitik der damals sozialistischen SU - im Artikel 7 die Gleichberechtigung dieser Minderheiten niedergelegt, doch enthält er keine eindeutige Formulierung, welche Rechte ihnen in welchem Ausmaß zustehen. Deshalb ist es heute die erste Pflicht einer Politik, die sich die "Förderung des Zusammenschlusses der Arbeiter - und Volksmassen gleich welcher Muttersprache im Klassenkampf" (ebenda, S.23) zum Ziel steckt, die positiven Rechte zu formulieren und zu fordern, die die Angehörigen der Minderheiten auf Grund ihrer Muttersprache zur Gleichberechtigung mit den deutschsprechenden brauchen:

- "Recht der Angehörigen der slowenischen, kroatischen und ungarischen Minderheit auf Verkehr in der Muttersprache mit allen Ämtern, Behörden und Gerichten, sowie im Bundesheer, im gemischtsprachigen Gebiet direkt, im übrigen Österreich durch Dolmetscher.
- Recht für die Angehörigen der Minderheiten im gemischtsprachigen Gebiet auf zweisprachige Ausbildung in allen Bereichen des Volksbildungswesens; Recht für alle Angehörigen der Minderheiten in ganz Österreich auf Unterweisung in der Muttersprache.
- Obligatorische Unterweisung aller Kinder und Jugendlichen im gemischtsprachigen Gebiet in der Sprache der Minderheiten.
- Zweisprachigkeit aller topographischen Aufschriften sowie aller öffentlichen Kundmachungen, Bezeichnungen und Aufschriften im gemischtsprachigen Gebiet.
- Gesetzliches Verbot der Diskriminierung der Minderheiten." (ebenda, S.28f.)

Diese Forderungen sind der KPÖ noch nie über die Lippen gekommen. Anstelle dessen wird sie nicht müde, auf den Artikel 7 zu verweisen, um damit völlig im Unklaren zu lassen, wie sie sich die Gleichberechtigung der Minderheiten vorstellt.

DER BÜRGERLICHE STAAT IST DER HAUPTFEIND

Die zweite entscheidende Frage ist, wer den Minderheiten diese Rechte vorenthält und warum, wer also der Gegner ist im Kampf um deren Gleichberechtigung: ganz offenkundig ist dies der bürgerliche Staat, dessen Funktionen heute in erster Linie die SPÖ besorgt. Mit dieser Politik der Unterdrückung der Minderheiten verfolgt sie die Absicht, die Existenz der Minderheiten zur Bindung des Volks an den Staat zu nützen ("Da gibt es irgendwelche ausländisch sprechende Menschen, die mit unserer Demokratie nicht zufrieden sind!"). Sie verfolgt damit auch die Absicht, den Kampf des österreichischen Volkes gegen den Hitler-Faschismus, den gerade die Slowenen in hervorstechender Weise repräsentieren und der zu einem bedeutenden Bestandteil ihrer Tradition geworden ist, aus dem Bewußtsein des Volkes zu streichen, weil dieser Kampf ja nicht das Ziel hatte, die österreichische Bourgeoisie in Gestalt der zweiten Republik an die Macht zu bringen - während die Bourgeoisie selbst diese ihre zweite Republik als die einzig denkbare Konsequenz des antifaschistischen Krieges hinstellen will.

DIE REVISIONISTEN PREDIGEN DIE AUSSÖHNUNG MIT DEM STAAT UND WOLLEN IM TRÜBEN FISCHEN

Für die KPÖ ist - wie das Zitat aus 'Weg und Ziel' dokumentiert - der Hauptfeind im Kampf für die Rechte der Minderheiten der "in breiten Teilen der Kärntner Bevölkerung" wuchernde Chauvinismus und nicht der bürgerliche Staat mit der SP an der Spitze, der mittels des "Volkszählungsgesetzes" und des "Minderheitenförderungsgesetzes" den Minderheiten die minimalsten Rechte vorenthält und den Chauvinismus züchtet und begünstigt, um mit dem Gedanken der "Einheit der Nation" den Klassenkampf des Proletariats zu sabotieren. Dementsprechend "bedauert" die KPÖ ständig das "Zurückweichen der SPÖ vor dem Kärntner Heimatdienst" - anstatt den Chauvinismus der SPÖ anzugreifen, dementsprechend wollte sie den deutschsprechenden Österreichern nicht "zumuten", am Tag der Minderheitenfeststellung slowenisch als Muttersprache anzugeben - anstatt davon auszugehen, daß in Österreich die entscheidenden Fronten nicht durch diverse Sprachengrenzen markiert sind, sondern durch den Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat und den Gegensatz zwischen bürgerlichem Staat und österreichischem Volk, dementsprechens ventiliert sich die Absicht, die Solidaritätskomitees für die Rechte der Minderheiten in "Antifaschistische Komitees" umzuwandeln, was einem totalen Verzicht auf die Durchsetzungder Rechte der Minderheiten nud einer vollständigen-Aussöhnung mit deren besomderer Entrechtung durch den Staat gleichkommt.
Nicht nur, daß die Revisionisten die besondere Unterdrückung der Minderheiten dem österreichischen Volk - vor allem den Kärntnern - in die Schueh schieben möchte, und von der politischen Herrschaft der Bourgeoisie als Grundlage dieser Unterdrückung ablenken und daher den Kampf für die Verwirklichung der besonderen Sprachenrechte der Minderheiten nicht auf das Organ dieser Herrschaft, den bürgerlichen Staat, richten, sie Predigen obendrein gerade die Unterwerfung unter den Staat der Bourgeoisie als stärkste Waffe gegen die chauvinistische Interdrückung der Minderheiten!

"Erzirhung im österreicisch-patriotischen... Geist, der die Vereinbarkait des österreichischen und slowenischen Nationalbewußtseins voraussetzt und postuliert" kann nichts anderes bedeuten als: "Unsser Staat braucht doch nicht der Staat bloß der östreichischen Nation zu sein, da haben doch zwei Nationen Platz in diesem Staat." "Unser" Staat ist nach Ansicht von Kommunisten der Staat edr Bourgeoisie, der dazu da ist, den Kapitalismus am Leben zu halten und der zu diesem Zweck das österreichische Volk knebelt und unterdrückt, und dabei aus genannten Gründen die Minderheiten in besonderer Entrechtung halten will.

Diese Politik der Aussöhnung mit der politischen Macht der Bourgeoisie, die Politik des "es müssen Leute in den Staatapparat, die seine Aufgaben wirklich erfüllen" wird ganz offen formuliert, wo vom "Kampf um die nationale Gleichberechtigung für Kärntner Slowenen..." als Betsandteil des allgemeindemokratischen Kampfes in Österreich" die Rede ist, "der sich gegen den Abbau (!) bürgerlichdemokratischer Rechterichtet - wie er sich n der ständigen Ignorierung des Artikel 7 des Staatsvertrages auf krasse Weise äußert.": Nicht der Angriff auf den vürgerlichen Staat (als Organ der politischen Herrschft der Kapitalistenklasse) entlang der Linie dem Volk und nicht diesem Staat die Entscheidung über alle gesellschaftlichen Angelegenheiten zu überlassen, ist die politische Maxime dre KPÖ, sondern die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie entlang der Linie, "die SPÖ wird ddr Demokratie untreu, deshalb Kommunisten ins Parlament"- oder vornehm "marxistisch" ausgedrückt: "Der Kampf um die Erfüllung des Artikels 7 richtet sich nicht direkt gegen das Monopol ("direkt" gegen das Monopol richtet sich nur die Gründung einer Konkurrenzfirma - was die KPÖ fleißig übt, siehe"Klassenkampf") verbreitert aber durch seien - gegen die Plitik der 3 Systemparteien gerichteten - Ziele - die Bündnismöglichkeiten der Arbeiterklasse im gesamtösterreichischen Maßstab." ImKLartext: "Liebe Slowenen und Freunde der Minderheiten, wie diese 3 Parteien die Demokratie verhunzen, daß ist wirklich eine Sauerei! Wenn wir da etwas zu sagen hätten in diesem Staat, würde euch das nicht passieren."

Die Revisionisten predigen die Unterwerfung unter die Herrschaft der Sowjetunion

Auf die schädliche Rolle der revisionisten als Saboteure und Spalter der Solidaritätsbewegung für den kampf der Völker gegen Kolomialismus, Imperialismus und Hegemonismus, wird in dieser Nummer der KHZ in dem Artikel "Entscieden dem Entspannungsbertug entgegentreten" näher eingegangen.
Natürlich besteht zwischen edr Politik der Revisionisten, den Gadnken der Unüberwindbarkeit des kapitalismus und der Unantastbarkeit des bürgerlichen Staates zu verbreiten, und ihrer Politik der Bindung und Unterwerfung auch eds österreichischen Volkes an bzw. unter die SU ein nutrennbarer Zusammenhang: Das "strategische Ziel" ist die Verwandlung Österreichs in einen Satellitenstaat der SU nach Voebild der Osteuropäischen Länder, der Weg dahin, die sozialen und politischen Konflikte in Östreich zur Propagierung der ökonomischen und politischen Infiltration seitens der SU zu nutzen und dazu, im Gewand des "besseren Sozialdemokraten" den österreichischen Staatsapparat in die Hand zu bekommen.
Die Rolle der Revisionisten als 5.Kolonne deß Sozialimperialismus tritt am offensten zutage in ihrer Stellung zur Frage der Notwendigkeit eines Kampfes um die Unabhängigkeit Östrreichs - der mit der sich verschärfenden Rivalität der beiden Supermächte und der damit wachsenden Kriegsgefahr ständig an Bedeutung gewinnt - der konsequent un erfolgreich nur geführt werden kann als Bestandteil des Angriffs des österreichischen Proletariats auf die politische Macht der Bourgeoisie: "Der SU vertrauen, sich Hnter ihre Fittiche begeben und so den Frieden sichern."

"Bei diesem Kampf gegen die 5. Kolonne des Sozialimperialismus gehen wir davon aus, daß sie in dem Maß gefährlich ist, in dem sie Teile der Arbeiterklasse und des Volkes an ihre revisionistische Politik in allen Fragen des Klassenkampfs in Österreich binden kann. Wir bekämpfen sie deshalb so, daß wir in allen diesen Fragen in der Agitation und Propaganda wie auch in den praktischen Tafeskämpfen die Unvereinvarkeit dieser Politik mit den interessen der Arbeiterklasse und des Volkes aufzeigen und in diesem zusammenhang auch ihre Rolle als 5. Kolonne des Sozialimperialismus enthüllen." (Resolution der Gründungskoferenz des Kommunistischen Bundes Österreichs "Zum Kampf eggen das Hegemoniestreben und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und für die Unabhängigkeit Österreichs" in "Kommunist" August 76)

Die Revisionisten sind Feinde der Revolution

Die Revisionisten betreiben Politik auf der Grundlage einer Ideologie der Aussöhnung mit dem Kapitalismus und mit der Bourgeoisherrschaft. Sie wollen den Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus in einen "Kampf" für Verstaatlichung und "soziale Wirtschaftspolitik" verwandeln, und den Kampf des Volkes für Demokratie in einen "Kampf" für Staatsposten für die KPÖ. Damit stehen sie in der Tradition des Opportunismus, dessen politisches Wesen Lenin so charakterisiert hat: "In Wirklichkeit schafft die formale Zugehörigkeit der Opportunisten zu den Arbeiterparteien keineswegs die Tatsache aus der Welt, daß sie - objektiv - eine politische Abteilung der Bourgeoisie, Schrittmacher ihres Einflusses, ihre Agenten in der Arbeiterbewegung sind." (Der Zusammenbruch der 2.Internationale, LW 21, S.224)

Die KPÖ ist so erfolglos mit dieser Politik, weil es der Arbeiterklasse und dem Volk - berechtigterweise - sinnlos erscheint, aus der Enttäuschung über die SPÖ in eine andere Spielart des Opportunismus zu flüchten. Aufgrund ihrer Bedeutungslosigkeit können die österreichischen Revisionisten daher noch fleißig in der Rolle des "Anklägers gegen die bestehenden Verhältnisse" auftreten und ihren Charakter als Agentur der Bourgeoisie in gewisser Weise vertuschen - während er gleichzeitig im dem Maß zu Vorschein kommt, in dem sie gezwungen sind zum sich entwickelnden ökonomisch und politischen Klassenkampf Stellung zu nehmen.

Wo es aber den Revisionisten - wie in Italien-gelungen ist, den Sozialdemokraten das Monopol auf den Opportunismus streitig zu machen, und eine bedeutende Rolle zu spielen, dort wird dieser Charakter vollends offenbar, dort besorgen sie für jedermann sichtbar das Geschäft der Aufrechterhaltung der Ausbeutung, das Geschäft der Ausplünderung und das Geschäft der Niederhaltung der politischen Bewegung gegen den Staatsapparat der Bourgeoisie. Dort wird auch vollends offenbar, daß ihre "Kraft... i h r e m B ü n d n i s) mit der Bourgeoisie, den Regierungen und Generalstäben (entspringt)" (ebenda).

Wo es schließlich dem Revisionisten gelungen ist, selbst an die Macht zu kommen, haben sie die Produktionsmittel in ein Monopol des von ihnen besetzten Staatsapparates verwandelt und das Volk vor die Aufgabe gestellt, mit ihrer faschistischen Terrorherrschaft fertigzuwerden und in den "Bruderländern" der SU obendrein, die ökonomische, politische und militärische Kontrolle dieser Supermacht abzuschütteln.

An diesen Tatsachen muß sich die österreichische Arbeiterklasse und jeder fortschrittlich gesinnte Mensch orientieren, wenn es darum geht, die Rolle der KPÖ und ihre Anhängsel "im" Kampf für Sozialismus, revolutionäre Demokratie und für den Frieden einzuschätzen.

H.G.

»Bürger« Baum vom KSV sorgt sich um ein »sicheres Tullnerfeld«

Für die Entfaltung einer Offensive gegen die staatliche AKW-Politik ist die selbständige Organisierung der Bevölkerung im Tullnerfeld von hervorragender Bedeutung. Heißt doch das nächste Ziel: Verhinderung der Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf. Deshalb hatte der Arbeitskreis Atomenergie Wien einige Tage nach seiner Veranstaltung in Tulln am 19.3. (siehe Klassenkampf Nr.7) zu einem Treffen eingeladen, um die Bildung einer Bürgerinitiative im Tullnerfeld zu besprechen. Auf diesem Treffen erschien auch - in der Maske eines besorgten Bürgers - ein leitender Funktionär des KSV (Studentenverband der KPÖ). Er hatte auch schon einen Vorschlag für eine Komitee-Plattform mitgebracht: Nicht die Broschüre oder der Aufruf der IÖAG sollte die Grundlage der gemeinsamen Arbeit bilden, ja nicht einmal die Forderung „Keine Betriebsgenehmigung für das AKW Zwentendorf!". Sondern: „Für ein sicheres Tullnerfeld" - so sollte sich die Bürgerinitiative nennen.
Weiters sollte man sich alternative Energieversorgungsmöglichkeiten überlegen.

Das ganze läuft darauf hinaus: „Das AKW ist notwendig. Bloß die Sicherheitseinrichtungen müssen ausreichend sein. Die Bevölkerung soll das Gefühl haben, auch etwas mitreden zu können". Das entspricht haargenau der betrügerischen Argumentation der Regierung, die Tausende Menschen in Veranstaltungen und Demonstrationen entlarvt haben.

Es ist zu erwarten, daß die Revisionisten eine gebührende Abfuhr erleiden. Denn ihr Ziel ist nichts anderes, als die Fortsetzung des Kampfes im Tullnerfeld zu verhindern und die IÖAG zu spalten. Schon vor Jahren stimmte der Vertreter der KPÖ im Gemeinderat von Zwentendorf für den Bau des AKW. Am 19.8.1976 schrieb eben dieser Gemeinderat in der Volksstimme: „Aber Fortschritt ist immer mit Risiko verbunden. Das Risiko ist aber nach allen bisherigen Erfahrungen sicherlich nicht so groß, wie es uns die Gegner des Kernkraftwerkes einreden wollen."

K.M.

Fortsetzung von S. 1

hängige in Widerspruch zur herrschenden Klasse und ihrem Staat.
So ist es für die Bourgeoisie heute nicht mehr tragbar, die Zügel auf der Hochschule schießen zu lassen, kann sie ihre Ziele vielmehr nur mehr durch Druck und Zwang erreichen. Dasunbeschwerte und freie Leben der damals in der überwiegenden Mehrzahl Bourgeoisiestudenten, welches zurecht als Studentenherrlichkeit bezeichnet wurde, ist damit endgültig vorbei.
Die Bedingungen für die verstärkte politische Unterdrückung schafft sich die Bourgeoisie durch die Hochschulreform, durch das UOG, welches Polizeieinsätze gegen "Unruhen" an den Hochschulen erleichtert und die jederzeitige Möglichkeit des Verbotes von politischen Veranstaltungen vorsieht, durch die Studienreform, deren Zweck eine effektivere und rationellere Indoktrination der Studenten ist, sowie durch die Verschärfung der materiellen Sizuation der ärmeren Studenten, mittels einer entsprechenden Stipendienpolitik.
Die Rechtsentwicklung der Bourgeoisie, die es in der gesamten Gesellschaft gibt, schlägt sich also auch auf der Hochschule nieder. Bei ihrer direkten Einflußnahme auf die Studentenschaft kann sich die Bourgeoisie auf ihre eigenen Sprößlinge stützen. Das Hervortreten der JES vor ca. zwei Jahren und ihre unheimlich rasche Konsolidierung seither, sind Ausdruck dieser Tatsache: Die Bourgeoisstudenten schaffen sich ihren eigenen Bezugspunkt, von dem aus sie das politische Geschehen auf der Hochschule nachhaltig in ihrem reaktionären Sinn zu beeinflussen suchen.
Auf die Bekämpfung des politischen Einflusses der JES werden wir in den nächsten Semestern viel größeres Augenmerk richten müssen als bisher.

Von der JES heute ganz offen unterstützt und gedeckt, zu einem gewissen Teil sogar direkt liiert, was sich personell festmachen läßt, treten die ANR-Faschisten heute ebenfalls offener und provokativer hervor. Das ist kein Zufall; Teilen der Bourgeoisie ist die Präsenz eines faschistischen Schlägertrupps auf der Universität, sowie deren Propaganda für die chauvinistischen, rassistischen und antikommunistischen Ideen zu allen wichtigen Fragen des Klassenkampfs willkommen.

Die Rechtsentwicklung der Bourgeoisie auf der Universität, die Radikalisierung ihres Nachwuchses ist eindeutig; für die Masse der Studenten allerdings trifft das Gegenteil zu. Während von den Bourgeoisstudenten die politische Reaktion der Bourgeoisie in der gesamten Gesellschaft und auf der Hochschule das offene Hervortreten des reaktionären Charakters der Wissenschaft und der zukünftigen Tätigkeit, aus eigenem Interesse heraus begrüßt wird, bewirken sie bei der überwiegenden Mehrzahl der Studenten, daß diese die herkömmlichen Vorstellungen überdenken und überprüfen. Im Zuge dessen beginnen viele Studenten einen Ausweg in Richtung Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt zu suchen, entwickelt sich die Masse der Studenten im großen und ganzen nach links.

Scharfe Auseinandersetzungen in Studienfragen...

Viele Studenten, die sich zu Beginn des Jahres noch auf grund ihrer Meinung:"Am besten sich aus allen politischen Streitereien heraushalten und 'neutral' bleiben", der Illusion hingaben, sie könnten sich auf der Hochschule der "reinen" Wissenschaft widmen und etwas Nützliches erforschen, kamen im Lauf des Jahres, durch ihre eigene Erfahrung mit schikanösen Seminaranmelde- und Prüfungsbedingungen, mit schulmäßigem Drill, sowie bei ihrer Begenung mit der "reinen" Wissenschaft, die sich bald für sie als die zynischste Rechtfertigungsideologie der Bourgeoisie entpuppte, zur Auffassung, daß es ganz richtig ist, sich über sein Studium, und wer es warum, wie, organisiert, den Kopf zu zerbrechen.

Studienreform

Die neuen Studienordnungen stießen auf den verschiedenen Instituten auf breiten Widerstand. Um nur einige Beispiele zu nennen: die Germanistikstudenten lehnten die StO in mehreren Hörerversammlungen ab und sprachen der Studienrichtungsvertretung das Mißtrauen aus, weil sie sich nicht bereit erklärte, den Kampf gegen die StO zu organisieren. Auf der Biologie erteilten 12o Studenten, die sich auf einer HV versammelt hatten, den studentischen Vertretern den klaren Auftrag, in der Studienkommission die Erstellung des Studienplanes mittels Gruppenveto zu blockieren. Auf Initiative der StRV Physik haben sich schließlich an die 1o StR-Vertreter von der philosophischen Fakultät getroffen, um über zentrale und einheitliche Maßnahmen gegen einen Kernpunkt der Reform, die Fristen und Klauseln zu beschließen. Ebenso breit war die Ablehnung der Verschärfung der Lehramtsprüfung.

Erfolgreich waren diese Kämpfe nur in äußerst bescheidenem Ausmaß und nur auf Institutsebene, so ist es an einer ganzen Reihe von Instituten aufgrund des Widerstands der Studenten und ihrer Vertreter gelungen, die Beschlußfassung des Studienplans, wenn auch nicht abzubiegen, so zumindest nunmehr bereits über Jahre hinauszuzögern. Die Studenten haben in diesen Auseinandersetzungen gelernt, daß es keine leichte Sache ist, etwas durchzusetzen und daß es viel Hartnäckigkeit und Ausdauer dazu braucht. Vor allem haben sie auch gelernt, sich im Kampf nur von den eigenen Interessen leiten zu lassen, anstatt wie die Reformisten es vorschlagen, den Kampf nur dann zu führen, wenn man gleichzeitig "vernünftige" alternative Konzepte präsentiert, und die Studenten so auf eine Interessensgemeinschaf mit dem bürgerlichen Staat eingeschworen werden.
Darüberhinaus dürfen sich die Studenten auch keinen Illusionen hingeben, daß es bereits im Kapitalismus möglich sei, die Hochschulen so zu organisieren, wie es den Bedürfnissen des Volkes entspricht, sowie die Lehre, Forschung und Wissenschaft in den Dienst der Arbeiterklasse und des gesellschaftlichen Fortschritts zu stellen.

Stipendien

Mehrere Male demonstrierten die Studenten in diesem Jahr gegen die Stipendienpolitik der Regierung, gegen die Kürzung der Stipendien und gegen die Bindung der Stipendienvergabe an die zeitgerechte Erfüllung des Studienplanes. Um in der heutigen Situation gegen den Staat und seine Politik zu kämpfen, ist größere Entschlossenheit, größere Klarheit und mehr Ausdauer nötig, denn die Regierung hat in den letzten Jahren den ideologischen Druck auf die Studenten gewaltig verstärkt. So verbreitete sie z.B. die Idee, daß die Stipendien eine Draufgabe, ein Geschenk des Staates an die ärmeren Studenten sind, um diesen die Chance zu geben, sich höhere Bildung anzueignen. Den Kommunisten ist es in dieser Bewegung nicht gut gelungen, dieses reaktionäre Argument zurückzudrängen und zu beweisen, daß die Möglichkeit für ärmere Jugendliche, ein Hochschulstudium zu beginnen, einzig und allein einer Notwendigkeit der kapitalistischen Profitwirtschaft folgt, mit den Interessen der Volksmassen hingegen gar nichts zu tun hat. Während die Masse der Studenten durch den starken ideologischen Druck der Bourgeoisie verunsichert wurde und sich von aktiven Eintreten für höhere Stipendien abhalten ließ, war die Bewegung dort, wo tatsächlich gekämpft wurde, durch große Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit gekennzeichnet. Dabei haben diese Kollegen gelernt, sowohl darauf zu achten, sich von den reaktionären Gruppen, wie ÖSU, RFS und JES, die offen die staatliche Poltik verteidigen, nicht ins Bockshorn jagen zu lassen, als auch, daß Reformisten, Revisionisten und Trotzkisten mit der Bewegung nichts Gutes vorhaben, sondern ihr nur schaden, so etwa, wenn die FÖJ der Bewegung die Meinung aufzwingen wollte, die Stipendienforderungen seien nur im Rahmen ihres sozialreformerischen Programms möglich, oder der KSV für Mitverantwortungs- und Kompromißbereitschaft mit der Politik des bürgerlichen Staates plädierte, indem er der Bewegung vorschlug, zunächst einmal den bürgerlichen Staat zu zwingen, einzusehen, daß er lieber an anderer Stelle sparen möge. Der Effekt so einer Politik ist, daß der Widerspruch zwischen Volk und Staat verdeckt, die Studenten desorientiert und die Kampfbereitschaft schließlich eingedämmt wird.

Wenn die Studentenbewegung bis jetzt noch um die Früchte ihrer Anstrengung gebracht werden konnte, so kann das auf keinen Fall darauf zurückgeführt werden, wie es FÖJ und Basisgruppen machen, daß die Masse der Studenten passiv und faul ist und daß sie von vorneherein etwas gegen das Kämpfen hätte; den ärmeren Studenten ist ihre miserable materielle Situation nicht gleichgültig und die Studienreform hat alles eher als großen Anklang gefunden. Daß die Bewegung bis jetzt keine sichtbaren Erfolge zeitigen konnte, geht insbesondere auf das Konto der bürgerlichen Kräfte in der Bewegung, denen es gelungen ist, die vorhandenen reformistischen Illusionen auf der Linie der Aussöhnung mit dem Staat zu verstärken, anstatt sie zurückzudrängen.

... breite Beteiligung am Klassenkampf

In der Hauptsache aber zeigt sich die Linksentwicklung der Masse der Studenten darin, daß die Studentenbewegung sich heute nicht mehr nur, nicht einmal hauptsächlich entlang

Fortsetzung auf S. 1o